



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 20.2.2004
KOM (2004) 29 endgültig/2

CORRIGENDUM

Point 2.5., premier paragraphe.
Concerne uniquement le FR.

Footnotes 5 et 7 et note en bas de la page
annexe 1.
Concerne les 11 versions linguistiques.

BERICHT DER KOMMISSION FÜR DIE FRÜHJAHRSTAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

DIE LISSABON STRATEGIE REALISIEREN REFORMEN FÜR DIE ERWEITERTE UNION

ZUSAMMENFASSUNG

Seit vier Jahren wird die Lissabon-Strategie von der Europäischen Union umgesetzt. Durch diese Dynamik konnten unbestrittenermaßen Fortschritte erzielt werden, die den Weg für den notwendigen Übergang zu einer wettbewerbsfähigen Wissensgesellschaft ebnen, die fähig ist, Wachstum, Arbeitsplatzschaffung, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz miteinander zu vereinbaren.

In diesem vierten Bericht werden die Fortschritte seit dem Jahr 2000 bilanziert, und der Europäische Rat wird aufgefordert, die Chancen des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs und der Erweiterungsdynamik zu nutzen, um der Lissabon-Strategie die nötigen Impulse zu geben.

Fortschritte

Die Analyse der von der Union und den Mitgliedstaaten erzielten Fortschritte in den einzelnen Bereichen stützt sich insbesondere auf die Berichte über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie auf die von der Kommission vorgeschlagenen und vom Rat gebilligten Strukturindikatoren.

Die Analyse zeigt die Bedeutung einer energischen Umsetzung der verschiedenen Aspekte der integrierten Reformstrategien. Umgekehrt führt die derzeit ungenügende Umsetzung der Lissabonstrategie zu klaren Kosten für Europa: Kosten in Gestalt von weniger Wachstum, in Gestalt einer verzögerten Verbesserung der Beschäftigungssituation, einer Verzögerung bei der Fortbildung, oder einer Vergrößerung des Abstandes bei den FuE-Ausgaben zu einigen unserer industrialisierten Partnern.

Nach Berechnungen der Kommission kann die gleichzeitige und integrierte Umsetzung der Reformen ein zusätzliches Wachstum in Höhe von 0,5 - 0,75 % des BSP in den nächsten 5 bis 10 Jahren bewirken.

Im Bericht werden die in einigen Bereichen erzielten Fortschritte beschrieben, es **wird aber auch deutlich herausgestellt, dass die Maßnahmen auf der Ebene der Union nur einen Teil der Maßnahmen bilden, die erforderlich sind, um die Lissabonstrategie zum Erfolg zu führen. Außerdem wird hervorgehoben, dass viele der Reformen und Investitionen, die in der Verantwortung der Mitgliedstaaten stehen, noch umzusetzen sind.**

In einigen Bereichen bestehen sogar erhebliche Schwierigkeiten, welche die Strategie insgesamt beeinträchtigen und die Rückkehr eines hohen Wachstums behindern könnten. Die größten Verzögerungen sind in drei Bereichen mit strategischer Bedeutung für das Wachstum festzustellen: Netze und Wissen, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Dienstleistungssektors sowie Herausforderung des aktiven Alterns.

Prioritäten für 2004

Angesichts dieser Defizite müssen **die Mitgliedstaaten** den auf der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon festgelegten **Reformkurs entschlossener verfolgen**. Auf dieser Grundlage ersucht die Kommission den Europäischen Rat, für die folgenden drei prioritären Bereiche die notwendigen Entscheidungen zu treffen und die Dringlichkeit der von Mitgliedstaaten zu treffenden Aktionen zu unterstreichen:

- **Steigerung der Investitionen in Netze und Wissen**, insbesondere durch die Umsetzung der „Europäischen Wachstumsinitiative“ und durch eine Erhöhung von Umfang und Qualität der Investitionen im Bereich der Forschung und der allgemeinen und beruflichen Bildung.
- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen** durch die Optimierung der Regulierung, insbesondere im Industriesektor und durch Verabschiedung der Vorschläge für eine Rahmenrichtlinie über Dienstleistungen sowie für einen Aktionsplan für Umwelttechnologie.
- **Förderung des aktiven Alterns** durch Anreize für ältere Erwerbstätige, im Arbeitsleben zu bleiben, sowie durch die Modernisierung der Systeme der beruflichen Bildung und der Arbeitsorganisation sowie der Systeme der Prävention und der Gesundheitssysteme.

Vorbereitung der Halbzeitbilanz 2005

Darüber hinaus ersucht die Kommission den Europäischen Rat, den Rahmen für die Vorbereitung der **Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie im Jahr 2005** abzustecken und die Methode hierfür festzulegen. In dieser Halbzeitbewertung sollte vor allem die Umsetzung in den Vordergrund gestellt werden, und sie sollte sich insbesondere auf die Finanzielle Vorausschau für die Zeit nach 2006 stützen.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	2
1. Die Chancen für den Fortschritt ausschöpfen.....	5
1.1. Den derzeitigen Wirtschaftsaufschwung nutzen.....	5
1.2. Auch die Dynamik der Erweiterung nutzen	5
2. Analyse der Fortschritte bei der Erreichung der Lissabonner Ziele	6
2.1. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten.....	8
2.2. Wachstum erfordert eine Steigerung von Beschäftigung und Produktivität.....	8
2.2.1. Noch zu geringer Beitrag der Beschäftigung.....	9
2.2.2. Produktivität weiterhin unzureichend.....	10
2.3. Schwächen des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit der EU.....	13
2.4. Mangelnde Nachhaltigkeit des Wachstums.....	16
2.4.1. Den sozialen Zusammenhalt stärken.....	16
2.4.2. Bessere Einbeziehung von Umweltbelangen.....	17
2.4.3. Begrenzte Umsetzung der Strategie für nachhaltige Entwicklung.....	18
2.5. Fortschrittsbilanz	19
3. Prioritäten 2004: Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.....	21
3.1. Das Reformtempo aufrecht erhalten	21
3.2. Die Investitionen steigern, um das Wachstum zu stützen.....	22
3.3. Die Wettbewerbsfähigkeit in einer nachhaltigen Wirtschaft stärken.....	26
3.4. Den Reformen für aktives Altern Priorität einräumen.....	29
4. Vorbereitung der Halbzeitüberprüfung 2005	31
 ANHANG 1: PRÄSENTATION DER STRUKTURINDIKATOREN.....	 34
 ANHANG 2: INDIVIDUELLE LEISTUNGEN UND SCHWÄCHEN DER MITGLIEDSTAATEN BEI DER ERREICHUNG DER LISSABONNER ZIELE	 68
 ANHANG 3: NOCH AUSSTEHENDE VORSCHLÄGE DER LISSABONNER AGENDA BIS MÄRZ 2005	 77

1. DIE CHANCEN FÜR DEN FORTSCHRITT AUSSCHÖPFEN

Seit vier Jahren wird die Lissabon-Strategie von der Europäischen Union umgesetzt. Durch diese Dynamik konnten unbestrittenermaßen Fortschritte erzielt werden, die den Weg für den notwendigen Übergang zu einer wettbewerbsfähigen Wissensgesellschaft ebnen, die fähig ist, Wachstum, Arbeitsplatzschaffung, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz miteinander zu vereinbaren.

Dennoch lassen das Tempo der Umsetzung und der Fortgang der Strategie – sowohl insgesamt gesehen, als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten – weiter zu wünschen übrig. In bestimmten Bereichen bestehen sogar schwerwiegende Probleme, die die Strategie im Ganzen bremsen und die Rückkehr zu einem starken Wachstums behindern könnten.

Deshalb fordert die Europäische Kommission den Europäischen Rat auf, der Lissabon-Strategie auf seiner Frühjahrstagung **neue Impulse zu geben** und die erforderlichen Entscheidungen in Bezug auf die Bereiche mit strategischer Bedeutung zu treffen. Der Wandel kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten aktiv darauf hinarbeiten. In dieser Hinsicht bietet das Jahr 2004 Chancen, die die EU nutzen muss, um voranzukommen.

1.1. Den derzeitigen Wirtschaftsaufschwung nutzen

Das Wirtschaftswachstum der Union blieb 2003 mit 0,8 % im dritten Jahr in Folge enttäuschend. In den letzten drei Jahren lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate bei etwa 1,25 %, während sie in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre noch 2,7 % betrug.

Durch das günstigere makroökonomische Umfeld, den fortlaufenden Rückgang der Inflation, die gute Zinsentwicklung, die Fortschritte bei den Strukturreformen und die Verminderung der geopolitischen Probleme kehrt jedoch das Vertrauen der Wirtschaftsakteure zurück, die internationalen Rahmenbedingungen verbessern sich und es entsteht ein günstigeres Investitionsklima.

Im Jahr 2004 muss der Aufschwung, der sich in der zweiten Hälfte 2003 angekündigt hat, anziehen und weiter an Fahrt gewinnen. Das reale Wachstum des BIP könnte im laufenden Jahr auf 2 % ansteigen und 2005 2,5 % erreichen¹. Es zeichnet sich somit kurzfristig ein kräftigeres Wachstum ab, das wiederum eine neue Dynamik auf dem Arbeitsmarkt anstoßen könnte.

1.2. Auch die Dynamik der Erweiterung nutzen

Die Frühjahrstagung des Europäischen Rates findet weniger als vierzig Tage vor der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 statt. Mit ihrem Beitritt **werden auch die zehn neuen Mitgliedstaaten in die Umsetzung der Lissabon-Strategie eingebunden sein**. Entsprechend werden neben den alten Mitgliedstaaten auch die beitretenden Länder im vorliegenden Bericht und bei den Strukturindikatoren berücksichtigt.

Die EU muss sich der Erweiterung mit Selbstvertrauen stellen. Der Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur EU wird für mehr Dynamik in der europäischen Wirtschaft sorgen – insbesondere aufgrund des Potenzials dieser Staaten in puncto Wachstum (im Durchschnitt

¹ SEK(2003) 1222 endg., Wirtschaftsprognosen 2003-2005 der Kommission, Herbst 2003.

4 % jährlich), Produktivität sowie als Investitionsziele. Darüber hinaus wird durch die Schaffung eines riesigen Binnenmarkts mit 450 Millionen Einwohnern, von denen 300 Millionen dieselbe Währung verwenden, der innergemeinschaftliche Handel weiter angekurbelt, und es entstehen neue Möglichkeiten für Investitionen und die Strukturierung von Unternehmen, da nun die Vorzüge sowohl der alten als auch der neuen Mitgliedstaaten ausgeschöpft werden können.

Dank der gemeinsam festgelegten Ziele **dürfte die Lissabon-Strategie umfassend zur Konvergenz- und Integrationsdynamik beitragen, auf die sich der Erweiterungsprozess stützt.** Die Lissabonner Ziele bleiben somit für die Gesamtentwicklung der Union maßgeblich und relevant.

Ferner muss hervorgehoben werden, dass die Lissabon-Strategie in vielerlei Hinsicht an die Strukturreformen anknüpft, die die beitretenden Länder seit mehr als zehn Jahren umsetzen. Zugleich ist die Strategie Katalysator für die noch anstehenden Maßnahmen zur Erreichung des Leistungsniveaus und der derzeitigen Standards der EU. Die Tatsache, dass die neuen Mitgliedstaaten in verschiedenen Bereichen gegenüber den alten Mitgliedstaaten im Rückstand sind, darf nicht über die guten Einzelleistungen dieser Länder in anderen Bereichen hinwegtäuschen, mit denen sie teilweise über den Leistungen der alten Mitgliedstaaten liegen. Zudem verfügen die neuen Mitgliedstaaten aufgrund des stärkeren Wachstums und der höheren Investitionen über ein größeres Fortschritts- und Aufholpotenzial. **Mit ihrer Reformerfahrung und ihrer Entschlossenheit, den Prozess voranzubringen, werden diese Länder einen wichtigen Beitrag zur Lissabon-Strategie und zur damit verbundenen politischen Dynamik leisten.**

Aus Wirtschaftsaufschwung und Erweiterung ergibt sich somit ein potenziell günstiges Umfeld, dessen Chancen die Union nun voll ausschöpfen muss. **Dies erfordert jedoch, dass die – derzeitigen und künftigen – Mitgliedstaaten die Umsetzung der Lissabon-Strategie und die Maßnahmen zur Erreichung der entsprechenden Ziele nachdrücklicher vorantreiben.**

2. ANALYSE DER FORTSCHRITTE BEI DER ERREICHUNG DER LISSABONNER ZIELE

Die Lissabon-Strategie dient der EU seit März 2000 als wirksames politisches Instrument und Aktionsrahmen für die Erreichung ihrer Ziele. Die Fortschrittsbilanz für die letzten vier Jahre spricht für sich.

Fortschritte seit dem Jahr 2000

- **SEIT 1999 WURDEN MEHR ALS SECHS MILLIONEN ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN, WODURCH DIE BESCHÄFTIGUNGSQUOTE VON 62,5 % AUF 64,3 % (2002) GESTIEGEN IST. ZUGLEICH GING DIE LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA DEUTLICH ZURÜCK: SIE FIEL VON 4 % IM JAHR 1999 AUF 3 % IM JAHR 2002. DIE TATSACHE, DASS DIE BESCHÄFTIGUNG DEM WACHSTUMSRÜCKGANG RELATIV GUT STANDHALTEN KONNTE, MACHT ZUDEM DEUTLICH, DASS DIE EINGELEITETEN ARBEITSMARKTREFORMEN BEREITS ERSTE FRÜCHTE TRAGEN.**
- EINIGE MÄRKTE MIT SCHLÜSSELBEDEUTUNG KONNTEN TEILWEISE ODER VOLLSTÄNDIG FÜR DEN WETTBEWERB GEÖFFNET WERDEN: **TELEKOMMUNIKATION, SCHIENENGÜTERVERKEHR, POSTDIENSTE, STROM UND GAS. DIESE ÖFFNUNG ERMÖGLICHT DIE MODERNISIERUNG UND DYNAMISIERUNG DIESER MÄRKTE, BEWIRKT EINE VERBESSERUNG DER DIENSTLEISTUNGSQUALITÄT UND SORGT FÜR EINE SENKUNG DER KOSTEN OHNE NEGATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG. ZUDEM WIRD IN DIESEM JAHR DER EINHEITLICHE EUROPÄISCHE LUFTRAUM VERWIRKLICHT, SO DASS VERSPÄTUNGEN IM LUFTVERKEHR UND DIE ÜBERLASTUNG DES LUFTRAUMS VERMINDERT WERDEN KÖNNEN.**
- DIE WISSENSBASIERTER WIRTSCHAFT WIRD ZUM FAKTUM: **VERDEUTLICHT WIRD DIES EINERSEITS DURCH DIE TATSACHE, DASS DAS INTERNET MITTLERWEILE IN DEN SCHULEN (93 % SIND ANGESCHLOSSEN) ABER AUCH IN DEN UNTERNEHMEN, VERWALTUNGEN UND PRIVATEN HAUSHALTEN ZUR SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT GEWORDEN IST, UND ZUM ANDEREN DADURCH, DASS DER EUROPÄISCHE FORSCHUNGSRAUM ZUNEHMEND GESTALT ANNIMMT.**
- **DAS KONZEPT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG WIRD MEHR UND MEHR IN DER POLITIKGESTALTUNG BERÜCKSICHTIGT. SO HABEN MEHRERE MITGLIEDSTAATEN REFORMEN IHRER RENTENSYSTEME EINGELEITET, UM DAS PROBLEM DER ALTERNDEN GESELLSCHAFT IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN. ZUGLEICH WIRD BEI DEN GEMEINSCHAFTSMAßNAHMEN IMMER STÄRKER AUF DEN SCHUTZ UND DIE BEWAHRUNG UNSERER UMWELT GEACHTET.**
- **SCHLIEßLICH KONNTEN DURCH DIE ANSTRENGUNGEN IN DEN ERSTEN VIER JAHREN ETWA 100 VERORDNUNGEN, RICHTLINIEN UND PROGRAMME VERABSCHIEDET WERDEN, DIE ZWAR VON UNTERSCHIEDLICHER TRAGWEITE SIND, JEDOCH ALLE ZUR ERREICHUNG DER LISSABONNER ZIELE BEITRAGEN.**

Trotz dieser positiven, ermutigenden ersten Ergebnisse bleibt jedoch noch viel zu tun, um die Ziele zu erreichen, die sich die EU für 2010 gesetzt hat. Die Analyse der erzielten Fortschritte² ergibt, dass die Entwicklung in verschiedenen Bereichen verhältnismäßig positiv verläuft, dass in anderen Bereichen jedoch schwer wiegende Probleme bestehen, die dringend gelöst werden müssen. Diese Diagnose wird auch in den Berichten über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien³ sowie durch die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom Dezember letzten Jahres⁴ bestätigt.

Die Kommission unterscheidet in ihrer Analyse die folgenden Problemfelder: notwendige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, zu geringer Beitrag der Beschäftigung und der Produktivität zum Wachstum, enttäuschende Dynamik des Binnenmarktes und mangelnde Nachhaltigkeit des Wachstums.

² Diese Analyse stützt sich teilweise auf die von der Kommission vorgeschlagenen 14 Strukturindikatoren (KOM(2003) 585), die der Rat am 8. Dezember 2003 gebilligt hat. Eine Übersicht über die Strukturindikatoren ist unter folgender Adresse zu finden: <http://forum.europa.eu.int/irc/dsis/structind/info/data/index.htm>

³ KOM(2004) 20 endg. und KOM(2004) 24 endg.

⁴ Vgl. Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses Nr. 1698/2003.

2.1. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten

Um das neue Wachstum nicht zu gefährden und ein Umfeld zu schaffen, das weiteres Wachstum begünstigt, **wird ein stabiler makroökonomischer Rahmen benötigt**. Insbesondere die Steuerpolitik in der EU muss sich weiter eng am Stabilitäts- und Wachstumspakt ausrichten. Solche haushaltspolitischen Rahmenvorgaben können zur Stützung des Wachstums beitragen, indem sie eine Stabilisierung der Inflation und eine Verminderung der Staatsverschuldung bewirken und das Vertrauen der Verbraucher und Investoren fördern.

Nicht alle Mitgliedstaaten haben eine gleichermaßen disziplinierte Haushalts- und Steuerpolitik betrieben. Aufgrund der schwachen Konjunktur, aber auch wegen einiger Fälle von expansiver Haushaltspolitik beträgt das durchschnittliche Haushaltsdefizit in der EU mittlerweile 2,7 % des BIP (2003). Überdies ist festzustellen, dass diese Politik statt zu der angestrebten Steigerung des Konsums zu einem Ansteigen der Ersparnisse geführt und zugleich ein Absinken des Vertrauens bewirkt hat.

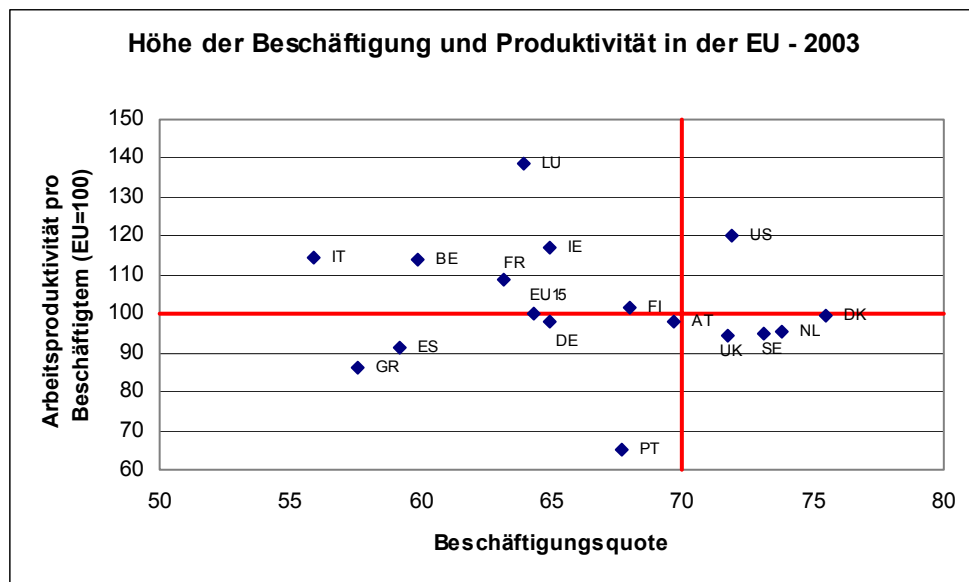
Ferner muss die mittel- und langfristige **Tragfähigkeit der nationalen Haushalte** besser sichergestellt werden, um angesichts der demografischen Entwicklung eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft zu gewährleisten. Die Verminderung der Erwerbsbevölkerung und die Kosten der alternden Gesellschaft könnten (bei konstanter Zuwanderung) langfristig zu einem Absinken des Wirtschaftswachstums unter 2 % führen. Hier besteht in mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten eindeutig eine Gefährdung: Im Jahr 2003 betrug der öffentliche Schuldenstand im EU-Durchschnitt schätzungsweise 64,1 % des BIP, wobei sechs Mitgliedstaaten über dem Referenzwert von 60 % des BIP liegen.

Deshalb haben mehrere Mitgliedstaaten in den letzten Monaten Reformen ihrer **Gesundheits- und Rentensysteme** eingeleitet, um zu gewährleisten, dass die Systeme den sozialen Anforderungen gerecht werden und finanziell tragfähig und effizient sind. Diese positiven Bemühungen gehen in die richtige Richtung und müssen fortgeführt werden.

2.2. Wachstum erfordert eine Steigerung von Beschäftigung und Produktivität

In den letzten drei Jahren konnte in Europa nur ein schwaches Wachstum erzielt werden. Entsprechend blieb der Wert für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2003 unverändert. Der Union gelingt es nicht, ihren Rückstand zu den Vereinigten Staaten aufzuholen: das Pro-Kopf-BIP der EU macht nur 72 % des Pro-Kopf-BIP der USA aus.

Die Ursachen, auf die dieses zu geringe Wachstum zurückzuführen ist, sind bekannt. Im Gegensatz zu den USA ist in der EU der Beitrag von Beschäftigung und Produktivität zu gering.



Dänemark, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich haben die Zielvorgabe für 2010 für die Beschäftigungsquote bereits übertroffen und verfügen zugleich über ein Produktivitätsniveau, das im europäischen Durchschnitt oder leicht darunter liegt. In Deutschland, Österreich und Finnland liegt die Beschäftigungsquote noch unter der Zielvorgabe, die Produktivität ist jedoch in etwa im europäischen Durchschnitt. Belgien, Frankreich, Irland, Italien und Luxemburg verfügen über eine verhältnismäßig hohe Produktivität, sind in puncto Beschäftigung jedoch noch deutlich von der Vorgabe für 2010 entfernt. In Griechenland, Spanien und Portugal beträgt die Beschäftigungsquote weniger als 70 % der EU-Vorgabe und auch die Arbeitsproduktivität liegt unter dem EU-Durchschnitt. Allerdings muss bei Spanien und Griechenland berücksichtigt werden, dass diese Länder in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben⁵.

2.2.1. Noch zu geringer Beitrag der Beschäftigung

Zu Beginn der Konjunkturschwäche konnte die **Beschäftigung dem Abschwung gut standhalten**, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit hielt sich in Grenzen. Dies liegt teils in der relativen Stabilität der Beschäftigungssituation im Dienstleistungssektor begründet, teils ist dies dadurch zu erklären, dass die in einigen Mitgliedstaaten eingeleiteten Arbeitsmarktreformen erste Früchte getragen haben.

Mittlerweile sind die Auswirkungen des Konjunkturtiefs auf die Beschäftigung allerdings zu spüren. Erstmals seit 1994 ist 2003 die Zahl der Arbeitsplätze in der Eurozone gesunken (Netto-Rückgang um etwa 200 000). Aufgrund des langsamen Tempos der Konjunkturerholung und bestimmter Hemmnisse werden im Jahr 2004 voraussichtlich nur sehr wenig Arbeitsplätze geschaffen, und die Arbeitslosigkeit wird **2004** weiter leicht auf **8,2 %** (9,1 % in der Eurozone) ansteigen. **Ein Rückgang ist erst für 2005 zu erwarten**⁶.

Entsprechend muss die Beschäftigung – in Übereinstimmung mit den seit 2000 festgelegten Zielen – unbedingt einen umfassenderen Beitrag zum Wachstum in Europa leisten. Die Beschäftigungsquoten sind jedoch weiterhin zu niedrig, so dass auf Seiten der Mitgliedstaaten intensivere Bemühungen erforderlich sind.

⁵ Vgl. Anhang 1, Abbildung „Höhe der Beschäftigung und Produktivität in der EU-2003“,

⁶ SEK(2003) 1222 endg., Wirtschaftsprognosen 2003-2005 der Kommission, Herbst 1999-2003.

- **Die Gesamtbeschäftigungsquote lag im Jahr 2002 bei 64,3 %** (gegenüber 62,5 % im Jahr 1999). Trotz dieses Anstiegs um 1,8 Prozentpunkte innerhalb von drei Jahren kann das Zwischenziel von 67 % für die gesamte Union nicht erreicht werden. Das Ziel von 70 % für 2010 bleibt jedoch realistisch, wenn es mit dem Wirtschaftsaufschwung gelingt, Quoten zu erzielen, die an die Ende der 90er-Jahre verzeichneten Quoten heranreichen. In den neuen Mitgliedstaaten lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2001 – insbesondere aufgrund einer schwachen Arbeitsplatzschaffung – im Durchschnitt bei lediglich 57 %, wobei die Tschechische Republik, Zypern und Slowenien bereits über dem derzeitigen Gemeinschaftsdurchschnitt liegen. Diese insgesamt enttäuschende Situation ist teils darauf zurückzuführen, dass es auf den Arbeitsmärkten nach wie vor strukturelle Hemmnisse gibt, teils darauf, dass die Gruppe der älteren Arbeitnehmer in zu geringem Maße vertreten ist.
- **Die Entwicklung der Beschäftigungsquote in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren ist Besorgnis erregend.** Die Quote ist seit 1999 zwar um drei Prozentpunkte gestiegen und lag 2002 bei 40,1 %; um jedoch die Zielvorgabe von 50 % im Jahr 2010 zu erreichen, würden etwa 7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze für diese Gruppe von Arbeitnehmern benötigt. Am schlechtesten schnitten hier Belgien, Luxemburg und Italien ab. Diese Problematik muss in Verbindung mit der Erhöhung des durchschnittlichen Rentenalters gesehen werden, das von 60,4 im Jahr 2001 auf 60,8 Jahre im Jahr 2002 angestiegen ist. Die Situation ist umso beunruhigender, als in den neuen Mitgliedstaaten die durchschnittliche Beschäftigungsquote für diese Altersgruppe nur 30 % beträgt. Angesichts des derzeitigen Entwicklungstempos liegen die festgelegten Ziele in weiter Ferne. Die Union kann sie nur erreichen, wenn sie sämtliche Kräfte mobilisiert, um **das aktive Altern der Arbeitskräfte zu fördern und zu gewährleisten**.
- Bei den **Frauen** steigt die **Beschäftigungsquote** schneller als im Gesamtdurchschnitt, so dass sich der erhebliche strukturell bedingte Rückstand leicht verringert. Die Quote ist in drei Jahren um 2,7 Prozentpunkte gestiegen und hat 2002 55,6 % erreicht. Die Zielvorgabe von 60% im Jahr 2010 bleibt somit realistisch. In den neuen Mitgliedstaaten betrug diese Quote im Jahr 2001 durchschnittlich 50,1 %. Zugleich konnten Fortschritte bei der Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren erzielt werden. Dennoch ist bei den Frauen die Gefahr der Arbeits- und Erwerbslosigkeit weiterhin größer, was auch im Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates hervorgehoben wird. Zudem konnte die Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in Bezug auf das Einkommen, in den letzten Jahren kaum eingedämmt werden.

Diese Analyseergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen der Taskforce „Beschäftigung“ unter dem Vorsitz von Wim Kok, die der Kommission im November letzten Jahres ihren Bericht vorgelegt hat.

2.2.2. Produktivität weiterhin unzureichend

Als zweite Säule trägt auch die Produktivität noch nicht genügend zum Wachstum bei. Der **Zuwachs der Produktivität je Arbeitnehmer** ist in Europa seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig und schwankt **heute zwischen 0,5 und 1 %** (gegenüber 2 % in den USA). Damit ist der Aufholprozess der Europäischen Union gegenüber den Vereinigten Staaten zum Stillstand gekommen. Die besten Ergebnisse können hier Luxemburg, Irland und Belgien vorweisen.

Die Produktivität je Stunde ist in der EU insgesamt stabil geblieben und beträgt – trotz der sehr schwachen Ergebnisse Portugals, Griechenlands, Spaniens und des Vereinigten

Königreichs – weiterhin fast 90 % des Werts der Vereinigten Staaten. Interessant ist die Tatsache, dass der Wert für die Produktivität je Arbeitnehmer in den neuen Mitgliedstaaten zwar weniger als der Hälfte des derzeitigen Durchschnitts der alten EU-Mitgliedstaaten entspricht, dass der Produktivitätszuwachs in allen diesen Staaten jedoch sehr hoch ist und über dem EU-Durchschnitt liegt.

Der **insgesamt schwache Produktivitätszuwachs in Europa ist hauptsächlich auf zwei grundlegende Faktoren zurückzuführen: zum einen auf den zu geringen Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und zum anderen auf die unzureichende Höhe der Investitionen.** Entsprechend müssen sich die Maßnahmen der EU zur Produktivitätssteigerung auf diese vorrangigen Bereiche konzentrieren, um gegenüber den Vereinigten Staaten, aber auch gegenüber unseren anderen Partnern auf der Welt, insbesondere China und Indien, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zu geringer Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) tragen in der EU weniger als halb so viel zum Produktivitätszuwachs bei als in den Vereinigten Staaten. Dies ist im Wesentlichen auf die **zu langsame Ausbreitung und zu geringe Nutzung der Technologien** in einigen Teilen des Dienstleistungssektors (Finanzdienstleistungen sowie Groß- und Einzelhandel) sowie in bestimmten Industriebranchen zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für Belgien, Spanien und Frankreich, während Dänemark und das Vereinigte Königreich hier sehr gute Leistungen erzielen. In den neuen Mitgliedstaaten werden dagegen sehr hohe Investitionen in IKT getätigt, was eine größere Verbreitung dieser Technologien ermöglicht.

Der insgesamt schwache Beitrag der IKT ist auf einen Mangel an Investitionen in diese Technologien sowie einen Mangel an entsprechenden Begleitmaßnahmen in den Bereichen Berufsbildung und Unternehmensorganisation zurückzuführen.

Allgemeiner Rückgang der Investitionen...

Für sämtliche Sektoren gilt, dass Investitionen eine zentrale Rolle für das mittel- und langfristige Wachstum spielen. Die **Investitionen der Privatwirtschaft sind jedoch zurückgegangen**: 2000 lagen sie bei 18,3 % des BIP, während sie 2002 nur noch 17,2 % ausmachten. Der Investitionsrückgang ist auch in den neuen Mitgliedstaaten spürbar, auch wenn die direkten Investitionen aus dem Ausland weiterhin sehr hoch sind. Diese Investitionen machen zwischen 1,5 % (Litauen) und 5 % (Estland) des BIP aus.

Gleiches gilt für die öffentlichen Investitionen, deren Anteil am BIP schon seit den 90er-Jahren rückläufig ist und mittlerweile deutlich weniger ausmacht als in den USA (3,3 % gegenüber 2,4 %; Zahlen für 2003). Dieser allgemeine Rückgang ist umso beunruhigender, als hiervon insbesondere **die Bereiche betroffen sind, die im Rahmen der Lissabon-Strategie als vorrangig eingestuft wurden**: Vorhaben von europäischem Interesse, z. B. länderübergreifende Netzinfrastrukturen, und der Wissenssektor (Forschung, Innovation, allgemeine Bildung und Berufsbildung).

Hier sollen **die Europäische Wachstumsinitiative und das Sofortmaßnahmenprogramm**, die vom Europäischen Rat gebilligt wurden, eine spürbare Hebelwirkung ausüben und mehr Investitionen in Infrastrukturen und Wissen mobilisieren.

Das Sofortmassnahmenprogramm

DAS SOFORTMASSNAHMENPROGRAMM BILDET DAS KERNSTÜCK DER EUROPÄISCHEN WACHSTUMSINITIATIVE. ES SOLL POLITISCHES ENGAGEMENT UND RESSOURCEN FÜR VORRANGIGE SCHLÜSSELINVESTITIONSPROJEKTE VON EUROPÄISCHEM INTERESSE MOBILISIEREN. DAS PROGRAMM, IN DAS WEITERE PROJEKTE AUFGENOMMEN WERDEN KÖNNEN, SOFERN SIE DIE FESTGELEGTE KRIERIEN ERFÜLLEN, UMFASST 54 „STARTBEREITE“ GRENZÜBERSCHREITENDE INVESTITIONSPROJEKTE. DIESE PROJEKTE WURDEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK UND AUF GRUNDLAGE EINER EINGEHENDEN BEWERTUNG VON PRIORITÄTEN UND BEDÜRFNISSEN ANHAND OBJEKTIVER, EXPLIZITER KRIERIEN AUSGEWÄHLT. ZUGLEICH WURDEN DIE INFRAGE KOMMENDEN FINANZIERUNGSQUELLEN AUF GEMEINSCHAFTSEBENE UND AUF NATIONALER EBENE BERÜCKSICHTIGT.

- **31 PROJEKTE, DIE GRENZÜBERGREIFENDE ABSCHNITTE VON TEN-VERKEHRSVERBINDUNGEN BETREFFEN, MIT EINEM UMFANG VON INSGESAMT 38 MILLIARDEN EURO BIS 2010. ES WURDEN KEINE NEUEN PRIORITÄTEN FESTGELEGT, DIE ARBEITEN MÜSSEN JEDOCH INNERHALB VON DREI JAHREN ANLAUFEN KÖNNEN.**
- **15 SCHLÜSSELPROJEKTE IM BEREICH DER TEN-ENERGIEKETZE MIT EINEM UMFANG VON INSGESAMT 10 MILLIARDEN EURO BIS 2010.**
- **8 PROJEKTE MIT EINEM UMFANG VON 14 MILLIARDEN EURO IM BEREICH HOCHLEISTUNGS-KOMMUNIKATIONSNETZE BZW. MOBILKOMMUNIKATIONSNETZE, FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG SOWIE INNOVATION.**
- **GESAMTVOLUMEN 10 MILLIARDEN EURO PRO JAHR (6 MILLIARDEN EURO AUS HAUSHALTSMITTELN DER EU UND DER MITGLIEDSTAATEN, D. H. ETWA 0,05 % DES BIP DER EU). 60:40-VERHÄLTNIS ZWISCHEN ÖFFENTLICHER UND PRIVATER FINANZIERUNG. DIE PRIVATEN INVESTITIONEN ERFORDERN RECHTLICHE REFORMEN SOWIE INNOVATIVE FINANZINSTRUMENTE (DIES GILT SOWOHL FÜR DEN EG-HAUSHALT ALS AUCH FÜR DIE EIB-GRUPPE). IM RAHMEN DER BESTEHENDEN FINANZIELLEN VORAUSSCHAU BESTEHT WENIG SPIELRAUM FÜR EINE WEITERE UMVERTEILUNG.**

...insbesondere der Investitionen in Forschung und Innovation...

Bisher waren die Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in die Forschung und zur Verbesserung des Investitionsumfelds eher bruchstückhaft und schwerfällig. Den neuesten verfügbaren Zahlen (2001) zufolge nähern sich die F&E-Gesamtinvestitionen in der EU 2 % des BIP; die jährliche Zuwachsrate beträgt jedoch nur 4 % (1997-2002), was völlig unzureichend ist, um die Zielvorgabe von 3 % für 2010 zu erreichen. Zwar haben die meisten Mitgliedstaaten und beitretenden Länder Vorgaben für die Erhöhung der Forschungsausgaben festgelegt; nur wenige konnten diese jedoch auch im Haushalt umsetzen, und zudem muss häufig auch die Effizienz der Ausgaben verbessert werden.

Zudem konnte trotz der kontinuierlichen Fortschritte (u. a. Einrichtung mehrerer Europäischer Technologieplattformen) der Europäische Forschungsraum noch nicht in vollem Umfang verwirklicht werden. Die Annahme des Aktionsplans „In die Forschung investieren“ durch den Rat im Jahr 2003 ist ein wichtiger Schritt für die Erreichung dieses Ziels⁷. Zudem wird bei Anhalten der derzeitigen Entwicklung in der EU in Zukunft ein Mangel an hoch qualifizierten Forschern herrschen. Zwar stieg die **Zahl der Forscher in der EU** leicht an (von 5,4 je 1000 Erwerbstätige im Jahr 1999 auf 5,7 im Jahr 2001); damit liegt die EU jedoch

⁷ KOM(2003) 226 endg.: „In die Forschung investieren: Aktionsplan für Europa“.

erheblich hinter den Ländern zurück, die das EU-Ziel von 3 % für die F&E-Investitionen bereits erreichen oder kurz davor stehen (USA 8,1/1000; Japan 9,1/1000)⁸.

...sowie in die allgemeine und berufliche Bildung

Die – öffentlichen und privaten – Investitionen in das Humankapital sind weiterhin **unzureichend**. Während der Anteil der öffentlichen Ausgaben für die Bildung am BIP in der Union mit 4,9 % etwa auf dem Niveau der USA (4,8 %) und sogar über dem Niveau Japans (3,6 %) liegt, ist die EU beim Anteil der privaten Investitionen deutlich im Hintertreffen⁹. Der private Sektor investiert in Japan dreimal so viel und in den USA fünfmal so viel wie in Europa. Neuesten Studien zufolge kann durch ein zusätzliches Jahr Schulbildung die gesamtwirtschaftliche Produktivität eines typischen europäischen Landes um 6,2 % gesteigert werden. Besonders groß ist diese Wirkung in Südeuropa: In Portugal würde ein Zuwachs um 9,2 % erreicht¹⁰.

Eine bloße Steigerung des Gesamtniveaus der Investitionen in die Humanressourcen reicht jedoch nicht aus. **Es muss eindeutig wirksamer investiert werden**, d. h. bevor die Investitionen getätigt werden, gilt es, die Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung zu identifizieren, in denen sich Investitionen am stärksten rentieren¹¹. In diesem Zusammenhang hat der Rat im Mai letzten Jahres Benchmarks festgelegt, um die Reform der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu strukturieren. Im Entwurf des gemeinsamen Berichts des Rates und der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates wird aufgezeigt, dass die EU hier erheblich im Rückstand ist.

Europa des Wissens: Benchmarks für die allgemeine und berufliche Bildung

- **DER ANTEIL DER ERWACHSENEN IM ALTER ZWISCHEN 25 UND 64 JAHREN, DIE ÜBER EINEN ABSCHLUSS DER SEKUNDARSTUFE II VERFÜGEN, IST VON 55,4 % IM JAHR 1995 AUF 64,6 % IM JAHR 2002 GESTIEGEN. FÜR DIE ALTERSGRUPPE DER 20- BIS 24-JÄHRIGEN LIEGT DER DURCHSCHNITT DER NEUEN MITGLIEDSTAATEN DEUTLICH ÜBER DEM DER ALTEN MITGLIEDSTAATEN (86 % GEGENÜBER 73 %).**
- **DER ANTEIL DER JUGENDLICHEN, DIE DIE SCHULE OHNE ABSCHLUSS VERLASSEN, BETRUG 2003 18,1 %. DAMIT IST DIE EU JEDOCH NOCH SEHR WEIT VON DER ZIELVORGABE VON 10 % FÜR 2010 ENTFERNT. INSBESONDERE IN PORTUGAL IST DIESE SCHULABBRECHERQUOTE WEITERHIN SEHR HOCH (41,1 % IM JAHR 2003), WAS DRINGENDE MAßNAHMEN ERFORDERT.**
- **DER ANTEIL DER ERWACHSENEN, DIE AM LEBENSLANGEN LERNEN TEILNEHMEN, IST IN DEN LETZTEN JAHREN DEUTLICH GESTIEGEN. IM JAHR 2002 LAG ER BEI 8,5 %. ZUR ERREICHUNG DER ZIELVORGABE VON 12,5 % FÜR DAS JAHR 2010 SIND JEDOCH NOCH INTENSIVERE ANSTRENGUNGEN NOTWENDIG, INSBESONDERE IM RAHMEN ENTSPRECHENDER NATIONALER STRATEGIEN.**
- **17,2 % DER EUROPÄISCHEN JUGENDLICHEN IM ALTER VON 15 JAHREN ERREICHEN NICHT DAS ERFORDERLICHE MINDESTNIVEAU BEI DEN GRUNDKOMPETENZEN (LESEN, SCHREIBEN, RECHNEN).**

⁸ Quellen: Third European Report on Science and Technology Indicators (Dritter europäischer Bericht über Wissenschafts- und Technologieindikatoren) sowie Schlüsseldaten 2003.

⁹ KOM(2003) 685 endg.: Allgemeine und berufliche Bildung 2010 – Die Dringlichkeit von Reformen für den Erfolg der Lissabon-Strategie (Entwurf eines gemeinsamen Zwischenberichts).

¹⁰ Quelle: „Das Humankapital in der wissensbasierten globalen Wirtschaft“, Studie von A. de la Fuente und A. Ciccone im Auftrag der GD Beschäftigung und Soziales (2003).

¹¹ Vgl. „Mitteilung der Kommission – Wirkungsvoll in die allgemeine und berufliche Bildung investieren: eine Notwendigkeit für Europa“ (KOM(2002) 779 endg.) sowie „Die Wirtschaft der EU: Bilanz 2003“, Kapitel 4: Bildung, Ausbildung und Wachstum (ECFIN/391/03).

2.3. Schwächen des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit der EU

Der Mangel an Investitionen in den strategisch wichtigen Bereichen Forschung und Innovation hat auch schwer wiegende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Zugleich ist das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes unverzichtbar, um ein Umfeld zu schaffen, das die Dynamik der Unternehmen begünstigt, und um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu verbessern. Trotz der Erfolge im zurückliegenden Jahrzehnt konnte das Potenzial des **Binnenmarktes immer noch nicht voll ausgeschöpft werden**. Hier sind mehrere negative Signale zu beobachten, die vor Augen führen, dass dringender Handlungsbedarf besteht¹².

- Das **Tempo der Produktmarktintegration verlangsamt sich**. Der grenzübergreifende Handel mit Industrieerzeugnissen ist rückläufig (2001 wuchs er nur um 2,5 % und 2002 ging er um 0,3 % zurück). Zudem ist der Preiskonvergenzprozess in der EU in den letzten fünf bis sechs Jahren ins Stocken geraten, und auch der Umfang der grenzübergreifenden Investitionen ist recht gering. Außerdem wird der freie Warenverkehr durch zu viele technische Hindernisse gebremst. Schließlich mangelt es den Verbrauchern an Vertrauen in den grenzübergreifenden bzw. elektronischen Handel, was das Potenzial des grenzübergreifenden freien Wettbewerbs für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit merklich einschränkt.
- Der **Binnenmarkt ist weiterhin fragmentiert. Besonders ausgeprägt ist dies im Dienstleistungssektor**, insbesondere im Groß- und Einzelhandel. 70 % des BIP werden im Dienstleistungssektor generiert. Dennoch sind Unternehmen und Verbraucher weiterhin mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert, wenn es um die Entwicklung und Erbringung grenzübergreifender Dienstleistungen geht. Hierdurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stark beeinträchtigt.
- Bei den **netzgebundenen Industrien** wurde die Marktöffnung noch nicht voll verwirklicht, so dass sich der angestrebte Nutzen in Bezug auf Effizienz, Interkonnektivität und Versorgungssicherheit in der EU noch nicht eingestellt hat. In den beitretenden Ländern variiert die Situation stark von Land zu Land. Der Telekommunikationsmarkt wurde bereits in einem Großteil dieser Staaten dereguliert. Slowenien und Polen haben bereits mehr als die Hälfte ihrer Strommärkte liberalisiert. In vielen der beitretenden Länder mangelt es jedoch weiterhin an einem tatsächlichen Wettbewerb in diesen Sektoren.
- Zugleich sind **weiterhin mehrere strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU mangels politischem Willen blockiert**. Dies gilt unter anderem für Reformvorhaben wie das Gemeinschaftspatent, die Anerkennung von Berufsqualifikationen, den Schutz der Rechte am geistigen Eigentum und die Festlegung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung, deren Umsetzung für die weitere Entwicklung des Binnenmarktes eine Notwendigkeit ist.
- Außerdem ist **die Umsetzungsquote für die Richtlinien, die den Binnenmarkt betreffen, in den letzten Monaten merklich gesunken**: während sie im Mai 2002 noch bei 98,2 % lag, betrug sie im November 2003 nur noch 97,3 %. Die größten Fortschritte konnten Irland und Portugal verzeichnen, während das Umsetzungsdefizit Belgiens stark angestiegen ist. Nur Dänemark, Spanien, Finnland, Irland und das Vereinigte Königreich

¹² KOM(2004) 22 endg.: Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie (2003-2006).

halten das in Barcelona festgelegte Ziel einer Umsetzungsquote von 98,5 % ein. Belgien, Frankreich und Deutschland liegen mit mehr als 53 überfälligen Richtlinien bei 96,5 %. Dänemark, Finnland und Portugal sind die einzigen Mitgliedstaaten, die nicht in mindestens einem Fall um mehr als zwei Jahre mit der Umsetzung im Rückstand sind. Die Bilanz für die im Rahmen der Lissabon-Strategie verabschiedeten Richtlinien ist noch schlechter.

Umsetzung der „Lissabon-Richtlinien“

DIE UNION HAT IM RAHMEN DER LISSABON-STRATEGIE ÜBER 70 RICHTLINIEN ERLASSEN¹³, DIE EINE STÄRKERE HARMONISIERUNG DES GEMEINSAMEN RECHTSRAHMENS BEWIRKEN UND AUF DIESE WEISE DEN BINNENMARKT, DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU UND IHR WACHSTUMSPOTENZIAL STÄRKEN SOLLEN. ENDE 2003 WAR DIE UMSETZUNGSFRIST FÜR 40 RICHTLINIEN VERSTRICHEN.

- DIE UMSETZUNGSQUOTE DER MITGLIEDSTAATEN FÜR DIESE 40 RICHTLINIEN BETRÄGT IM DURCHSCHNITT NUR 58,3 % – **EINE SEHR SCHLECHTE LEISTUNG.**
- **DIE BESTEN ERGEBNISSE KÖNNEN DÄNEMARK, SPANIEN UND ITALIEN VORWEISEN (ZWISCHEN 85 UND 75 % DER „LISSABON-RICHTLINIEN“ WURDEN UMGESETZT), WÄHREND FRANKREICH, DEUTSCHLAND UND GRIECHENLAND AM STÄRKSTEN IM RÜCKSTAND SIND (ZWISCHEN 42 UND 35 %).**
- NUR 7 DER 40 RICHTLINIEN WURDEN VON SÄMTLICHEN MITGLIEDSTAATEN UMGESETZT.
- **DURCH DIESE NICHTUMSETZUNG WERDEN REFORMEN MIT WESENTLICHER BEDEUTUNG FÜR DIE EU VERZÖGERT: ELEKTRONISCHER GESCHÄFTSVERKEHR (E-COMMERCE), ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION, POSTDIENSTE, ERSTES EISENBAHNPaket, STROM AUS ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN IM ELEKTRIZITÄTSBINNENMARKT USW.**

- Doch die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinien nicht nur umsetzen (dies ist das unverzichtbare Minimum), sondern die Bestimmungen auch anwenden und durchsetzen. Nur so können die Reformen auch Wirkung zeigen. Die Zahl der anhängigen Vertragsverletzungsverfahren liegt jedoch weiter bei über 1000, und dieser Wert ging in den letzten Jahren lediglich um 3 % zurück.

Zugleich sind jedoch auch Entwicklungen bzw. Fortschritte zu beobachten, die in die richtige Richtung gehen und die nun unterstützt und verstärkt werden müssen.

- Die Fragmentierung unserer Finanzmärkte ist weiterhin einer der größten Nachteile für EU-Unternehmen, insbesondere im Vergleich zu den Vereinigten Staaten. Beim **Aktionsplan für Finanzdienstleistungen** wurden jedoch gute Fortschritte erzielt. Hier ist die **Zielgerade erreicht**. Um die Umsetzung des Aktionsplans wie vom Europäischen Rat vorgegeben bis 2005 abzuschließen, müssen in nächster Zeit jedoch noch einige Schlüsselmaßnahmen verabschiedet werden. Damit die Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten, müssen sie schnell und in der vorgesehenen Weise umgesetzt und wirksam in der Praxis angewandt werden.
- Der **Beseitigung steuerlicher Verzerrungen** zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss weiter Priorität eingeräumt werden. In diesem Bereich wurden Fortschritte erzielt. Zum einen wurde das „Steuerpaket“ verabschiedet, das zur Verringerung der Verzerrungen im Binnenmarkt beitragen soll. Zum andern wurde das

¹³ Eine Aufstellung der Richtlinien sowie „Anzeiger“ für deren Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten sind auf der Website „Lissabon-Strategie“ unter folgender Adresse verfügbar: http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/index_de.html.

gemeinsame Steuersystem für Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten mit dem Ziel geändert, jede Art von Doppelbesteuerung und steuerlichen Hindernissen für grenzübergreifende Aktivitäten zu beseitigen.

- Ein **günstiges Regelungsumfeld** spielt ebenfalls eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Hier soll es die Unterzeichnung der interinstitutionellen Vereinbarung „Bessere Rechtsetzung“ ermöglichen, den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen effizienter, flexibler und einfacher zu gestalten. Die Einrichtung eines Instruments für die Folgenabschätzung durch die Kommission und die Festlegung von alternativen Regulierungsmechanismen (Koregulierung, Selbstregulierung) sind weitere wichtige Fortschritte; nun müssen diese Neuerungen in der Praxis angewandt werden.
- Außerdem muss für den Binnenmarkt **weiter eine starke Wettbewerbspolitik** verfolgt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU sicherzustellen und weiter zu verbessern. In diesem Bereich sind Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere bei der Verminderung des durchschnittlichen Anteils staatlicher Beihilfen (der sich offenbar bei 0,7 % des BIP einpendelt) sowie bei der Umlenkung von Beihilfen auf horizontale Ziele. Darüber hinaus konnte im Rat schließlich eine politische Einigung über das Reformpaket für Fusionen und die Fusionskontrolle erzielt werden, das nun schnell von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss.

2.4. Mangelnde Nachhaltigkeit des Wachstums

Ein starkes, auf nachhaltiger Beschäftigung und Produktivität aufbauendes Wachstum muss auch dauerhaft sein. Die Lissabon-Strategie propagiert ein Entwicklungsmodell, in dem der Lebensstandard und die Lebensqualität der Europäer durch ein starkes Wirtschaftswachstum in nachhaltiger Weise verbessert werden können und das zugleich ein hohes Maß an sozialem Zusammenhalt und ein hohes Umweltschutzniveau gewährleistet. Da dieses Modell auf einer mittel- bzw. langfristigen Sichtweise beruht, können Interdependenz und Komplementarität der verschiedenen Politikfelder stärker in den Vordergrund gestellt werden: Eine nachhaltige Entwicklung erfordert, dass das Wirtschaftswachstum den sozialen Fortschritt stützt und mit dem Umweltschutz vereinbar ist, dass die Sozialpolitik die Wirtschaftsleistung untermauert und dass die Umweltpolitik auch wirtschaftlich Sinn macht.

2.4.1. Den sozialen Zusammenhalt stärken

Der Europäische Rat hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bekämpfung der Armut bis 2010 spürbar voranzubringen. Dennoch besteht **in mehreren Mitgliedstaaten nach wie vor die Gefahr, dass das Armutsrisiko weiter ansteigt** – aufgrund der Arbeitslosigkeit und insbesondere wegen der mangelnden Tragfähigkeit der Sozialschutz- und Rentensysteme. Trotz der Fortschritte in den 90er-Jahren bleibt die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in der EU sehr hoch: 2001 lag sie bei 55 Millionen, d. h. 15 % der Gesamtbevölkerung, wobei mehr als die Hälfte ständig gefährdet sind. Besonders groß war das Risiko in den südeuropäischen Ländern sowie in Irland, wo der Anteil der von Armut bedrohten Menschen 2001 mit 21 % am höchsten war.

Eine maßgebliche Ursache ist die Arbeitslosigkeit: 38 % der Arbeitslosen sind von Armut betroffen. Ebenfalls erhöht ist das Armutsrisiko bei kinderreichen Familien, allein stehenden älteren Frauen sowie Alleinerziehenden (zu 71 % Frauen). In der letztgenannten Gruppe ist die Gefährdung im Vereinigten Königreich (50 %) sowie in den Niederlanden (45 %) besonders hoch.

Seit 2001 entwickeln die Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie und auf Grundlage gemeinsamer Ziele **Strategien für die soziale Eingliederung** und setzen diese um (vgl. Entwurf des Gemeinsamen Berichts des Rates und der Kommission über die soziale Eingliederung¹⁴). Die neuesten Nationalen Aktionspläne (NAP) zeigen auf, dass die meisten Mitgliedstaaten **intensiv an der Festlegung nationaler Ziele** arbeiten.

2.4.2. *Bessere Einbeziehung von Umweltbelangen*

Im Umweltbereich sind die **Leistungen der Mitgliedstaaten insgesamt weiterhin unzureichend**. Es zeigt sich ein mangelndes Bewusstsein dafür, dass das Wachstum nicht auf Kosten der Umwelt gehen darf, da sich dies mittel- und langfristig kontraproduktiv auswirkt.

Zum einen trägt eine effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen dazu bei, die Produktivität der Wirtschaft zu steigern und die Umweltschädigung einzudämmen; die Verminderung von Luftverschmutzung und Lärm kann sich in erheblichem Maße auf die Gesundheit auswirken; und durch die Behebung von Verkehrsproblemen werden Zeitverluste und somit auch Kosten für Unternehmen und Einzelpersonen minimiert. Zum anderen könnte eine dynamischere Wirtschaft zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen, sofern der mit dem größeren Wachstum verbundene schnellere Kapitalumsatz eine stärkere Verbreitung neuer Technologien bewirkt, die oft energiesparender sind und somit die Umwelt weniger schädigen als die zuvor eingesetzten „alten“ Technologien.

In den 90er-Jahren gingen die Treibhausgasemissionen der Europäischen Union um 3,5 % zurück; dies entspricht fast der Hälfte der Emissionsreduzierung von 8 % im Vergleich zum Stand von 1990, zu der sich die EU für den Zeitraum 2008-2012 verpflichtet hat. Diese positive Entwicklung hat sich allerdings im Jahr 2001 umgekehrt. **Fünf Länder, auf die mehr als 50 % der Emissionen der EU entfallen, liegen derzeit bei der Einhaltung der Vorgaben der Kyoto-Lastenteilungsvereinbarung auf Kurs** (Luxemburg, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich und Schweden). Einige andere Länder haben die Kehrtwende noch nicht geschafft und liegen mit ihren Emissionen über den Werten von 1990. **Besonders beunruhigend ist die Entwicklung in Irland, Spanien und Portugal.** Entsprechend der Lastenteilungsvereinbarung ist in diesen Ländern zwar eine Zunahme der Emissionen gegenüber 1990 um 13 bis 27 % zulässig; diese Marge wurde jedoch bereits überschritten.

Durch Verbesserungen bei der **Energieeffizienz** der EU-Wirtschaft konnte die Energieintensität in den 90er-Jahren um 11 % vermindert werden. Dieses Ergebnis ist zwar zu einem erheblichen Teil auf außergewöhnliche Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung zurückzuführen, insgesamt ist **die Energieintensität** in diesem Zeitraum jedoch **in allen Mitgliedstaaten zurückgegangen oder zumindest gleich geblieben**. Ein wirtschaftlicher „Aufholprozess“ geht somit nicht unbedingt mit einer entsprechenden Steigerung des Energiebedarfs einher; dies macht das Beispiel Irland deutlich, wo parallel zum starken Wirtschaftswachstum deutliche Verbesserungen bei der Energieintensität erzielt wurden. Trotz dieser guten Leistungen nahm in den 90er-Jahren der Gesamtenergieverbrauch weiter um durchschnittlich 1 % pro Jahr zu.

Außerdem ist der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen mit 6 % weiterhin sehr niedrig. Neuesten Projektionen zufolge wird die EU die Zielvorgabe von 12 % bis 2010 nicht erreichen können, wenn nicht zusätzliche politische Maßnahmen ergriffen werden. Darüber

¹⁴ KOM(2003) 773 endg.

hinaus ist es unwahrscheinlich, dass die EU ihr Ziel erreicht, den Anteil von Strom aus regenerativen Quellen am Bruttoenergieverbrauch bis 2010 auf 22 % zu steigern.

Aus den Zahlen für 2002 lässt sich weiterhin keine **Entkoppelung des BIP-Wachstums von der Zunahme der Transportleistung ablesen**. In einigen Ländern ist ein relativer Rückgang beim Zuwachs der Transportleistung zu beobachten; möglicherweise ist dies jedoch nur ein vorübergehendes Phänomen und die Entwicklung im Transportsektor kehrt sich durch die absehbare Konjunkturerholung wieder um. In vielen Ländern liegt die Zunahme der Transportleistung weiterhin über dem BIP-Wachstum.

Zudem geben auch andere Entwicklungen Anlass zur Sorge. Hier sind unter anderem die Bodenerosion, der Rückgang der biologischen Vielfalt sowie die Entwicklung der Luft- und Wasserqualität zu nennen.

2.4.3. Begrenzte Umsetzung der Strategie für nachhaltige Entwicklung

Die Bemühungen zur **Umsetzung der Politik für nachhaltige Entwicklung** wurden auf europäischer und nationaler Ebene fortgeführt. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Europäischen Rates von Göteborg fördert die Lissabon-Strategie die wirksame und kohärente Integration wirtschaftlicher, sozialer und umweltbezogener Aspekte in die Politikgestaltung und ermöglicht die volle Ausschöpfung der Synergien zwischen diesen drei Elementen.

Alle Mitgliedstaaten und die Mehrzahl der Beitrittsländer haben mittlerweile Strategien für nachhaltige Entwicklung festgelegt. Nun sollten diese Strategien verstärkt weiterentwickelt und angewandt werden. Eine erste Analyse verdeutlicht, dass sich die vorhandenen Strategien stark unterscheiden und dass sie auf die spezifischen nationalen Bedingungen abgestimmt sind. Die Umweltschutzdimension spielt in vielen Strategien die zentrale Rolle. Die meisten decken jedoch auch alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ab, d. h. sie umfassen ausdrücklich auch soziale und wirtschaftliche Ziele. Die Strategien unterscheiden sich zudem stark hinsichtlich des geografischen Zielgebiets: einige betreffen vorrangig oder ausschließlich das Inland, andere berücksichtigen auch globale Fragen; manche geben der territorialen Dimension Vorrang, während dies bei anderen nicht der Fall ist. Außerdem wird bei manchen Strategien ein sektoraler Ansatz verfolgt (z. B. Verkehr, Landwirtschaft, Fischerei usw.), während andere an prioritären Themen ausgerichtet sind (z. B. Klimaveränderung, Schutz der biologischen Vielfalt, Ressourcennutzung usw.).

Auf europäischer Ebene wird Ende dieses Jahres eine Überprüfung der Göteborg-Strategie für nachhaltige Entwicklung vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit können die bisherigen Fortschritte bewertet, die Bezüge zwischen den Ergebnissen des Gipfels für nachhaltige Entwicklung (2002) und der EU-Strategie sowie den nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung analysiert und prioritäre Maßnahmen zur Steigerung des Reformtempos definiert werden.

AUF EUROPÄISCHER EBENE WURDEN GROßE ANSTRENGUNGEN UNTERNOMMEN, UM DIE SYNERGIEN ZWISCHEN DEN POLITIKFELDERN STÄRKER AUSZUSCHÖPFEN UND UM FÜR EINE LANGFRISTIGERE NACHHALTIGKEIT ZU SORGEN.

- MIT DER REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK WERDEN DIE BEIHILFEN AUF EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT AUSGERICHTET. ES WERDEN EINZELBETRIEBLICHE ZAHLUNGEN EINGEFÜHRT, DIE TEILWEISE ODER VOLLSTÄNDIG VON DER PRODUKTION ABGEKOPPELT SIND, UM DIE QUALITÄT DER BÖDEN AUS LANDWIRTSCHAFTLICHER UND ÖKOLOGISCHER SICHT ZU ERHALTEN.
- DIE VORSCHRIFTEN ZUR BESTEUERUNG VON ENERGIEERZEUGNISSEN WURDEN VERABSCHIEDET.
- DIE KOMMISSION HAT EIN INSTRUMENT FÜR DIE FOLGENABSCHÄTZUNG EINGERICHTET, DAS NACH UND NACH FÜR SÄMTLICHE GRUNDLEGENDEN VORSCHLÄGE ZUM EINSATZ KOMMEN SOLL. MIT DIESEM INSTRUMENT WERDEN WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND UMWELTRELEVANTE AUSWIRKUNGEN GLEICHERMAßEN UNTERSUCHT. ES IST BEREITS IM JAHR 2003 FÜR WICHTIGE LEGISLATIVVORSCHLÄGE ANGEWANDT WORDEN.
- BESONDERS HERVORSTECHEND IST DER VORSCHLAG FÜR EINEN NEUEN RECHTSRAHMEN FÜR CHEMISCHE STOFFE. AUF GRUNDLAGE EINER ANALYSE SÄMTLICHER POTENZIELLER WIRTSCHAFTLICHER, SOZIALER UND UMWELTBEOGNER AUSWIRKUNGEN UND NACH DURCHFÜHRUNG EINER TRANSPARENTEN, BREIT ANGELEGTE KONSULTATION SÄMTLICHER INTERESSIERTEN KREISE IM ZUGE DER AUSARBEITUNG DES VORSCHLAGS KONNTE EIN KOSTENWIRKSAMES UND AUSGEWOGENES SYSTEM ENTWICKELT WERDEN.
- SCHLIEßLICH HAT DIE EU QUANTITATIVE ZIELE FÜR ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER FESTGELEGT: 2010 SOLLEN 22 % DES STROMS AUS ERNEUERBAREN ENERGIEQUELLEN STAMMEN, UND DER ANTEIL DER BOKRAFTSTOFFE SOLL 5,75 % AUSMACHEN.

2.5. Fortschrittsbilanz

Die Analyse der momentanen Situation anhand der neuesten verfügbaren Daten ergibt, dass bestimmte Mitgliedstaaten **derzeit verhältnismäßig gute Ergebnisse vorweisen können (Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Schweden und das Vereinigte Königreich)**, während andere Mitgliedstaaten (Griechenland, Spanien, Italien und Portugal) verhältnismäßig schlecht abschneiden¹⁵. Nach vier Jahren der Umsetzung der Lissabon-Strategie muss jedoch auch die **Entwicklung der Mitgliedstaaten seit 1999** betrachtet werden. Hier haben **Belgien, Frankreich und Griechenland relativ gute Fortschritte gemacht**, während die Fortschrittsbilanz für Deutschland, Luxemburg, Österreich und Portugal eher enttäuschend ist¹⁶. Nimmt man eine eingehendere Analyse der Daten vor, wird deutlich, dass in sämtlichen Mitgliedstaaten weiterhin Probleme bestehen und dass alle zusätzliche Anstrengungen bei der Umsetzung unternehmen müssen.

¹⁵ Vgl. Anhang 1, Abbildung 15, in der die Leistungen sämtlicher Mitgliedstaaten in Bezug auf die 14 Strukturindikatoren veranschaulicht werden.

¹⁶ Vgl. Anhang 1, Abbildung 16.

Annex 2 veranschaulicht die individuellen Fortschritte der einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Kernbereiche, in denen Reformen noch ausstehen.

In Bezug auf die **Beschäftigungsziele** scheint die (teilweise) Umsetzung der in der Lissabon-Strategie vorgesehenen Reformen erste Früchte zu tragen. Auch wenn das Zwischenziel für 2005 nicht erreicht werden wird, bleibt die für 2010 angestrebte Beschäftigungsquote realistisch, sofern die Beschäftigung in den kommenden sieben Jahren in gleichem Maße zunimmt wie Ende der 90er-Jahre. Spanien und (in geringerem Maße) Italien ist es gelungen, seit 1999 bei der Arbeitsplatzschaffung ein verhältnismäßig schnelles Tempo aufrecht zu erhalten. Bei den Frauen hat sich die Beschäftigungsquote recht günstig entwickelt, unter anderem aufgrund von Verbesserungen bei den Betreuungseinrichtungen für Kinder. Das Gegenteil ist bei der Beschäftigungsquote in der Gruppe der älteren Arbeitnehmer der Fall, wo das für 2010 angestrebte Ziel außer Reichweite zu sein scheint, auch wenn es Finnland, Frankreich und insbesondere den Niederlanden gelungen ist, die Quote in dieser Gruppe seit 1999 zu steigern. In Österreich und Portugal verlief die Beschäftigungsentwicklung seit 1999 enttäuschend.

Die **Produktivität** hat sich in der IKT-Branche verhältnismäßig günstig entwickelt, während die Situation im Dienstleistungssektor und in den klassischeren Industriezweigen Besorgnis erregend ist. Die Analysen der Kommission ergeben, dass für die Produktivität in der Europäischen Union neben der Alterung der Arbeitskräfte vier Faktoren maßgeblich sind: Grad der Regulierung, Struktur der Finanzmärkte, Stand der Produktmarktintegration und Höhe der Investitionen in das Wissen. Es ist festzustellen, dass die Arbeitsproduktivität in Griechenland und Irland seit 1999 besonders stark angestiegen ist, während die Ergebnisse Italiens und Luxemburgs im selben Zeitraum eher enttäuschend sind.

Aus der Analyse der Indikatoren ergibt sich, dass die Reform der Finanzmärkte verhältnismäßig gut vorankommt, dass die Produktmarktintegration jedoch stagniert und dass der Trend bei den Investitionen in das Wissen sogar alarmierend ist. Hier ist die Entwicklung nicht im selben Rhythmus verlaufen wie bei unseren wichtigsten Wettbewerbern, sondern die Investitionen sind in den letzten Jahren sogar zurückgegangen (auch wenn die Investitionen in Unternehmen in Italien, Spanien und Griechenland seit 1999 verhältnismäßig stark angestiegen sind).

Außerdem zeigt die Analyse, dass in den verschiedenen Bereichen mit Nachdruck integrierte Reformstrategien umgesetzt werden müssen. Umgekehrt führt die derzeit ungenügende Umsetzung der Lissabonstrategie zu klaren Kosten für Europa: Kosten in Gestalt von weniger Wachstum, in Gestalt einer verzögerten Verbesserung der Beschäftigungssituation, einer Verzögerung bei der Fortbildung, oder einer Vergrößerung des Abstandes bei den FuE-Ausgaben zu einigen unserer industrialisierten Partnern. Nach Berechnungen der Kommission kann die gleichzeitige und integrierte Umsetzung der Reformen ein zusätzliches Wachstum in Höhe von 0,5 - 0,75 % des BSP in den nächsten 5 bis 10 Jahren bewirken.

Außerdem ist festzustellen, dass zwar verschiedene Fortschritte (insbesondere im Bereich der Rechtsetzung) bei der **nachhaltigen Entwicklung** und der besseren Integration des Umweltschutzes in die Gemeinschaftspolitik gemacht wurden, dass es der Union jedoch nach wie vor nicht gelingt, die Synergien zwischen den verschiedenen Politikfeldern, insbesondere Umwelt, Forschung und Wettbewerbsfähigkeit, voll auszuschöpfen. Auf nationaler Ebene sind die Leistungen im Bereich Umweltschutz insgesamt enttäuschend; in bestimmten Fällen hat sich die Situation seit 1999 sogar verschlechtert. Im Bereich des sozialen Zusammenhalts

können Spanien und Frankreich verhältnismäßig gute Fortschritte vorweisen, während die Fortschritte Portugals unzureichend sind.

3. PRIORITÄTEN 2004: INVESTITIONEN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Insbesondere aufgrund der unzureichenden Umsetzung der Reformen durch die Mitgliedstaaten ist es der Union noch nicht gelungen, alle ihre Ziele zu erreichen.

Das Potenzial der Lissabon-Strategie ergibt sich aus dem gleichermaßen integrierten wie zielgerichteten Politik- und Reformansatz, wobei sich die einzelnen Elemente der Strategie gegenseitig verstärken. Nur mit einem solchen integrierten, koordinierten und abgestimmten Konzept lassen sich optimale Ergebnisse erzielen. Um voranzukommen, muss die EU somit auf mehreren vorrangigen Gebieten kohärente Maßnahmen ergreifen.

Anhand der Fortschrittsbilanz muss die Union unterscheiden zwischen **den Bereichen, in denen die Entwicklung verhältnismäßig erfreulich verläuft (hier muss die EU das Reformtempo aufrecht erhalten), und solchen Bereichen, in denen eine negative Entwicklung dringend mit geeigneten Maßnahmen umgekehrt werden muss.**

3.1. Das Reformtempo aufrecht erhalten

In den Jahren 2004 und 2005 müssen insbesondere Fortschritte bei der **Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts** gemacht werden, vor allem auf Seiten der Mitgliedstaaten mit übermäßigem Haushaltsdefizit.

Die **Europäische Beschäftigungsstrategie** unterstützt die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Umsetzung von Strukturreformen auf ihren Arbeitsmärkten. Im Rahmen dieser Strategie hat die Kommission den Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts angenommen, der sich auf die Analyse der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung der Mitgliedstaaten sowie auf den **konstruktiven Beitrag der Taskforce „Beschäftigung“ unter der Leitung von Wim Kok** stützt. Auf EU-Ebene sollte nun die strengere Überwachung der Reformen der Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt gestellt werden. Um die Produktivität und die Beschäftigung zu steigern, sollten die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner die Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie unter unmittelbarer Berücksichtigung der folgenden Prioritäten fortführen: mehr Anpassungsfähigkeit auf Seiten der Arbeitnehmer und der Unternehmen, größere Attraktivität des Arbeitsmarktes für mehr Menschen, mehr und effektivere Investitionen in das Humankapital, effektivere Durchführung der Reformen durch bessere beschäftigungspolitische Maßnahmen.

Um die Entwicklung im **IKT-Bereich** zu untermauern, müssen die Mitgliedstaaten im Rahmen des Aktionsplans *eEurope 2005* nationale Strategien für Breitbandnetze festlegen und umsetzen.

Für den **Binnenmarkt** ist es von entscheidender Bedeutung, dass die vom Europäischen Rat festgelegten Umsetzungsvorgaben eingehalten werden. Gleichmaßen muss auch die hohe Zahl der Vertragsverletzungsverfahren verringert werden.

Angesichts der jüngsten Bilanzskandale auf beiden Seiten des Atlantiks (Parmalat, Enron usw.) muss der schnellen Umsetzung des Aktionsplans **„Modernisierung des Gesellschaftsrechts und Verbesserung der Corporate Governance“** Vorrang eingeräumt werden; mit diesem Aktionsplan wird das Ziel verfolgt, die Aktionärsrechte zu stärken, den

Arbeitnehmer- und Gläubigerschutz zu verbessern und das gesunkene Vertrauen in die Kapitalmärkte wieder zu stärken. In diesem Zusammenhang sollte die Union den Vorschlag für eine Richtlinie über die Abschlussprüfung schnell verabschieden, um die Aufsicht über die Prüfer zu verstärken. Außerdem wird die Kommission weiter eng mit dem American Public Company Accounting Oversight Board zusammenarbeiten, um ein wirksames, kooperatives Konzept für die interne Regulierung in Prüfungsgesellschaften zu entwickeln.

Zugleich müssen die Mitgliedstaaten weitere Anstrengungen zur Verringerung und Umlenkung der **staatlichen Beihilfen** unternehmen und bis zum 1. Mai 2004 den notwendigen Rechtsrahmen für die uneingeschränkte Durchsetzung der europäischen Kartellpolitik durch nationale Behörden und Gerichte einrichten.

Im Bereich der **Sozialpolitik** müssen die Mitgliedstaaten die in den Nationalen Aktionsplänen festgelegten Ziele für soziale Eingliederung bei der Festlegung der Gesamtprioritäten für ihre Ausgaben (einschließlich der Verwendung der Strukturfondsmittel) berücksichtigen. Zugleich muss stärker darauf hingewirkt werden, dass sich Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gegenseitig verstärken.

Auf dem Gebiet des **Umweltschutzes** sollten Rat und Parlament unverzüglich die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionsberechtigungen in der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Entwurfs des Kyoto-Protokolls verabschieden. Zudem müssen die Mitgliedstaaten – in Übereinstimmung mit den auf dem Gipfel von Johannesburg eingegangenen Verpflichtungen – ihre Maßnahmen zur Einführung nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsmodelle verstärken, insbesondere durch intensivere Bemühungen im Bereich der Umwelttechnologien.

In Bezug auf die externe Dimension der Lissabon-Strategie sollten schließlich Maßnahmen ergriffen werden, um das exportgetragene Wachstum zu stützen, insbesondere durch weitere Bemühungen, um einen erfolgreichen Verlauf des Doha-Prozesses sicherzustellen, und durch die Stärkung der „positiven Wirtschaftsagenda“ mit den Vereinigten Staaten.

Zugleich muss die EU dringend darauf hinwirken, dass sich die negative Entwicklung in mehreren Bereichen – Investitionen in Netze und Wissen, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Dienstleistungssektors, aktives Altern – umkehrt. Entsprechend fordert die Kommission den Europäischen Rat auf, sich auf seiner Frühjahrstagung vor allem mit den folgenden drei Prioritäten zu befassen: **Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit, Reformen.**

3.2. Die Investitionen steigern, um das Wachstum zu stützen

Angesichts des **insgesamt schwachen Investitionsniveaus** müssen die öffentlichen und privaten Investitionen in verschiedenen Schlüsselbereichen umgeschichtet, gesteigert und effizienter gestaltet werden, um der europäischen Wirtschaft einen neuen Schub zu geben. Dies ist durchaus mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Grundzüge der Wirtschaftspolitik vereinbar. Hierzu müsste der Europäische Rat ein kohärentes Gesamtkonzept festlegen, um die Höhe und die Effizienz der Investitionen zu steigern.

Die EU nutzt schon jetzt einen Teil der ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Instrumente, um die für Investitionen bestimmten Ausgaben auf die im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele umzulenken. Diese Bemühungen werden 2004 fortgeführt werden –

insbesondere im Zuge der Halbzeitbewertung der Strukturfonds sowie im Rahmen der Finanziellen Vorausschau für die Zeit nach 2006.

Beitrag der Strukturfonds zu den Zielen von Lissabon

- SEIT 2000 WURDEN FAST 80 MILLIARDEN EURO FÜR DIE **ERREICHUNG VON DREI HAUPTZIELEN DER LISSABON-STRATEGIE** MOBILISIERT: **INVESTITIONEN IN DAS HUMANKAPITAL (20 MILLIARDEN), INNOVATION UND UNTERNEHMERGEIST (22 MILLIARDEN) SOWIE ZUSAMMENSCHLUSS TRANSEUROPÄISCHER VERKEHRS-, ENERGIE- UND TELEKOMMUNIKATIONSNETZE (37 MILLIARDEN).**
- **IM RAHMEN DER HALBZEITBEWERTUNG DER STRUKTURFONDS WERDEN BIS ENDE MÄRZ 2004 ZUSÄTZLICH 8 MILLIARDEN EURO AUS DER LEISTUNGSGEBUNDENEN RESERVE AN ERFOLGREICHE PROGRAMME VERGEBEN, UND ZWAR UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER PRIORITÄTEN DER LISSABON-STRATEGIE (INSBESONDERE BREITBAND-INFRASTRUKTUREN).**
- **ZUDEM WERDEN AUCH DIE STRUKTURFONDS IN ERHEBLICHEM MAßE ZUR UMSETZUNG DER WACHSTUMSINITIATIVE BEITRAGEN, INSBESONDERE BEIM AUFBAU VON HOCHGESCHWINDIGKEITSNETZEN FÜR SCHULEN UND KRANKENHÄUSER.**
- **ZUR VORBEREITUNG KÜNFTIGER PROGRAMME WURDEN LEITLINIEN FÜR DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN ERSTELLT, DIE PRIORITÄR AUF FOLGENDES AUSGERICHTET SIND: MODERNISIERUNG VON NETZEN, UMWELT, BESCHÄFTIGUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION.**

Die Europäische Wachstumsinitiative umsetzen

Indem die Union innerhalb eines stabilen makroökonomischen Rahmens Investitionen in zwei zentralen Lissabon-Bereichen – Netze und Wissen – mobilisiert, kann sie ein **deutliches Zeichen zur Stützung der laufenden Reformen** setzen. Der Europäische Rat hat das hierfür vorgesehene Sofortmaßnahmenprogramm (auch als „Schnellstartprogramm“ bezeichnet) auf seiner Tagung im Dezember letzten Jahres gebilligt.

Mittelfristig werden diese neuen Investitionen Zugewinne an Produktions- und Transportzeit, qualitative Verbesserungen, eine Beschleunigung des Innovationsrhythmus, eine Stärkung des Wettbewerbs sowie mehr Wahlmöglichkeiten für die Ansiedlung neuer Unternehmen bewirken. Die Schaffung von Breitband-Kommunikationsnetzen – einschließlich Hochgeschwindigkeitsnetzen für die Forschung (GEANT) – wird zum Ausbau hochwertiger Mehrwertdienste und zur Wissensverbreitung beitragen und das Wirtschaftswachstum stimulieren. Zudem dürfte hierdurch der Zusammenhalt innerhalb der erweiterten EU gestärkt werden, da den Ländern und Regionen, die bisher nicht über angemessene Infrastrukturen oder nur über einen begrenzten Zugang zum Wissen und zur Innovation verfügten, auf diese Weise die Möglichkeit zur Eingliederung in die wissensbasierte Wirtschaft gegeben wird. Insgesamt könnte sich dieser Investitionsschub in den Bereichen Netze und Wissen auch in puncto Produktivitätszuwachs und Arbeitsplatzschaffung als ausgesprochen nützlich erweisen.

Nun muss das Sofortmaßnahmenprogramm von allen beteiligten Akteuren umgesetzt werden.

Realisierung des Sofortmassnahmenprogramms

MITGLIEDSTAATEN

- **AB 2004 UMSETZUNG DER NATIONALEN PLÄNE IM RAHMEN DER EUROPÄISCHEN WACHSTUMSINITIATIVE (PROJEKTE IN DEN BEREICHEN VERKEHR, FORSCHUNG UND BREITBANDNETZE).**
- **IN VERBINDUNG HIERMIT BESCHLEUNIGUNG DER VORARBEITEN FÜR DIE PROJEKTE DES SOFORTMASSNAHMENPROGRAMMS IN DEN BEREICHEN FORSCHUNG/ENTWICKLUNG UND BREITBANDNETZE BIS SOMMER 2004; BEI AUSGEREIFTER PLANUNG AUSARBEITUNG DER FINANZIERUNGSPLÄNE FÜR DIE UMSETZUNG BIS ENDE DES JAHRES.**
- **BESEITIGUNG SACHLICHER, RECHTLICHER UND ADMINISTRATIVER HINDERNISSE, DIE DER EINRICHTUNG ÖFFENTLICH-PRIVATER PARTNERSCHAFTEN IM WEGE STEHEN.**

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

- **SCHAFFUNG ANGEMESSENER FINANZINSTRUMENTE, UM EINE HEBELWIRKUNG AUF DAS PRIVATE KAPITAL AUSZÜBEN, SOWIE EINRICHTUNG VON VERBRIEFUNGSFONDS.**

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND RAT

- **VERABSCHIEDUNG DES ZWEITEN EISENBAHNPAKETS VOR DER FRÜHJAHRSTAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES.**
- **VERABSCHIEDUNG DER ÜBERARBEITETEN LEITLINIEN FÜR DIE TRANSEUROPÄISCHEN VERKEHRSNETZE (BIS MAI 2004) SOWIE FÜR ENERGIENETZE (BIS MÄRZ 2005).**
- **VERABSCHIEDUNG DES VORSCHLAGS ZUR ÄNDERUNG DER EUROVIGNETTE-RICHTLINIE (ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR DIE BENUTZUNG BESTIMMTER VERKEHRSWEGE DURCH SCHWERE NUTZFAHRZEUGE) BIS MÄRZ 2005.**

KOMMISSION

- **PRÜFUNG DER NOTWENDIGKEIT EINES SPEZIFISCHEN GARANTIEINSTRUMENTS DER GEMEINSCHAFT UND GEGEBENENFALLS VORLAGE EINES LEGISLATIVVORSCHLAGS.**
- **IN ABSTIMMUNG MIT DEN MITGLIEDSTAATEN BENENNUNG EUROPÄISCHER KOORDINATOREN FÜR BESTIMMTE GRENZÜBERGREIFENDE PROJEKTE IM RAHMEN DER WACHSTUMSINITIATIVE.**
- **VORLAGE EINES VORSCHLAGS FÜR DAS DRITTE EISENBAHNPAKET IM ERSTEN HALBJAHR 2004 (ÖFFNUNG DES GRENZÜBERGREIFENDEN SCHIENENPERSONENVERKEHRS SOWIE DIENSTLEISTUNGSQUALITÄT).**
- **VORLAGE EINES GRÜNBUCHES ÜBER ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN IM ERSTEN HALBJAHR 2004.**
- **IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EIB BEWERTUNG DER UMSETZUNG DES SOFORTMASSNAHMENPROGRAMMS BIS 2007 IM RAHMEN DES JÄHRLICHEN FRÜHJAHRBSBERICHTS AN DEN EUROPÄISCHEN RAT.**

Die Investitionen in das Wissen steigern

Die Wachstumsinitiative trägt aktiv zur Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft bei. Sie muss gestützt werden durch Anstrengungen in den Bereichen Forschung, allgemeine Bildung und Berufsbildung; diese Bereiche tragen bisher nicht in ausreichendem Maße zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU bei.

Nun müssen dringend Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans „In die Forschung investieren“ erzielt werden, über die die Kommission vor Jahresende Bilanz ziehen wird. Die Mitgliedstaaten sollten der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der öffentlichen Förderung von Forschungsinvestitionen hohe Priorität einräumen und zugleich auf

europäischer Ebene im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode die Konsistenz dieser Maßnahmen und die Ausschöpfung von Synergien sicherstellen. In Verbindung hiermit sollten sie – wie vom Rat im Jahr 2003 vereinbart – für eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen in folgenden Bereichen sorgen: Einstellung von Forschern, berufliche Laufbahn im F&E-Bereich und Stellenwert der Forschungstätigkeit. In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine Richtlinie über die Einreise und den Aufenthalt von Forschern aus Drittländern vorgeschlagen und wird einen entsprechenden Aktionsplan vorlegen, um das Angebot an hoch qualifizierten Forschern in Europa zu steigern.

Der Europäische Rat sollte auf der Frühjahrstagung deutliche Impulse für Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung geben, um auf diese Weise die mittelfristige Entwicklung der Wissensgesellschaft zu untermauern. Solche Aktionen sollten auf bestimmte Schlüsselbereiche abzielen: Steigerung des Beitrags des privaten Sektors mittels spezieller Anreizmaßnahmen, Ausbau des lebenslangen Lernens, Verbesserung der Wirksamkeit der nationalen Bildungs- und Ausbildungssysteme. Hierfür könnten auch Mittel der Strukturfonds (insbesondere des Europäischen Sozialfonds) sowie der Europäischen Investitionsbank verwendet werden. Diese Maßnahmen werden auch im Bericht der Taskforce „Beschäftigung“ als prioritär angesehen.

MITGLIEDSTAATEN

- **VERBESSERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN UND ÖFFENTLICHE FÖRDERUNG FÜR INVESTITIONEN IN DIE FORSCHUNG; EUROPaweit Gewährleistung der Konsistenz dieser Maßnahmen und der Ausschöpfung von Synergien durch die offene Koordinierungsmethode.**
- **VERSTÄRKUNG DER HEBELWIRKUNG DER ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNG AUF PRIVATE INVESTITIONEN DURCH DIE WIRKSAMERE NUTZUNG UND KOMBINATION VON FINANZIERUNGSTRUMENTEN (FINANZHILFEN, STEUERANREIZE, GARANTIEINSTRUMENTE UND RISIKOKAPITALFÖRDERUNG) UND AUSBAU DER VERBINDUNGEN ZWISCHEN ÖFFENTLICHER FORSCHUNG UND DER INDUSTRIE.**
- **INTENSIVIERUNG DER BEMÜHUNGEN IN BEZUG AUF DIE EINSTELLUNG UND DIE BERUFLICHE LAUFBAHN VON FORSCHERN DURCH ANWENDUNG DER OFFENEN KOORDINIERUNGSMETHODE.**
- **VORLAGE VON REGELMÄßIGEN BERICHTEN ÜBER DIE NATIONALEN FORTSCHRITTE BEI DER ERREICHUNG DER ZIELE DER SYSTEME DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG.**
- **FESTLEGUNG UND UMSETZUNG (BIS 2005) NATIONALER STRATEGIEN FÜR LEBENSLANGES LERNEN.**

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND RAT

- **VERABSCHIEDUNG DES VORSCHLAGS FÜR DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN BIS MÄRZ 2005. HIERZU MUSS BIS MAI 2004 EINE POLITISCHE EINIGUNG IM RAT (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT) ERFOLGEN.**
- **ANNAHME DES VORSCHLAGS FÜR EIN RAHMENPROGRAMM FÜR LEBENSLANGES LERNEN BIS ENDE 2005, DAMIT DAS PROGRAMM AM 1. JANUAR 2007 ANLAUFEN KANN.**

KOMMISSION

- **ABSCHLUSS DER EINRICHTUNG DER ERSTEN REIHE EUROPÄISCHER TECHNOLOGIEPLATTFORMEN.**
- **VORBEREITUNG DER ÜBERARBEITUNG DES GEMEINSCHAFTSRAHMENS FÜR STAATLICHE FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSBEIHILFEN.**
- **VORLAGE EINES VORSCHLAGS FÜR EINE RICHTLINIE ÜBER DIE EINREISE UND DEN AUFENTHALT VON FORSCHERN AUS DRITTLÄNDERN SOWIE EINES ENTSPRECHENDEN AKTIONSPLANS.**
- **SCHAFFUNG EINER HARMONISIERTEN RECHTSGRUNDLAGE FÜR EUROPÄISCHE RISIKOKAPITALFONDS, DIE EUROPaweit STEUERLICHE TRANSPARENZ GEWÄHRLEISTET.**

SOZIALPARTNER

- **VORANTREIBEN DER UMSETZUNG DES AKTIONSRAHMENS FÜR DIE LEBENSBEGLEITENDE ENTWICKLUNG VON KOMPETENZEN UND QUALIFIKATIONEN AUF NATIONALER EBENE.**

3.3. Die Wettbewerbsfähigkeit in einer nachhaltigen Wirtschaft stärken

Die Wettbewerbsfähigkeit ist eines der Schlüsselemente der Lissabon-Strategie, und ihre Steigerung ist weiterhin ein zentrales Anliegen der Mitgliedstaaten und der Wirtschaft.

Die EU verfügt bereits über eine Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nun muss die Umsetzung dieser Strategie vorangetrieben werden und es müssen Prioritäten definiert werden. Absoluten Vorrang muss die Annahme der noch nicht verabschiedeten Vorschläge haben, um Unternehmen und Investoren einen deutlichen Impuls und ein positives Signal zu geben. Dieses „Paket zur Wettbewerbsfähigkeit“ muss das Parlament noch vor Ende der Legislaturperiode in erster und in zweiter Lesung durchlaufen.

Zudem hat die Kommission kürzlich einen maßgeblichen Vorschlag für den **Dienstleistungsbereich**¹⁷ vorgelegt, der die grenzübergreifende Erbringung von Dienstleistungen erleichtern und den entsprechenden Rechtsrahmen vereinfachen soll. Der Dienstleistungssektor verfügt über das größte Potenzial für den Binnenmarkt. Durch effiziente, wettbewerbsfähige Dienstleistungen kann auch die Produktivität in an deren Sektoren gesteigert werden. Wie von der irischen Präsidentschaft angekündigt, muss das Legislativverfahren für diesen Vorschlag vorrangig vorangetrieben werden.

Verabschiedung des „Pakets zur Wettbewerbsfähigkeit“ bis Mai 2004

- **ANNAHME DER VERORDNUNG ÜBER DAS GEMEINSCHAFTSPATENT UND POLITISCHE EINIGUNG ÜBER DIE INSTRUMENTE FÜR DIE GERICHTSBARKEIT.**
- **POLITISCHE EINIGUNG IM RAT ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN.**
- **VORANBRINGEN DES AKTIONSPLANS FÜR FINANZDIENSTLEISTUNGEN: ANNAHME DER RICHTLINIENVORSCHLÄGE ÜBER WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGEN UND ÜBER DIE HARMONISIERUNG DER TRANSPARENZANFORDERUNGEN.**
- **POLITISCHE EINIGUNG IM RAT ÜBER DIE VERSTÄRKTE DURCHSETZUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS.**
- **SOFORTIGE AUFNAHME DER DEBATTE ÜBER DEN VORSCHLAG FÜR EINE RAHMENRICHTLINIE ÜBER DIENSTLEISTUNGEN.**

Außerdem muss sich die EU so schnell wie möglich auf eine gemeinsame, konsolidierte Formel für die Besteuerung von Gewinnausschüttungen einigen, die sämtliche Aktivitäten von Unternehmen abdeckt. Wenn die EU in ihrer Gesamtheit hier keine Fortschritte erzielt, muss die Möglichkeit der Anwendung der Bestimmungen des Vertrags zur verstärkten Zusammenarbeit ins Auge gefasst werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken

Die **Wettbewerbsfähigkeit** spielt für unsere Wirtschaft eine zentrale Rolle; dies gilt nicht nur für den Dienstleistungssektor, sondern auch für die europäische **Industrie**. Die Rolle der Industrie in unserer Wirtschaft wird durch den verstärkten Wettbewerbsdruck aufgrund weltweiter Konkurrenz, den Übergang zur Wissensgesellschaft und die EU-Erweiterung infrage gestellt. In diesem Zusammenhang hat der Europäische Rat im Oktober letzten Jahres auf das Phänomen der De-Industrialisierung verwiesen, das sich mehr und mehr als Strukturproblem erweisen könnte.

Die Kommission hat sich bereits mit dieser Frage befasst¹⁸ und wird ihre Analyse weiter vertiefen. Die ersten Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass es in der EU-Wirtschaft keine Anzeichen von allgemeiner De-Industrialisierung gibt. Dennoch müssen die politischen Entscheidungsträger hier wachsam bleiben.

In diesem Zusammenhang ist auf den **Verlust an Wettbewerbsfähigkeit – und an Arbeitsplätzen – in bestimmten Industriebranchen der EU** hinzuweisen, beispielsweise Textil, Bergbau, Nichteisenmetalle und Kohle, während sich andere Branchen (u. a. Chemie,

¹⁷ KOM(2004) 2 endg., Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

¹⁸ KOM(2003) 704 endg., Einige Kernpunkte der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – Hin zu einem integrierten Konzept.

Bürotechnik, Elektroindustrie, Telekommunikation) besser behaupten können. Die Fakten deuten auf einen Wandel unserer Wirtschaft in Richtung neuer Branchen hin. Zudem führen sie vor Augen, dass sich die betroffenen Akteure mobilisieren müssen, um – auch in den neuen Mitgliedstaaten – die Lissabon-Strategie voranzubringen und die Strukturen der europäischen Industrie zu modernisieren. Hierbei muss insbesondere die Produktivität gesteigert und die Anpassungsfähigkeit der europäischen Unternehmen und Arbeitnehmer verbessert werden, und zwar insbesondere in den Branchen, die derzeit mit Problemen kämpfen. Ferner muss Europa seinen Rückstand bei der Verbreitung der IKT aufholen, insbesondere um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Produktivität der Arbeitnehmer zu stärken, und die Investitionen in diesem Bereich müssen von Maßnahmen zur Verbesserung der Organisation und der Berufsbildung begleitet werden. Auch die Taskforce „Beschäftigung“ hebt in ihrem Bericht hervor, dass solche Entwicklungen vorausschauendes Handeln und Anpassungsfähigkeit erfordern.

Wettbewerbsfähigkeit und Industriepolitik

KOMMISSION

- **QUALITATIVE WEITERENTWICKLUNG DER ANALYSEN IM BEREICH WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, INSBESONDERE AUF BRANCHENEBENE. SÄMTLICHE MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER INDUSTRIE MÜSSEN SICH AUF VORABANALYSEN ZUR FOLGENABSCHÄTZUNG STÜTZEN, IN DENEN DIE AKTUELLE SITUATION UND DIE PROBLEME BELEUCHTET WERDEN UND DIE EIN EINGEHEN AUF KLAR ERMITTELTE BEDÜRFNISSE ERMÖGLICHEN. DIESE ANALYSEN MÜSSEN IN ENGER ZUSAMMENARBEIT MIT DEN BETROFFENEN AKTEUREN, EINSCHLIEßLICH DER SOZIALPARTNER, Vorgenommen werden.**
- **ENTWICKLUNG EINES ERNEUERTEN KONZEPTS FÜR DIE INDUSTRIEPOLITIK HIER WIRD DIE KOMMISSION IM FRÜHJAHR AN IHRE MITTEILUNG „INDUSTRIEPOLITIK IN EINEM ERWEITERTEN EUROPA“ ANKNÜPFEN UND AUF GRUNDLAGE DER SCHLUSSFOLGERUNGEN DES EUROPÄISCHEN RATES VOM OKTOBER 2003 WEITERE ÜBERLEGUNGEN ÜBER DIE DE-INDUSTRIALISIERUNG ANSTELLEN.**
- **AB 2004 VORSTELLUNG MEHRERER SCHLÜSSELMAßNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER INDUSTRIE IM RAHMEN EINES AKTIONSPLANS ZUR FÖRDERUNG DES UNTERNEHMERGEISTS SOWIE EINES AKTIONSPLANS FÜR INNOVATION.**
- **FOLLOW-UP DER ERGEBNISSE DER HALBZEITBEWERTUNG DES AKTIONSPLANS „EUROPE 2005 – EINE INFORMATIONSGESELLSCHAFT FÜR ALLE“ SOWIE INTENSIVIERUNG DER MAßNAHMEN IN DIESEM BEREICH.**

SOZIALPARTNER

- **FORTFÜHRUNG DER BEMÜHUNGEN, UM AUF GRUNDLAGE DES GEMEINSAMEN TEXTES, DEN DIE SOZIALPARTNER IM ZWEITEN HALBJAHR 2003 VORGELEGT HABEN, EINE ÜBEREINKUNFT ÜBER DIE UMSTRUKTURIERUNG DER INDUSTRIE ZU SCHLIEßEN.**

Die Synergien zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt besser ausschöpfen

Die Synergien zwischen Wirtschaft und Umwelt müssen voll ausgeschöpft werden, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, dessen Nutzen zu maximieren und zugleich die Schädigung der Umwelt zu minimieren. Hierzu müssen die politischen und rechtlichen Vorgaben verstärkt werden, die klare Signale an alle Wirtschaftsakteure aussenden, und es müssen innovative Instrumente eingebunden werden, die eine bessere Vereinbarkeit zwischen Anliegen bestimmter Wirtschaftszweige und dem Umweltschutz gewährleisten.

Solche Rahmenbedingungen können zudem weitere Anreize für die Entwicklung und Vermarktung von Innovationen geben, die zu einer ökoeffizienten Wirtschaft beitragen,

wodurch die europäische Wirtschaft langfristig ihre Produktivität steigern und eine strategische Führungsposition erreichen könnte.

Aus den gleichen Beweggründen hat die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat auch den **Aktionsplan für Umwelttechnologie** vorgelegt, der zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Förderung „sauberer“ Technologien dienen soll. Die EU hat sich zu einem der führenden Produzenten und Exporteure von Umwelttechnologien und -dienstleistungen (Fotovoltaik, Windenergie, Wasserversorgung, verbundene Dienstleistungen) entwickelt. Die derzeitige Marktentwicklung in der Umweltbranche (gemäß Definition der OECD) belegt diesen Trend eindeutig. Sowohl der Gesamtumsatz als auch die Arbeitsplatzschaffung in diesem Sektor, in dem mehr als 2,5 Millionen Menschen arbeiten, waren im letzten Jahrzehnt überdurchschnittlich.

Die Synergien zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt besser ausschöpfen

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND RAT

- **EINRICHTUNG EINES FOLGENABSCHÄTZUNGSINSTRUMENTS FÜR WICHTIGE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DER INTERINSTITUTIONELLEN VEREINBARUNG „BESSERE RECHTSETZUNG“. EIN SOLCHES INTEGRIERTES INSTRUMENT MÜSSTE SOWOHL DIE WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKLUNGEN (INSBESONDERE AUF DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT) ALS AUCH DIE FOLGEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG UND DIE UMWELT UNTERSUCHEN.**
- **ANNAHME DES VORSCHLAGS ÜBER DIE UMWELTHAFTUNG NOCH IN DER LAUFENDEN LEGISLATURPERIODE.**
- **ANNAHME UND UMSETZUNG DES AKTIONSPLANS FÜR UMWELTECHNOLOGIE.**
- **ANNAHME DER VORSCHLÄGE ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR DIE BENUTZUNG BESTIMMTER VERKEHRSWEGE DURCH SCHWERE NUTZFAHRZEUGE (EUROVIGNETTE), ÜBER CHEMISCHE STOFFE (REACH), FÜR EINE RAHMENRICHTLINIE FÜR DIE FESTLEGUNG VON ANFORDERUNGEN AN DIE UMWELTGERECHTE GESTALTUNG ENERGIEBETRIEBENER PRODUKTE SOWIE FÜR EINE RICHTLINIE ZUR ENDENERGIEEFFIZIENZ UND ZU ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN BIS MÄRZ 2005.**

3.4. Den Reformen für aktives Altern Priorität einräumen

Durch die Alterung der europäischen Bevölkerung geraten Gesellschaft, Arbeitsmarkt und Produktivität mittelfristig unter Druck, und die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte wird gefährdet. Deshalb gilt es, ein aktives Altern der Arbeitnehmer zu gewährleisten, und zwar durch die verstärkte Reformierung der Arbeitsmärkte und der Rentensysteme sowie durch die Modernisierung der Gesundheitsversorgung und der Vorsorge (um die Zahl der gesunden Lebensjahre zu erhöhen).

Aktives Altern fördern

Um einen schnellen Rückgang des Arbeitskräfteangebots zu vermeiden, der sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und die Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme auswirken würde, müssen die Bemühungen zur Förderung des aktiven Alterns mit Nachdruck weiterverfolgt werden. Dies gilt insbesondere für Mitgliedstaaten mit geringen Beschäftigungsquoten in der Gruppe der älteren Arbeitnehmer sowie mit niedrigem durchschnittlichen Renteneintrittsalter. Zur Verlängerung des Arbeitslebens müssen in Verbindung mit Rentenreformen Maßnahmen in vier Bereichen ergriffen werden: Beseitigung von Hemmnissen, die dem längeren Arbeiten im Wege stehen, und Verhinderung des vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand; lebenslanges Lernen, damit die Kenntnisse und Fähigkeiten den aktuellen Erfordernissen entsprechen; Verbesserung der Arbeitsbedingungen; Festigung der gesundheitlichen Situation der

Bevölkerung im höheren Erwerbsalter. Diesen Analyseergebnissen entsprechend schlägt die Kommission die folgenden Maßnahmen vor:

Aktives Altern fördern

MITGLIEDSTAATEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN SOZIALPARTNERN

- **BESEITIGUNG FINANZIELLER HEMMNISSE, DIE VERHINDERN, DASS ARBEITNEHMER SPÄTER IN RENTE GEHEN UND DASS ARBEITGEBER ÄLTERE ARBEITNEHMER EINSTELLEN BZW. WEITERBESCHÄFTIGEN. DIES BEINHÄLTET DIE ANPASSUNG ENTSPRECHENDER STEUERANREIZE SOWIE DES ARBEITS- UND RENTENRECHTS; HIER MÜSSEN REGELUNGEN ABGEÄNDERT WERDEN, DIE VERHINDERN, DASS ÄLTERE ARBEITNEHMER IM BERUF BLEIBEN, UND DAS FRÜHE AUSSCHEIDEN AUS DEM ARBEITSMARKT MUSS WENIGER ATTRAKTIV GEMACHT WERDEN. IN ALLEN MITGLIEDSTAATEN SOLLTEN MAßNAHMEN ERGRIFFEN WERDEN, UM DIE ARBEITNEHMER VOM VORZEITIGEN EINTRITT IN DEN RUHESTAND ABZUBRINGEN.**
- AUSBAU DES ZUGANGS ZUR BERUFSBILDUNG FÜR ALLE BÜRGER UND ENTWICKLUNG VON STRATEGIEN FÜR LEBENSLANGES LERNEN, **INSBESONDERE FÜR ÄLTERE ARBEITNEHMER, DIE IN DER BERUFSBILDUNG UNTERREPRÄSENTIERT SIND.**
- VERBESSERUNG DER QUALITÄT DER ARBEIT, **SO DASS WÄHREND DES GESAMTEN ARBEITSLEBENS EIN ATTRAKTIVES, SICHERES UND FLEXIBLES ARBEITSUMFELD GEWÄHRLEISTET IST (EINSCHLIEßLICH MÖGLICHKEITEN FÜR TEILZEITARBEIT BZW. FÜR DIE UNTERBRECHUNG DER BERUFSTÄTIGKEIT).**

Diese Vorschläge decken sich mit den Empfehlungen der Taskforce „Beschäftigung“.

Modernisierung der Gesundheitssysteme

Trotz der großen Unterschiede zwischen den Gesundheitssystemen sind alle Mitgliedstaaten mit Problemen konfrontiert, die auf die demografische Alterung und den ständigen Druck auf die Gesundheitsbudgets zurückzuführen sind. Viele Mitgliedstaaten reagieren darauf mit umfassenden Reformen.

Um die Bemühungen in diesem Bereich zu unterstützen, den Austausch bewährter Verfahren zu fördern und die Gesundheitssysteme hinsichtlich Qualität, Zugang und finanzieller Tragfähigkeit zu verbessern, sollte die Union in Übereinstimmung mit der Mitteilung über die Straffung der offenen Koordinierung im Bereich Sozialschutz (das darin vorgestellte Konzept wurde vom Rat gebilligt) eine besser strukturierte, formaler angelegte Koordinierung verwirklichen. Dies würde eine bessere Abstimmung mit den bestehenden Prozessen in den Bereichen soziale Eingliederung und Renten ermöglichen und damit – vor dem Hintergrund der Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie – zu einer breiter angelegten Reflexion über die Gesundheitsversorgung (einschließlich Public Health) beitragen.

Zudem müssen folgende Aspekte, insbesondere im Rahmen des Aktionsplans *eEurope 2005*, eingehender untersucht werden: Rolle der Informations- und Kommunikationssysteme in den Gesundheitssystemen sowie Verbesserung der Versorgung und Potenzial für Effizienzsteigerungen durch die Weiterentwicklung der Online-Gesundheitsfürsorge (E-Health).

Modernisierung der Gesundheitsfürsorge

EUROPÄISCHER RAT

- **AUSWEITUNG** DER OFFENEN KOORDINIERUNGSMETHODE IM BEREICH SOZIALSCHUTZ AUF DIE MODERNISIERUNG DER GESUNDHEITSSYSTEME.

RAT

- ANNAHME **DER VORSCHLÄGE ZUR** KOORDINIERUNG DER SYSTEME DER SOZIALEN SICHERHEIT, INSBESONDERE DES VORSCHLAGS ZUR ANGLEICHUNG DER ANSPRÜCHE, VOR DER FRÜHJAHRSTAGUNG, UM DIE EINFÜHRUNG DER EUROPÄISCHEN KRANKENVERSICHERUNGSKARTE AM 1. JUNI ZU ERLEICHTERN.

KOMMISSION

- **PRÜFUNG DER MODALITÄTEN FÜR DIE EINBINDUNG DES BEREICHS PUBLIC HEALTH IN DIE LISSABON-STRATEGIE BIS 2005 ALS BEITRAG ZUM WACHSTUM UND ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG.**
- **VORLAGE EINER MITTEILUNG ÜBER DIE PATIENTENMOBILITÄT UND DIE ENTWICKLUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG IN DER EU.**
- **VORLAGE EINER MITTEILUNG ÜBER DIE MODERNISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS UND DIE PFLEGE ÄLTERER MENSCHEN IM JAHR 2004.**

4. VORBEREITUNG DER HALBZEITÜBERPRÜFUNG 2005

Bis zur Frühjahrstagung 2005 des Europäischen Rates wird sich der institutionelle Rahmen der EU – insbesondere aufgrund der anstehenden Veränderungen in den Organen sowie durch die Annahme einer Verfassung für die EU – grundlegend geändert haben.

Wichtige Ereignisse 2004 und 2005

- **FEBRUAR 2004: VORLAGE DER MITTEILUNG ÜBER DIE FINANZIELLE VORAUSSCHAU FÜR DIE ZEIT NACH 2006 DURCH DIE KOMMISSION; ERSTE ORIENTIERUNGSDEBATTE UNTER DER IRISCHEN PRÄSIDENTSCHAFT.**
- **26. MÄRZ 2004: FRÜHJAHRSTAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES.**
- 1. MAI 2004: ERWEITERUNG DER EU UM ZEHN NEUE MITGLIEDSTAATEN.
- **10.-13. JUNI 2004: EUROPAAWALEN.**
- **JUNI/JULI 2004: ANNAHME DER LEGISLATIVVORSCHLÄGE FÜR DIE FINANZIELLE VORAUSSCHAU DURCH DIE KOMMISSION.**
- **1. NOVEMBER 2004: AMTSANTRITT DER NEUEN KOMMISSION.**
- **ENDE 2004: ÜBERPRÜFUNG DER STRATEGIE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG.**
- MÄRZ 2005: FRÜHJAHRSTAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES; DIE HALFTE DER LAUFZEIT DER LISSABON-STRATEGIE IST ERREICHT.

2005 geht also die erste Halbzeit der Umsetzung der Lissabon-Strategie zu Ende. Zudem wird die Strategie dann ein Jahr lang in der erweiterten EU angewandt worden sein, und zwar unter einer neuen Kommission und einem neu gewählten Parlament. Der vorliegende Bericht ist

somit der letzte Bericht der derzeitigen Kommission, die die Lissabon-Strategie 2000 mitbegründet hat und seitdem weiterentwickelt und begleitet.

Der Ablauf der ersten Halbzeit muss Anlass dafür ein, die Lissabon-Strategie zu überprüfen, um ihr für den zweiten Teil der Umsetzungsphase neue Impulse zu geben. Außerdem müssen Überlegungen über die notwendige Kohärenz zwischen den Zielen und den Instrumenten zu deren Umsetzung sowie über die auf verschiedenen Ebenen beteiligten Akteure angestellt werden. Auf seiner kommenden Tagung **sollte der Europäische Rat hierfür bereits den Rahmen abstecken und Leitgedanken vorgeben, so dass bis März 2005 eine eingehende Überprüfung vorgenommen werden kann.**

Während in den ersten fünf Jahren der Strategie vor allem die Rechtsetzung im Mittelpunkt steht, um den Rahmen für die Reformen zu schaffen, muss ab 2005 die aktive und konkrete Umsetzung dieser Reformen die zentrale Rolle spielen. Angesichts des Defizits bei der Umsetzung der Reformen muss die Halbzeitüberprüfung Anlass dafür sein, eine kohärente Methode zur Verbesserung dieser Situation und zur Unterstützung der Umsetzung festzulegen.

Im Rahmen ihres Vorschlags für die nächste Finanzielle Vorausschau für die Zeit nach 2006 will die Kommission die Umsetzung der Lissabon-Strategie in das Zentrum der Tätigkeit der EU in den kommenden Jahren stellen. Zur Untermauerung dieses Vorschlags plant die Kommission, einen **Fahrplan vorzulegen, der als Orientierungshilfe und strukturelle Vorgabe für die Umsetzungsaktivitäten der Mitgliedstaaten dienen soll.** Dieses nach der „Ziel 92“-Methode (die für die Verwirklichung des Binnenmarktes angewandt wurde) aufgestellte Papier könnte Angaben zu den angestrebten Zwischenzielen, entsprechenden Methoden und wirksamen Instrumenten sowie einen genauen Zeitplan für die Verwirklichung der Vorhaben enthalten.

Halbzeitüberprüfung (2005)

EUROPÄISCHER RAT, FRÜHJAHRSTAGUNG 2004

- **FESTLEGUNG DES POLITISCHEN UND PRAKTISCHEN RAHMENS FÜR DIE ÜBERPRÜFUNG, INSBESONDERE FÜR DEREN VORBEREITUNG DURCH DIE KOMMISSION UND DIE ANDEREN BETEILIGTEN ORGANE.**

KOMMISSION

- **EINGEHENDE BILANZIERUNG DER SEIT 2000 ERZIELTEN FORTSCHRITTE UND ANALYSE DER ENTWICKELTEN KONZEPTE, METHODEN UND INSTRUMENTE (INSBESONDERE OFFENE KOORDINIERUNGSMETHODE). DIE KOMMISSION WIRD SICH HIERBEI INSBESONDERE AUF DIE STELLUNGNAHMEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS SOWIE DER EINSCHLÄGIGEN RATSFORMATIONEN, DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES UND DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN STÜTZEN.**
- **AUF DIESER GRUNDLAGE BESCHREIBUNG DER GRUNDZÜGE DER STRATEGIE FÜR DEN ZEITRAUM 2005-2010 (DIE DEN ALLGEMEINEN PRINZIPIEN UND ZIELEN DER STRATEGIE ENTSPRECHEN MÜSSEN) IM NÄCHSTEN FRÜHJAHRBERICHT.**
- **VORSCHLAGEN EINER ARBEITSMETHODE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UMSETZUNG DER REFORMEN AUF GRUNDLAGE EINES ENTSPRECHENDEN FAHRPLANS.**

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND RAT

- **ANNAHME DER ETWA 30 NOCH NICHT VERABSCHIEDETEN LEGISLATIVVORSCHLÄGE (SIEHE ANHANG 3).**
- **ZU GEGEBENER ZEIT BETEILIGUNG AN DER BEWERTUNG DER SEIT 2000 ERZIELTEN FORTSCHRITTE.**

SOZIALPARTNER

- **KONKRETISIERUNG IHRES ENGAGEMENTS FÜR EINE NEUE PARTNERSCHAFT FÜR DEN WANDEL IN EUROPA, UM DAS WACHSTUM ZU STÜTZEN UND BESCHÄFTIGUNG UND PRODUKTIVITÄT ZU STEIGERN.**

EUROPÄISCHER RAT, FRÜHJAHRSTAGUNG 2005

- **NEUE POLITISCHE IMPULSE FÜR DIE ZEIT VON 2005 BIS 2010 AUF GRUNDLAGE DES FRÜHJAHRBERICHTS 2005.**

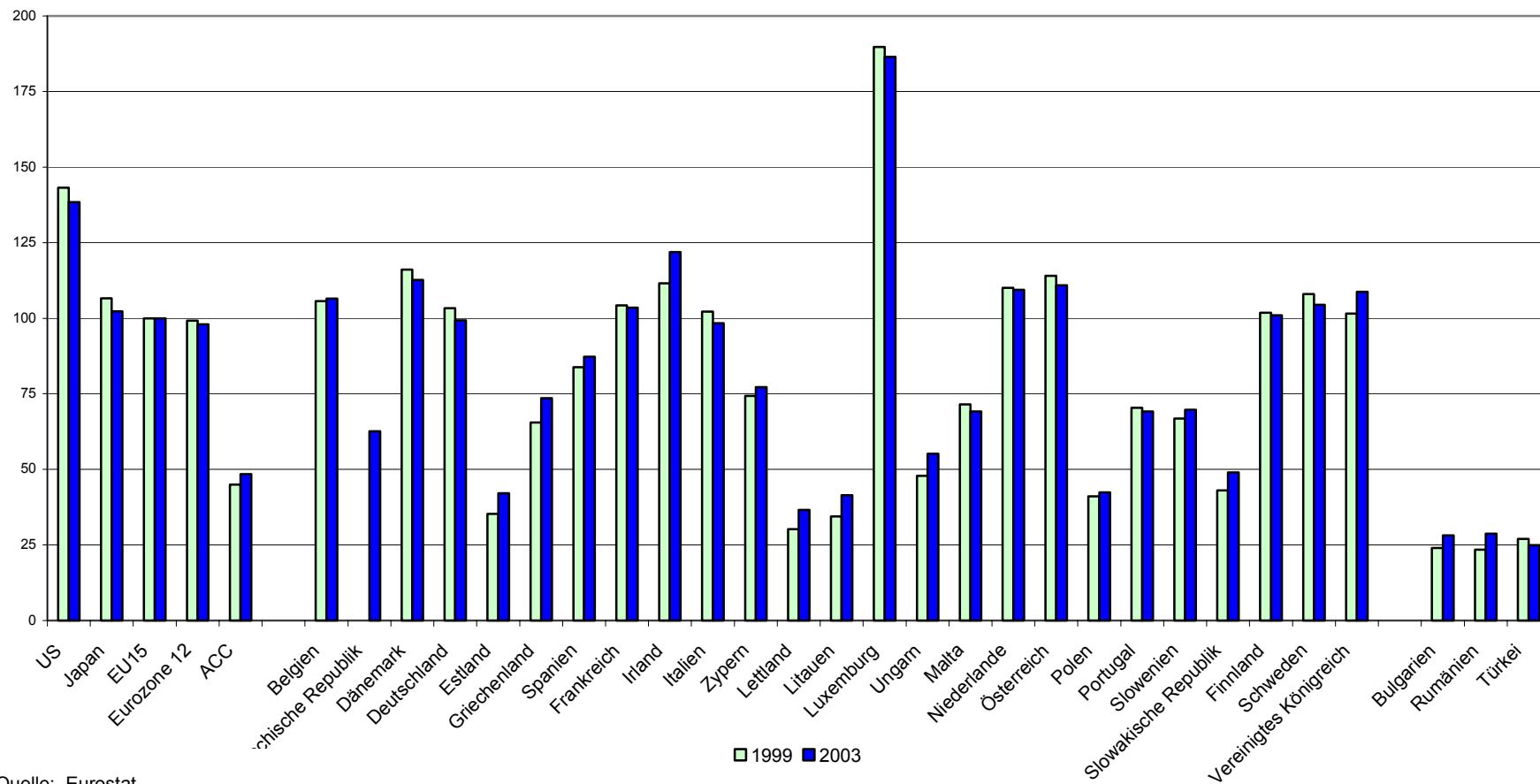
ANHANG 1
PRÄSENTATION DER STRUKTURINDIKATOREN

Gemäß den derzeit geltenden Rechtsvorschriften sind die Daten zu den Ländern der Europäischen Freihandelsgemeinschaft und die Strukturindikatoren auf der Website der Generaldirektion ESTAT in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch abrufbar:
<http://europa.eu.int/comm/eurostat/structuralindicators>.

ALLGEMEINER WIRTSCHAFTLICHER HINTERGRUND

Indikator 1 BIP pro Kopf in KKS

BIP pro-Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), (EU-15=100)



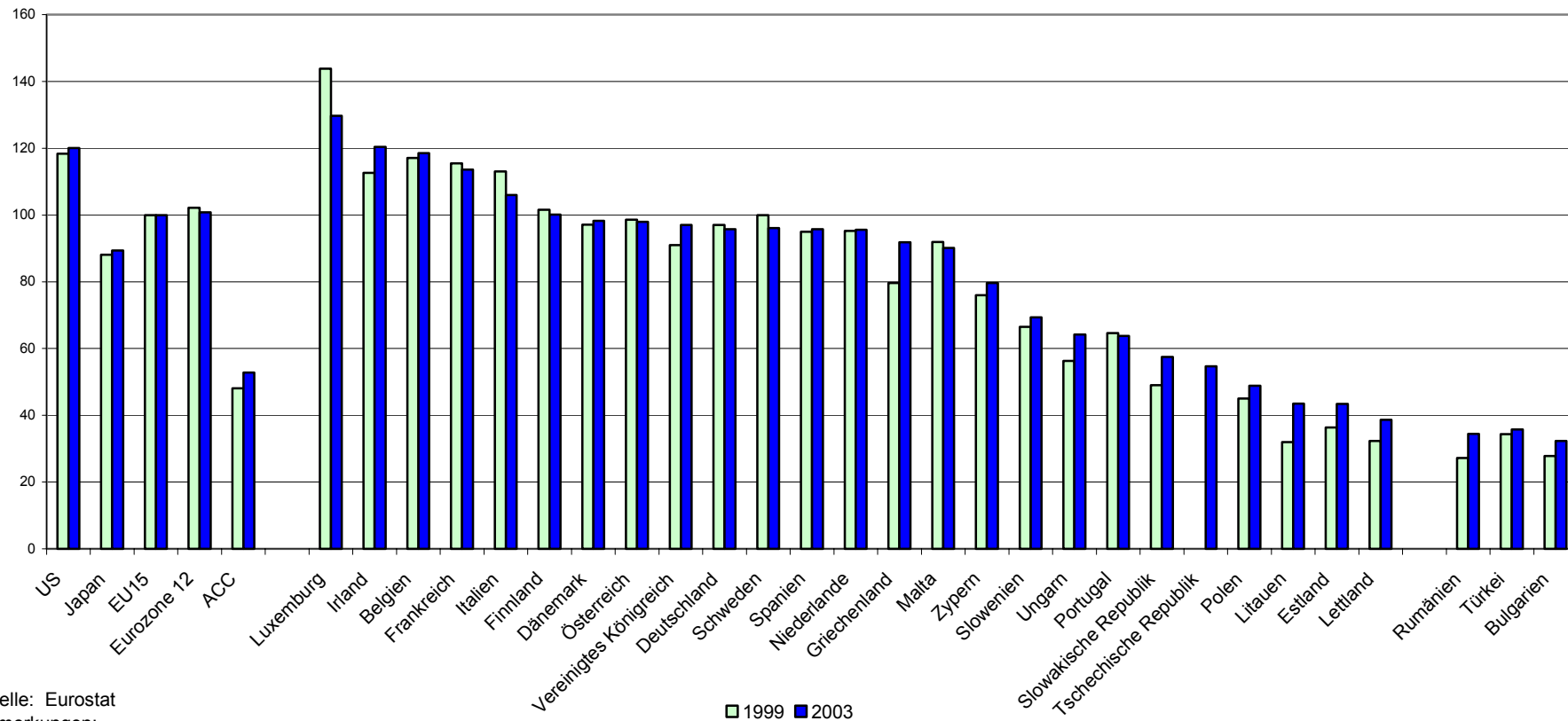
Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

2003: Prognose

ACC: Eurostat Schätzung für 1999

ALLGEMEINER WIRTSCHAFTLICHER HINTERGRUND
Indikator 2 Arbeitsproduktivität je Beschäftigten
 BIP in KKS je Beschäftigten im Vergleich zu EU-15 (EU15=100)

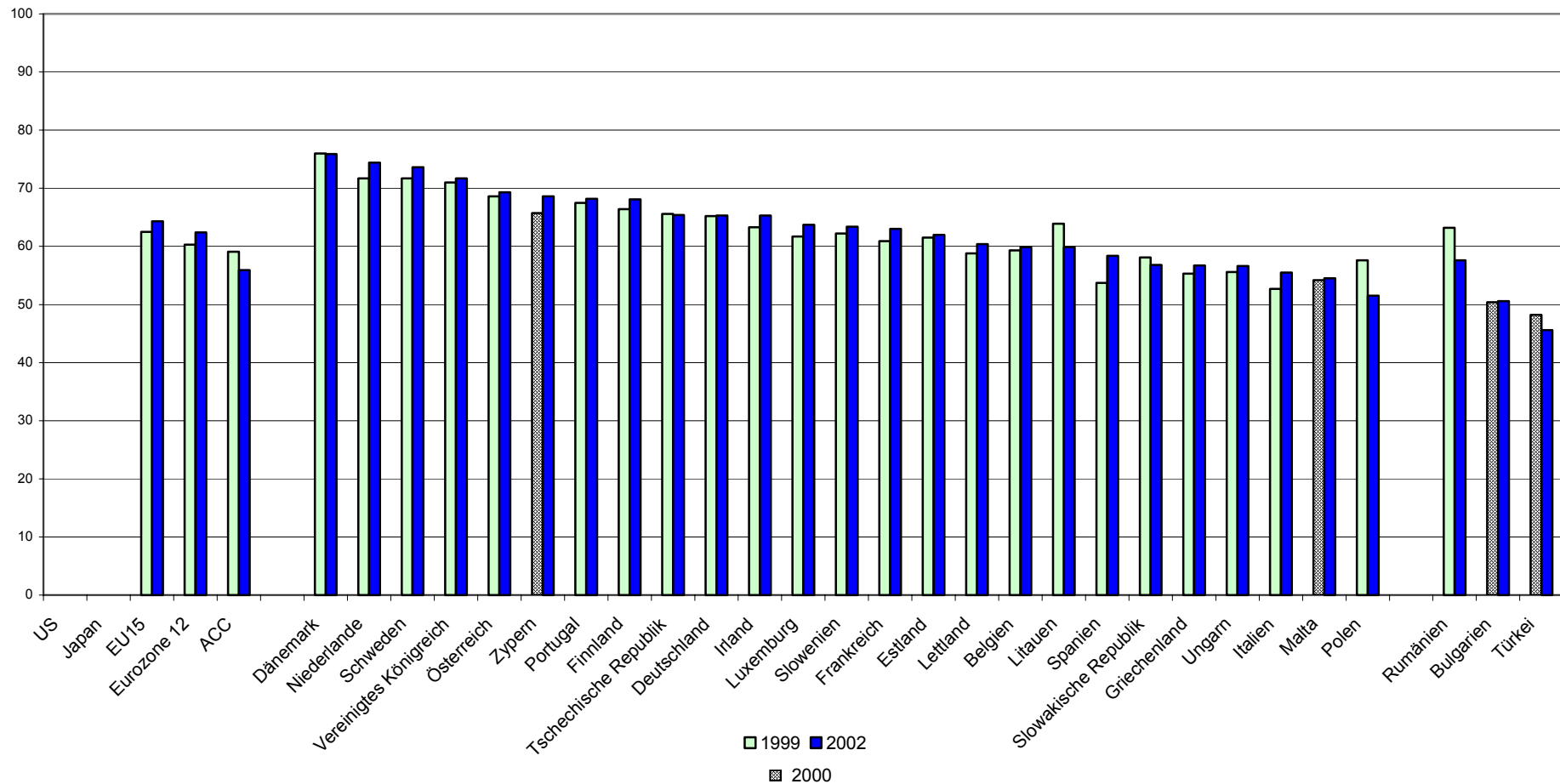


Quelle: Eurostat
 Anmerkungen:
 2003: Prognose
 ACC: Eurostat Schätzung für 1999
 Japan, Portugal: Prognose für 1999

BESCHÄFTIGUNG

Indikator 3.1 Beschäftigungsquote - insgesamt

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe

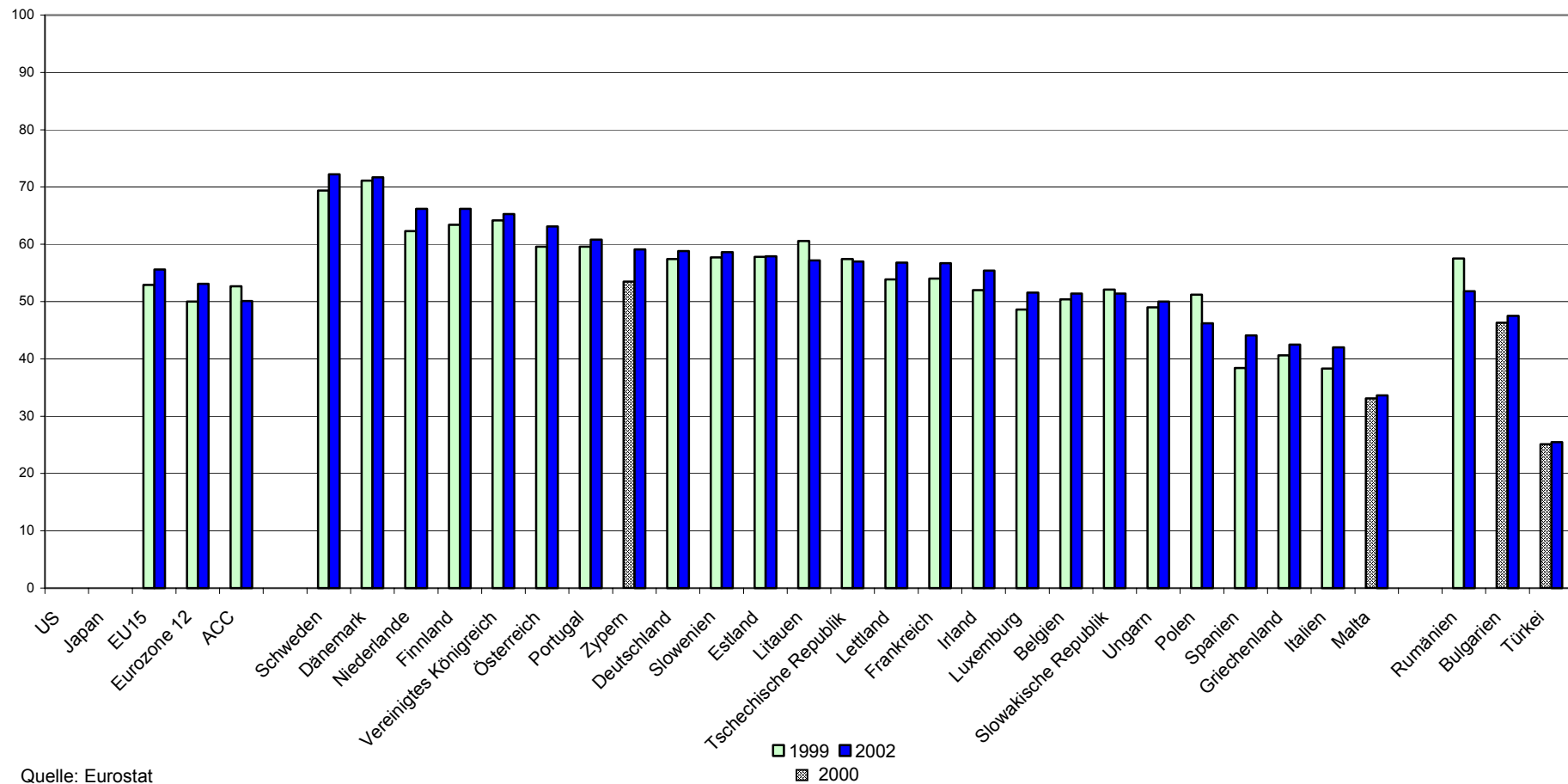


Quelle: Eurostat

BESCHÄFTIGUNG

Indikator 3.2 Beschäftigungsquote – weiblich

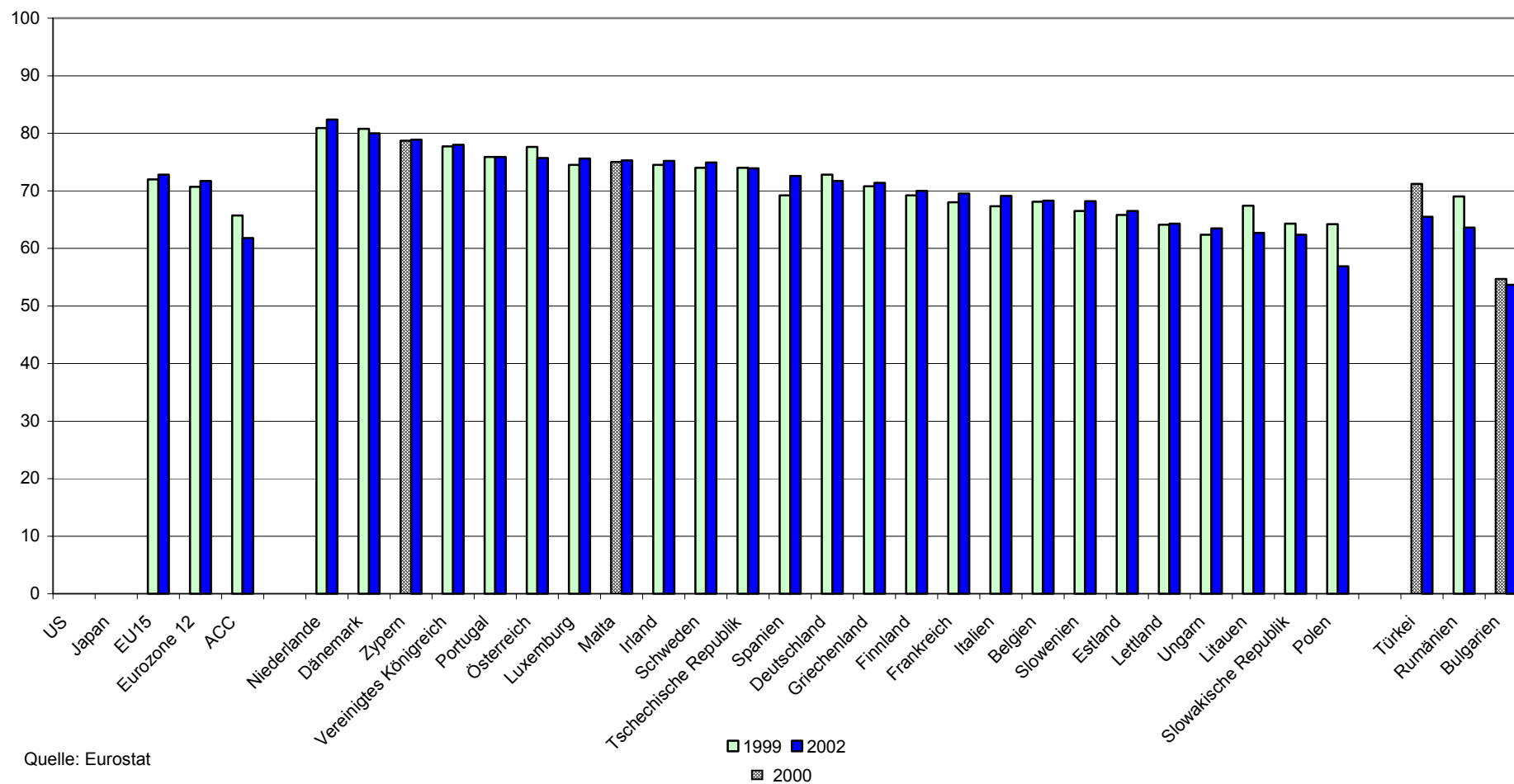
Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15-64 Jahre an der weiblichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe



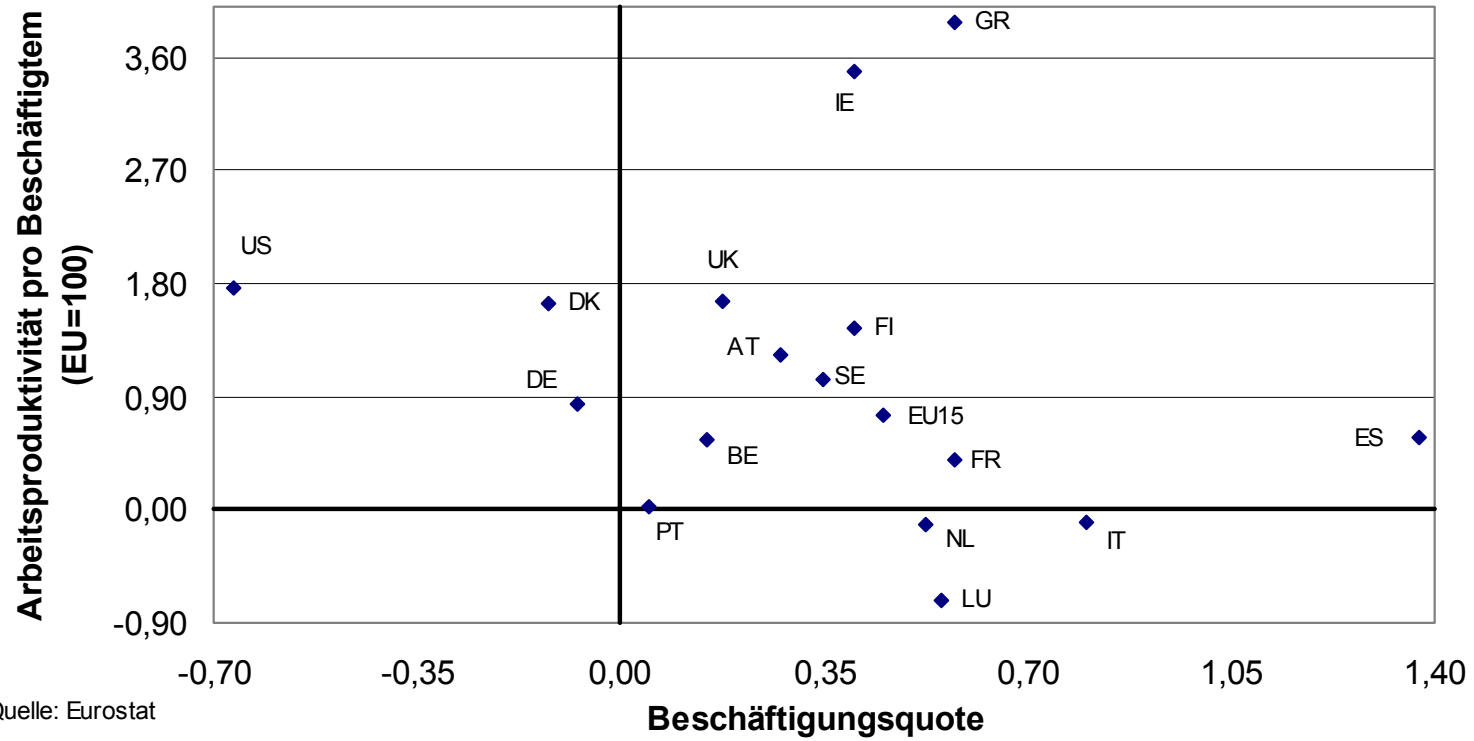
BESCHÄFTIGUNG

Indikator 3.3 Beschäftigungsquote – männlich

Anteil der erwerbstätigen Männer im Alter von 15-64 Jahre an der männlichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe



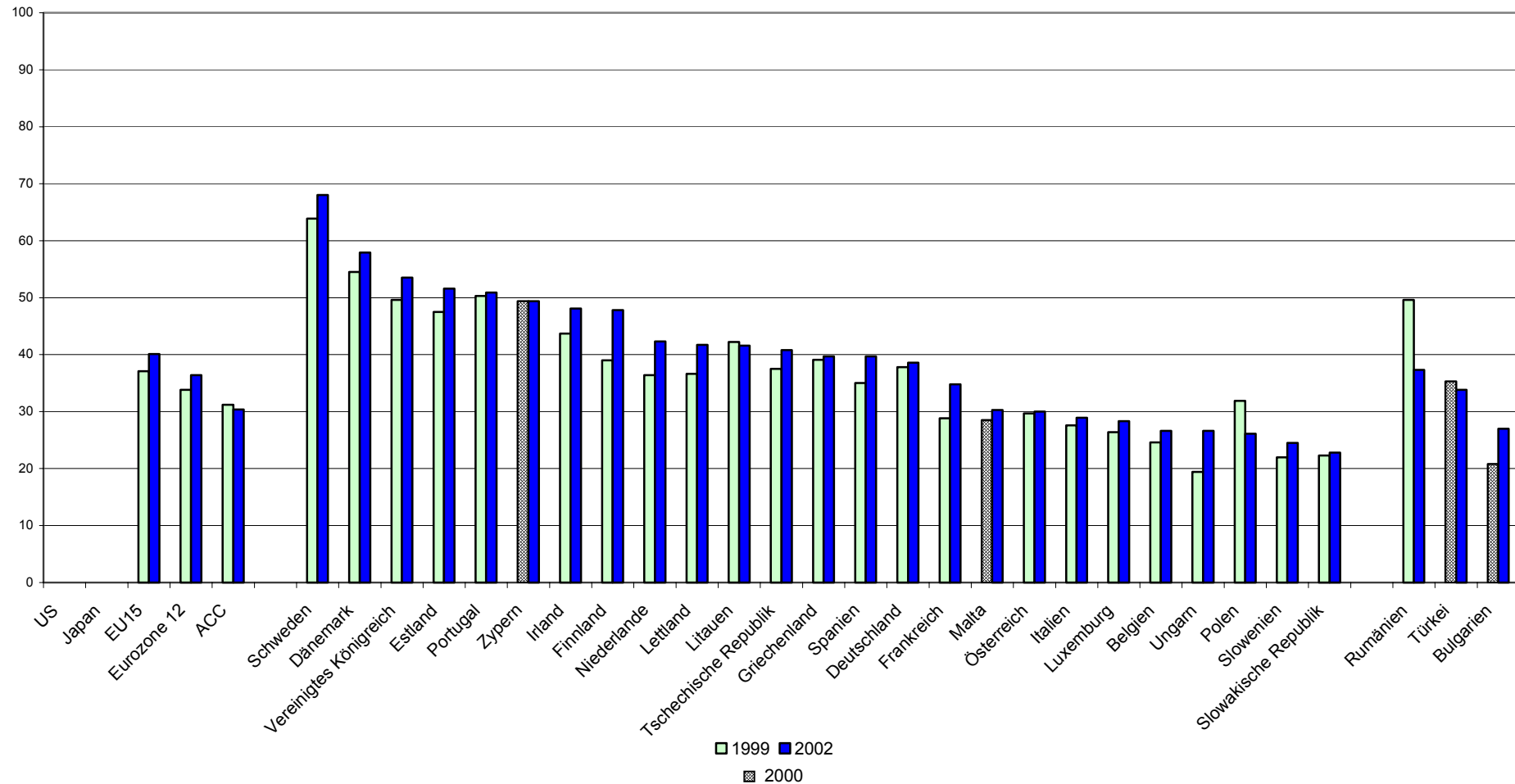
Höhe der Beschäftigung und Produktivität in der EU - 2003



BESCHÄFTIGUNG

Indikator 4.1 Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger - insgesamt

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe

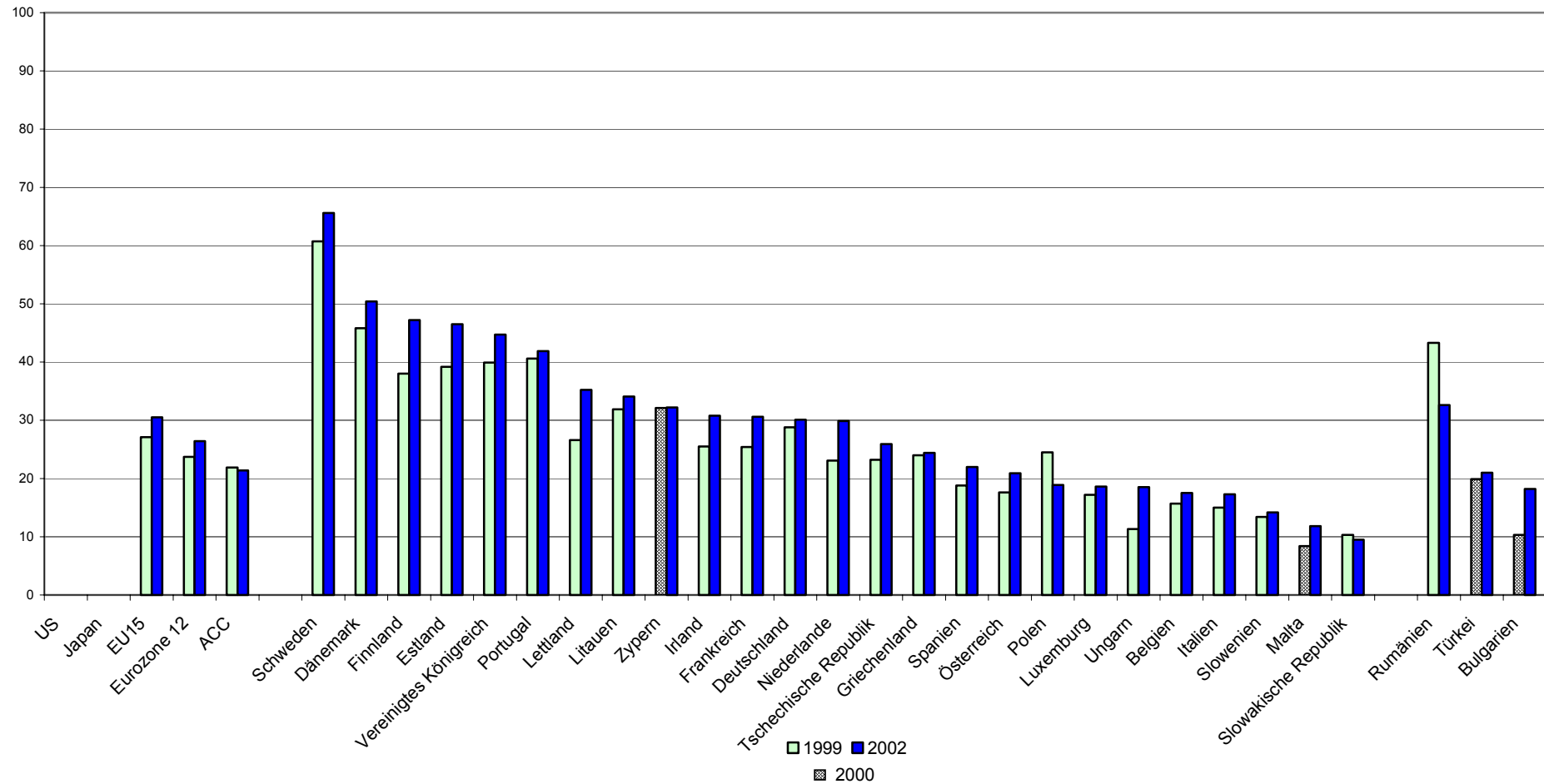


Quelle: Eurostat

BESCHÄFTIGUNG

Indikator 4.2 Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger – weiblich

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55-64 Jahre an der weiblichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe

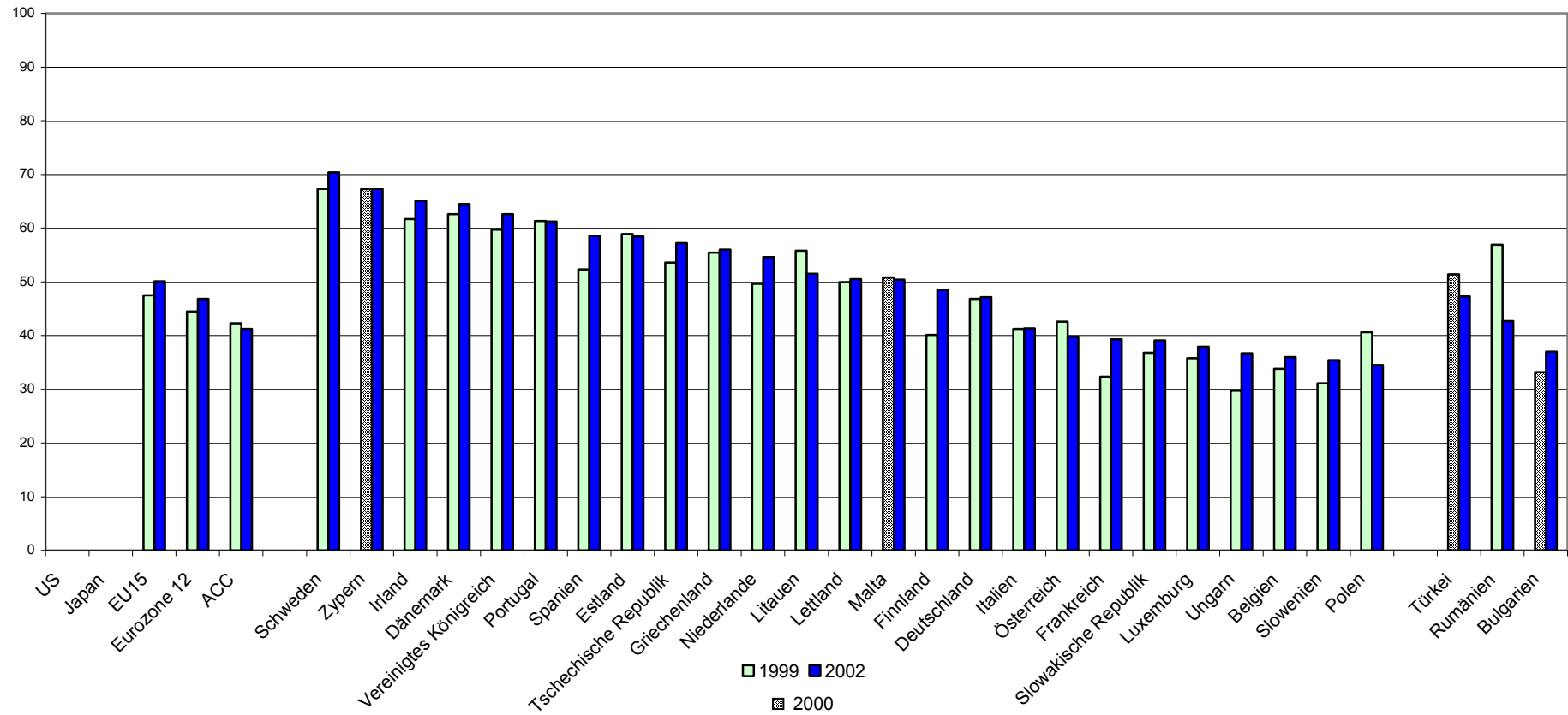


Quelle: Eurostat

BESCHÄFTIGUNG

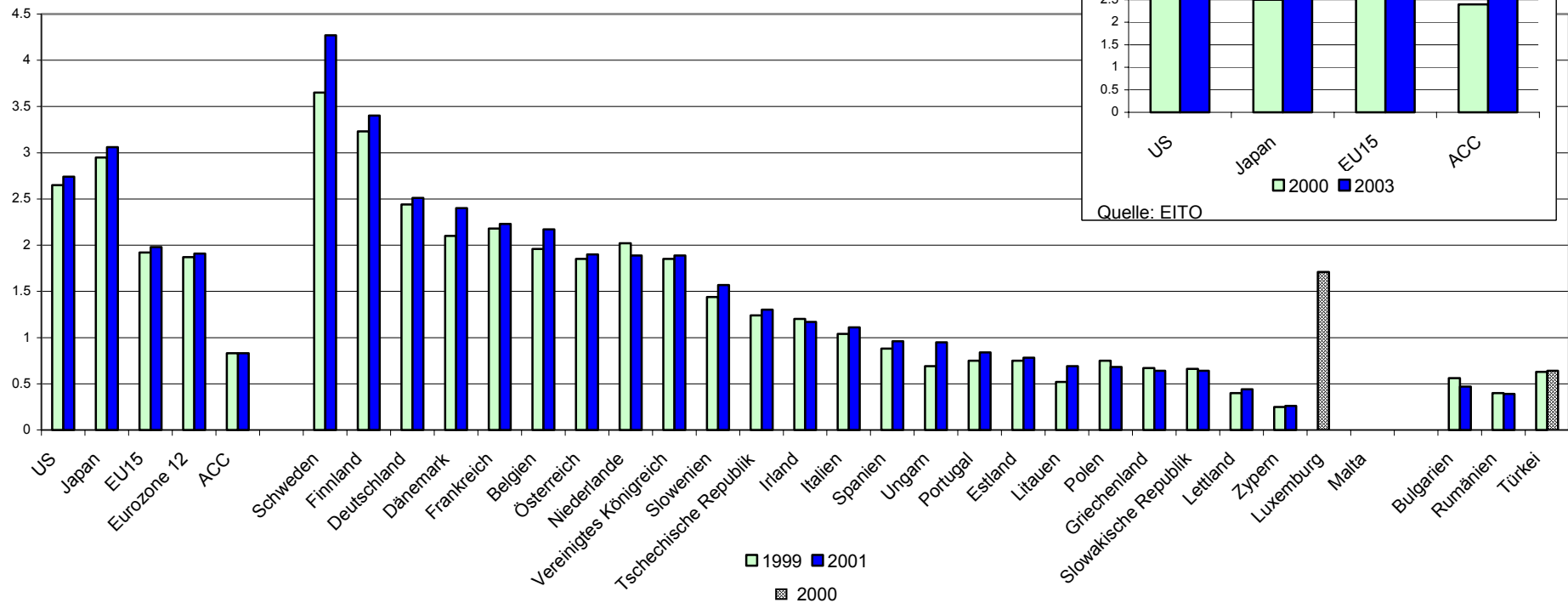
Indikator 4.3 Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger – männlich

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55-64 Jahre an der männlichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe



Quelle: Eurostat

INNOVATION UND FORSCHUNG
Indikator 5 GERD (Bruttoinlandsausgaben für FuE)
 In Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, OECD

Anmerkungen:

USA: ausschließlich der meisten oder aller Kapitalaufwendungen.

EU15, Eurozone 12, ACC (ohne Malta): OECD Schätzung

Österreich: vorläufige Schätzung für 2001, 1999 Belgien, Griechenland Schätzung für 2001, 1999

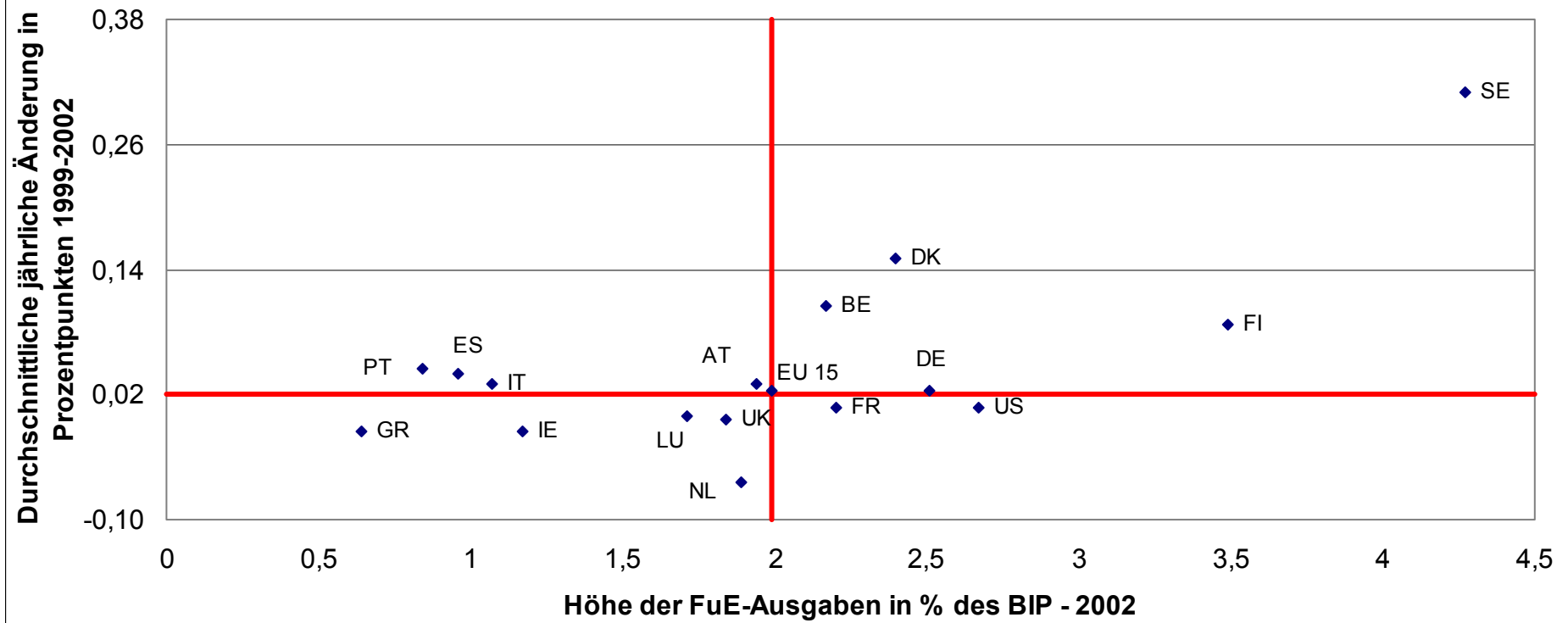
Frankreich vorläufig für 2001, Portugal Schätzung für 2001

Irland: Schätzung für 1999

2002 verfügbar für: USA (OECD Schätzung) : 2,67; EU-15 (OECD Schätzung): 1.99; Österreich (vorläufige Schätzung): 1.94; Finnland (Prognose) : 3.49;

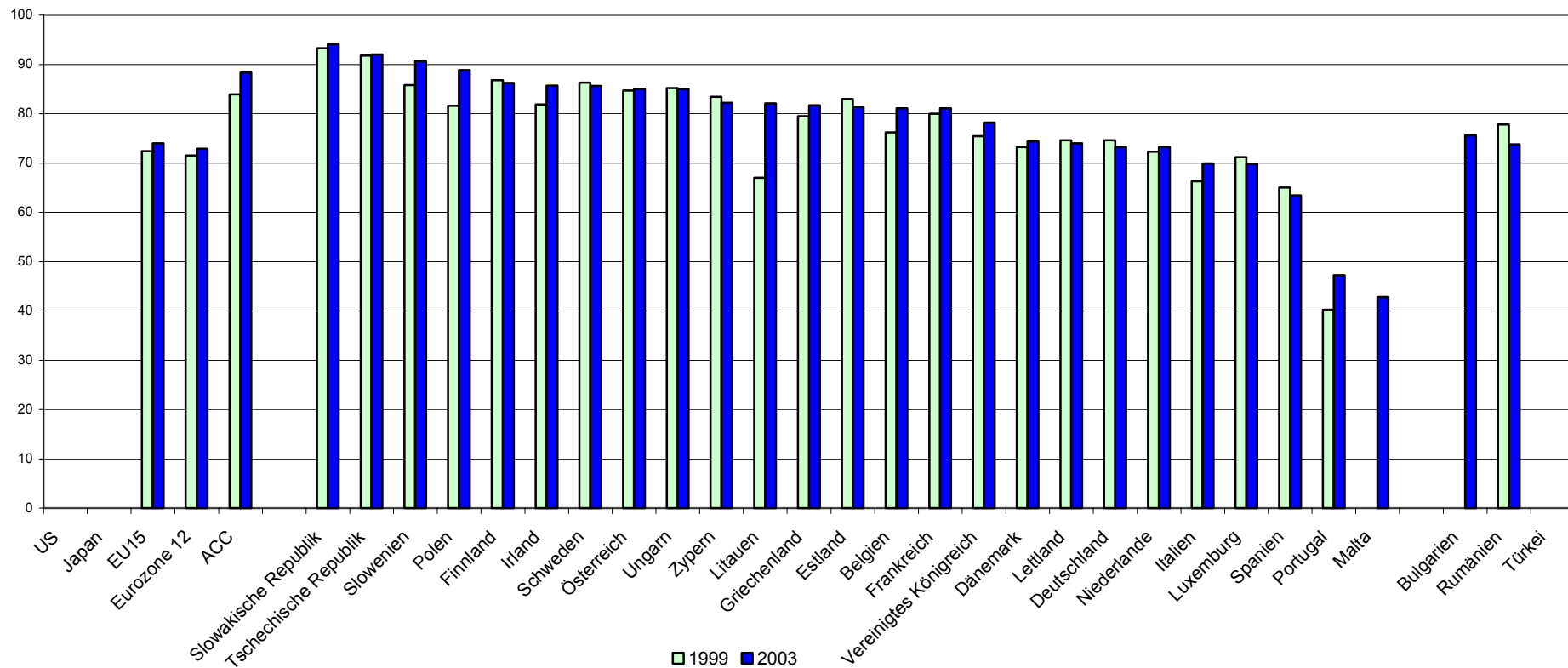
Frankreich (Schätzung): 2.2; Deutschland (Schätzung): 2.51; Vereinigtes Königreich (Prognose): 1.84; Slowakische Republik: 0.59

Entwicklung der FuE-Ausgaben 1999-2002



Quelle: Eurostat Strukturindikatoren

INNOVATION AND RESEARCH
Indikator 6.1 Bildungsstand der Jugendlichen - insgesamt
 Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

EU15, Eurozone 12, ACC, Vereinigtes Königreich: vorläufig für 1999 und 2003

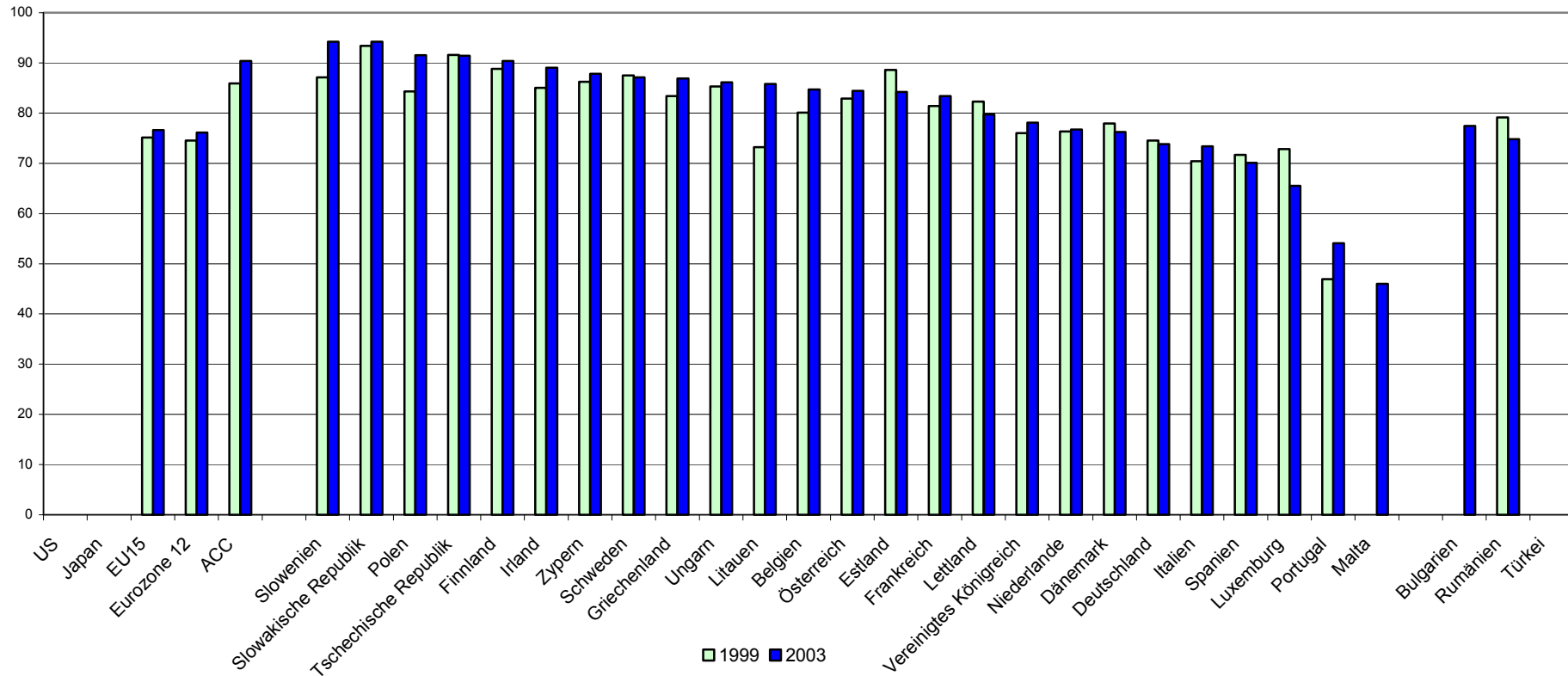
Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Finnland, Polen: vorläufig für 2003; Malta: Schätzung für 2003

Dänemark und Ungarn: Zeitreihenbruch in 2003

ACC und Polen: Polnische Daten für 1999 beziehen sich auf das 1. Quartal

Zypern: Studenten, die im Ausland studieren, werden nicht abgedeckt

INNOVATION AND RESEARCH
Indikator 6.2 Bildungsstand der Jugendlichen - weiblich
 Prozentsatz der Frauen im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

EU15, Eurozone 12, ACC, Vereinigtes Königreich: vorläufig für 1999 und 2003

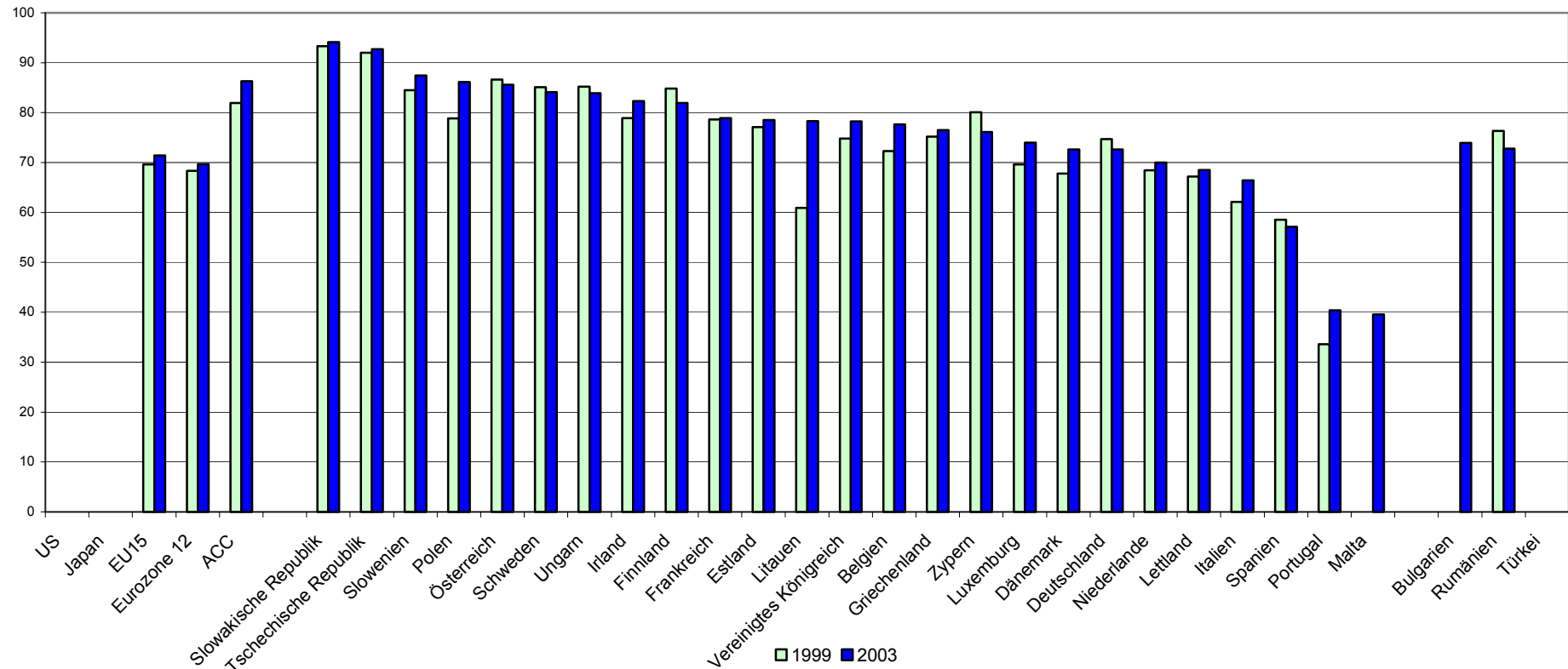
Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Finnland, Polen: vorläufig für 2003; Malta: Schätzung für 2003

Dänemark und Ungarn: Zeitreihenbruch in 2003

ACC und Polen: Polnische Daten für 1999 beziehen sich auf das 1. Quartal

Zypern: Studenten, die im Ausland studieren, werden nicht abgedeckt

INNOVATION AND RESEARCH
Indikator 6.3 Bildungsstand der Jugendlichen - männlich
 Prozentsatz der Männer im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

EU15, Eurozone 12, ACC, Vereinigtes Königreich: vorläufig für 1999 und 2003

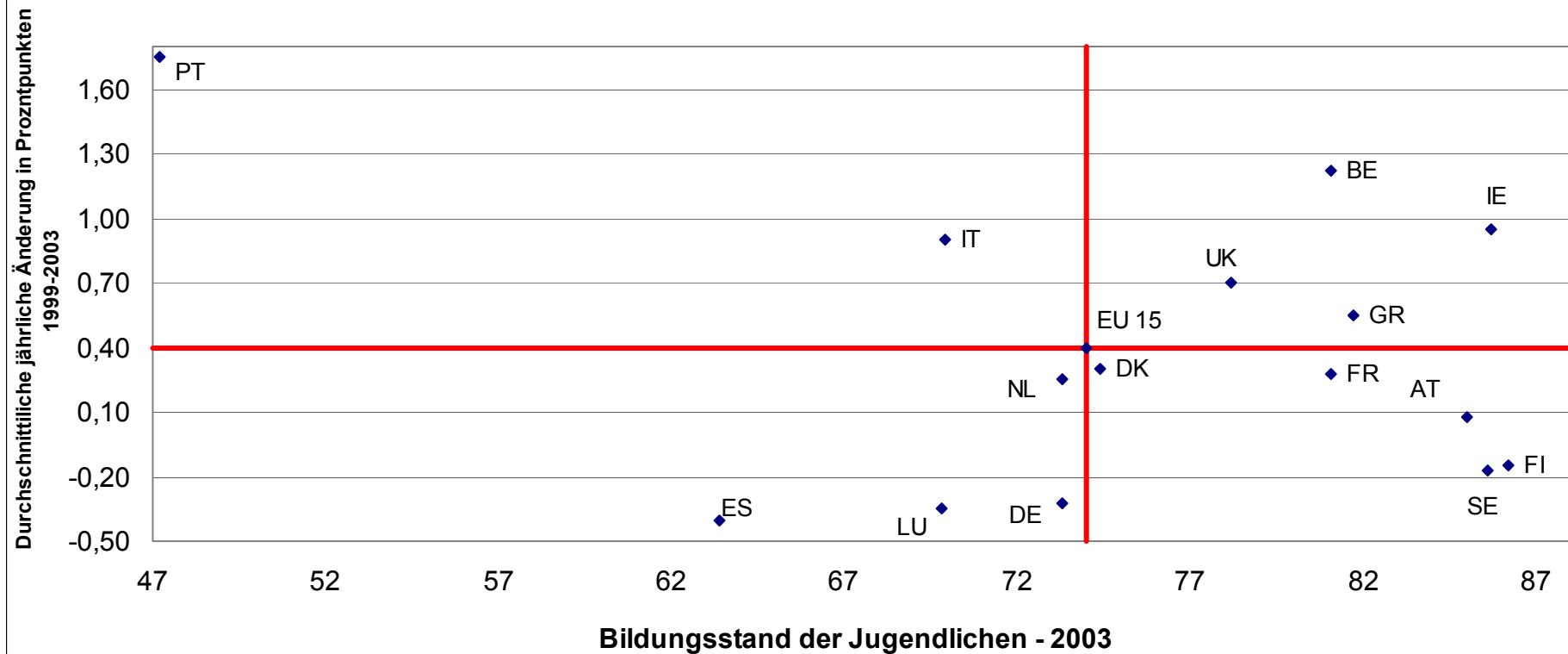
Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Finnland, Polen: vorläufig für 2003; Malta: Schätzung für 2003

Dänemark und Ungarn: Zeitreihenbruch in 2003

ACC und Polen: Polnische Daten für 1999 beziehen sich auf das 1. Quartal

Zypern: Studenten, die im Ausland studieren, werden nicht abgedeckt

Entwicklung des Bildungsstandes der Jugendlichen 1999-2003

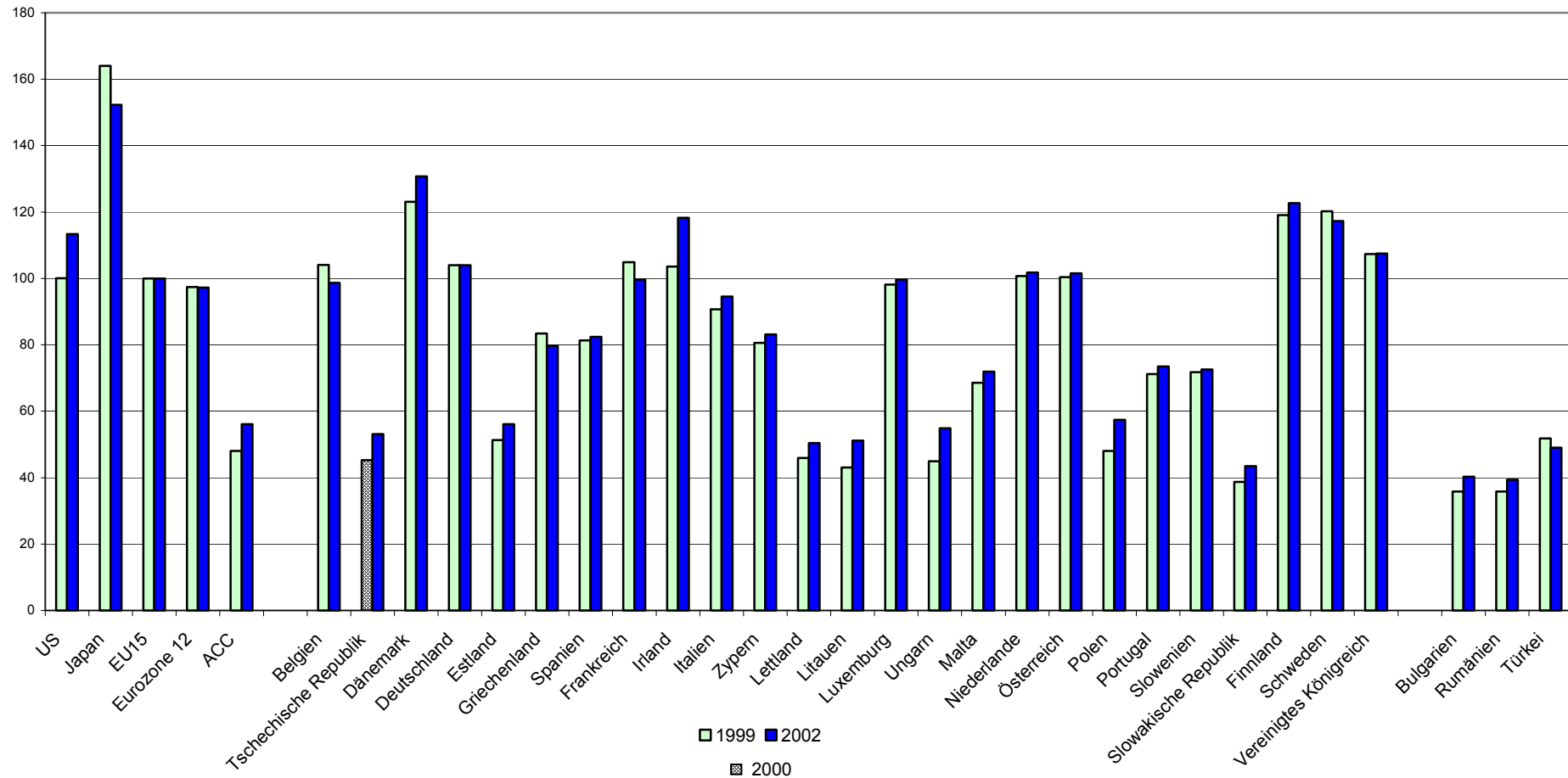


Quelle: Eurostat Strukturalindikatoren

WIRTSCHAFTSREFORM

Indikator 7 Vergleichende Preisniveaus

Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-15=100)

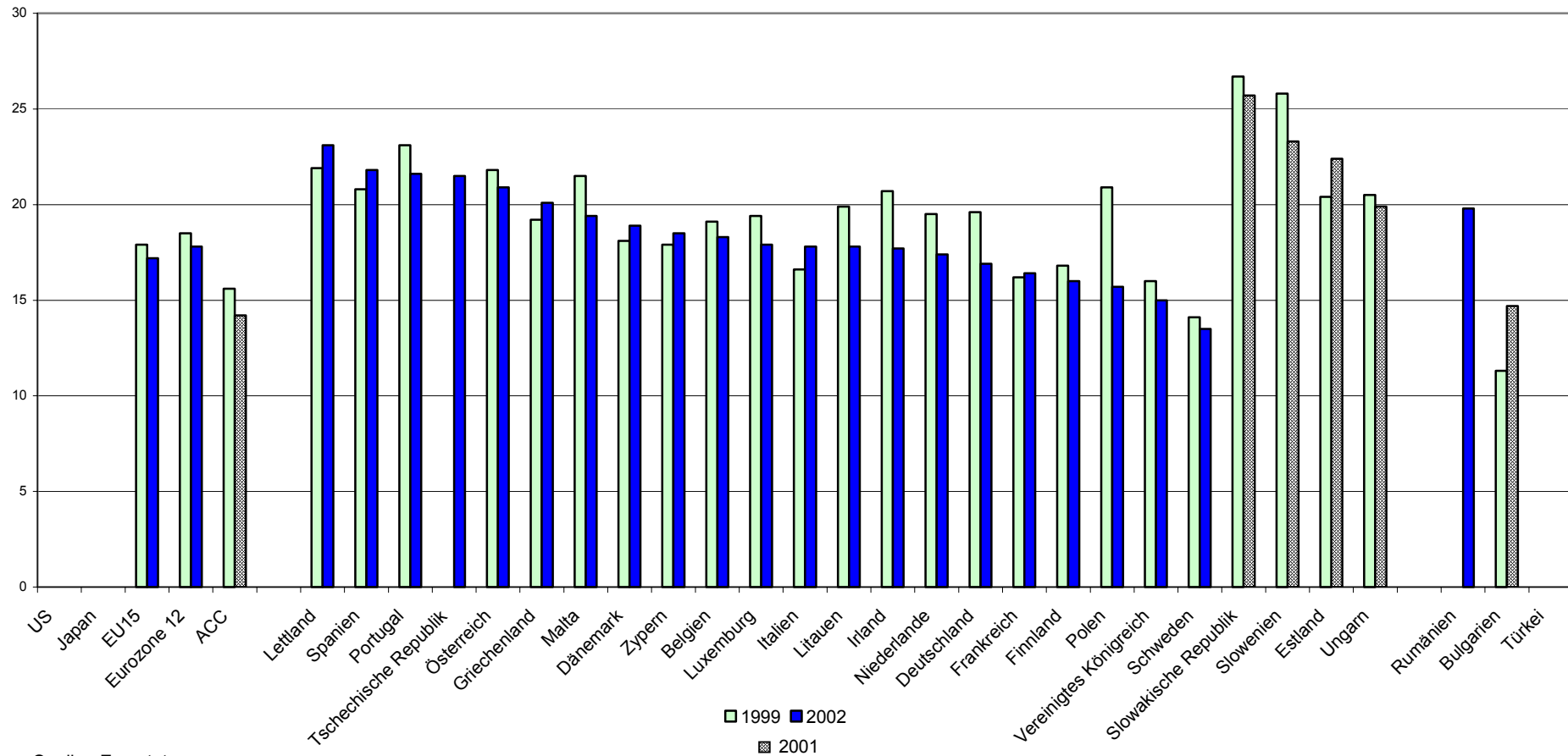


Quelle: Eurostat, OECD

Anmerkungen:

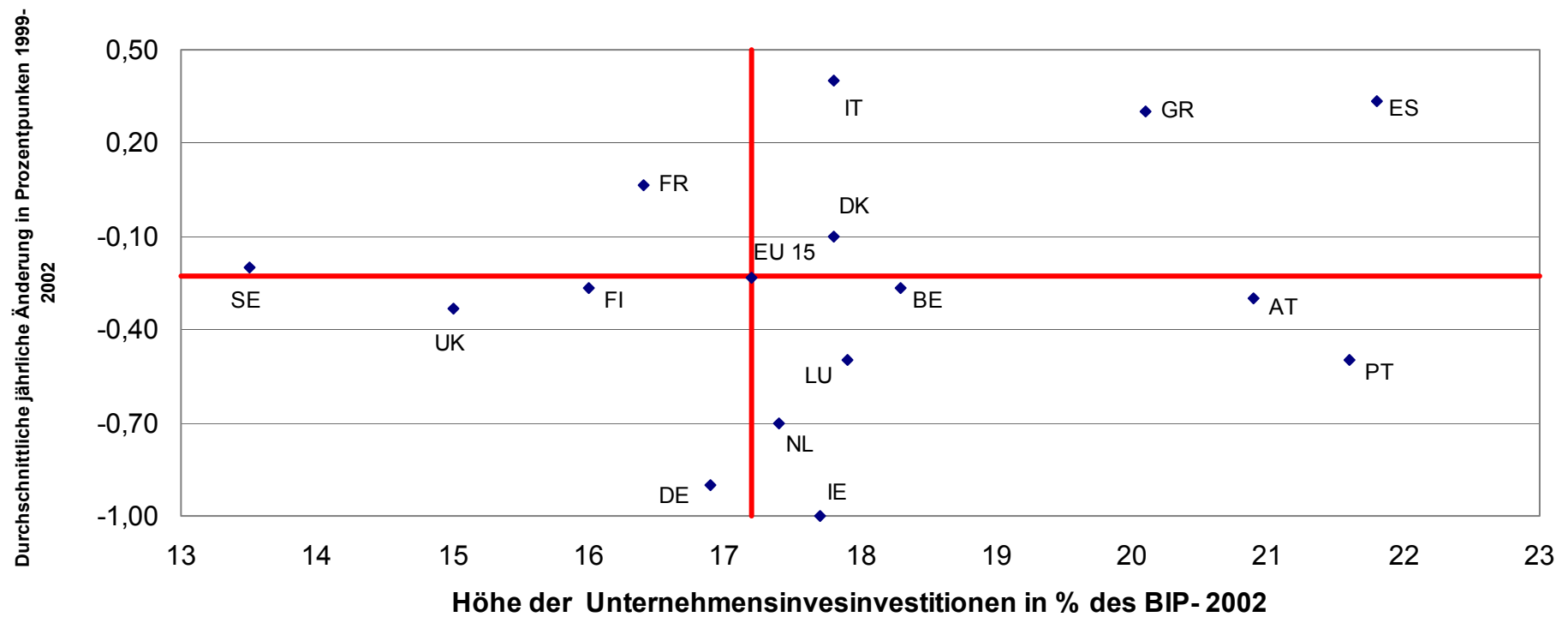
2002: vorläufig

WIRTSCHAFTSREFORM
Indikator 8 Unternehmensinvestitionen
 Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat
 Anmerkungen:
 ACC: Eurostat Schätzungen für 1999

Entwicklung der Unternehmensinvesinvestitionen 1999-2002

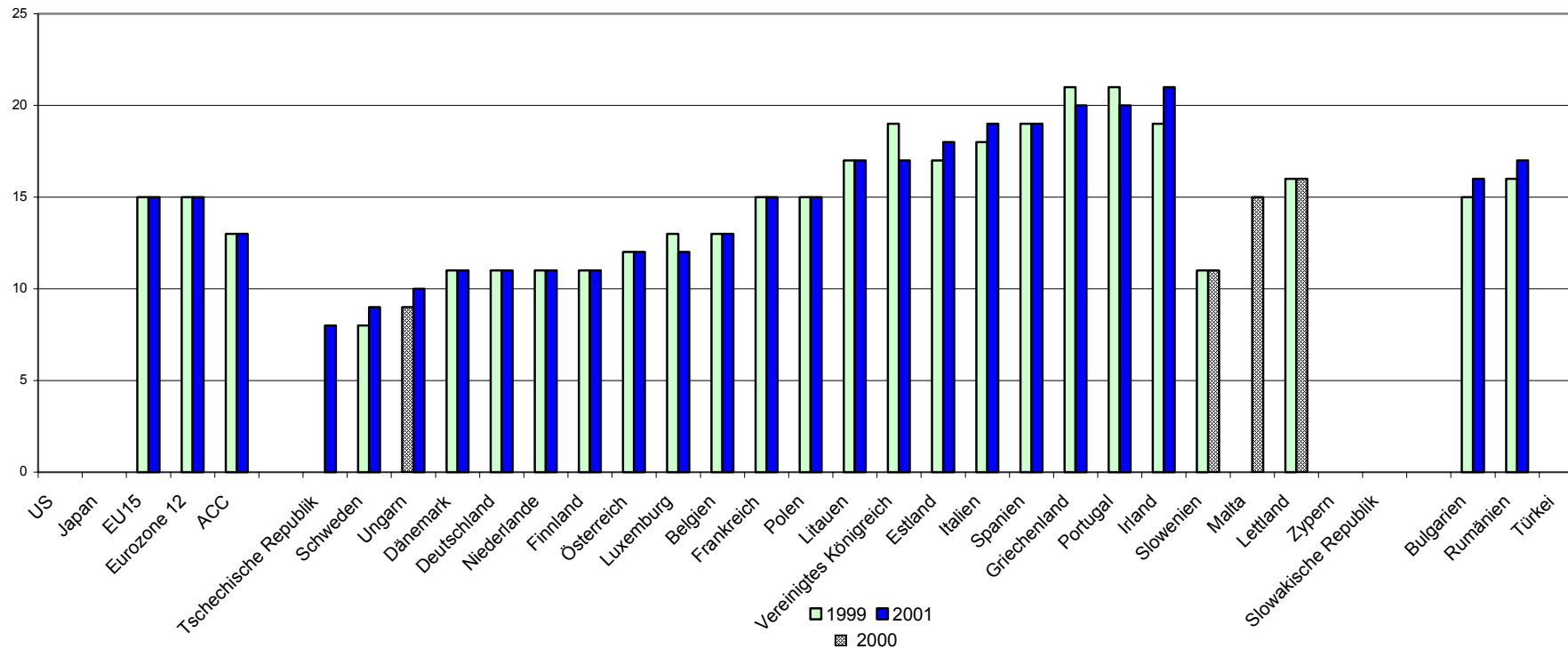


Quelle: Eurostat strukturindikatoren

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 9.1 Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – insgesamt

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

Der Indikator für Schweden ist möglicherweise nicht vollständig mit denen der anderen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar.

Der Indikator für die Kandidatenländer kann nicht als voll vergleichbar mit dem für die EU-Mitgliedstaaten oder zwischen den Kandidatenländern angesehen werden aufgrund der Unterschiede in den zugrundeliegenden Datenquellen.

EU15, Eurozone 12, ACC: Eurostat Schätzung

Zypern 1997: 16

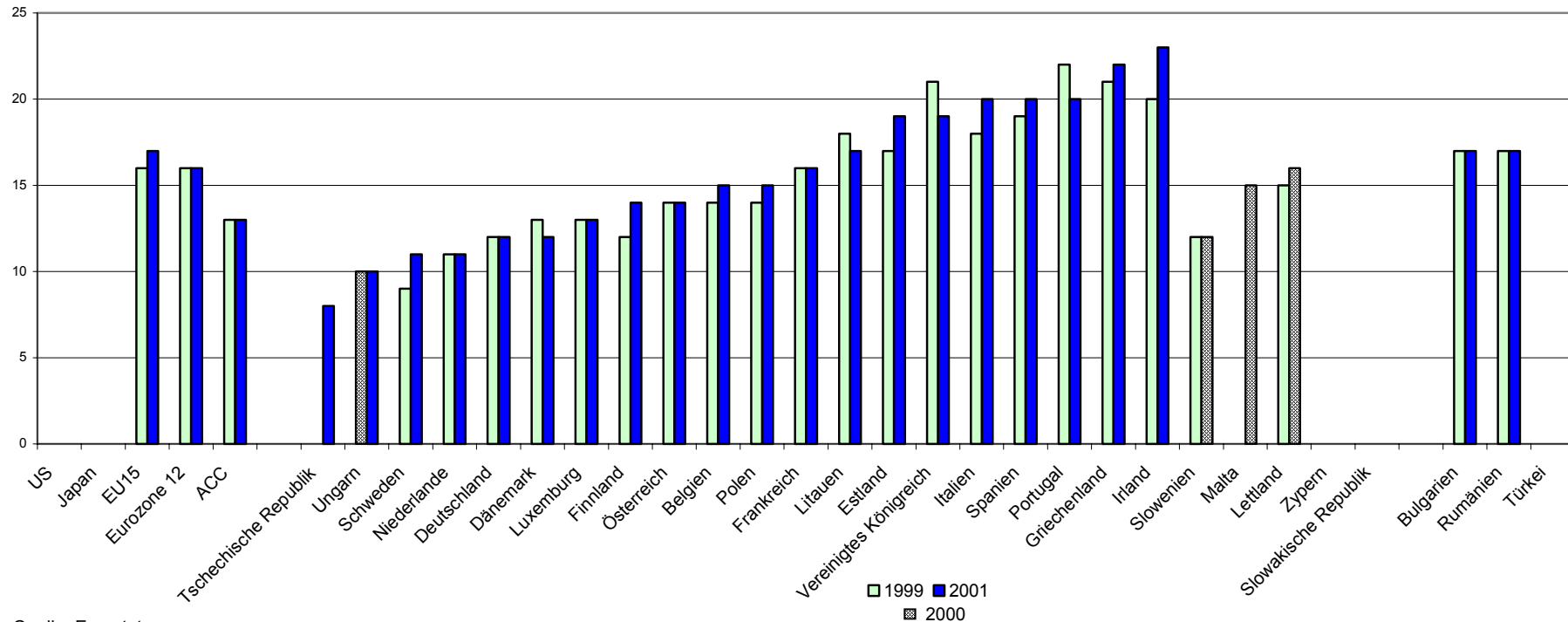
Slowakische Republik 1996: 11; 2003: 5

Türkei 1994: 23; 2002: 25

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 9.2 Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – weibliche Bevölkerung

Anteil der Frauen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

Der Indikator für Schweden ist möglicherweise nicht vollständig mit denen der anderen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar.

Der Indikator für die Kandidatenländer kann nicht als voll vergleichbar mit dem für die EU-Mitgliedstaaten oder zwischen den Kandidatenländern angesehen werden aufgrund der Unterschiede in der zugrundeliegenden Datenquellen.

EU15, Eurozone 12, ACC: Eurostat Schätzung

Zypern 1997: 18

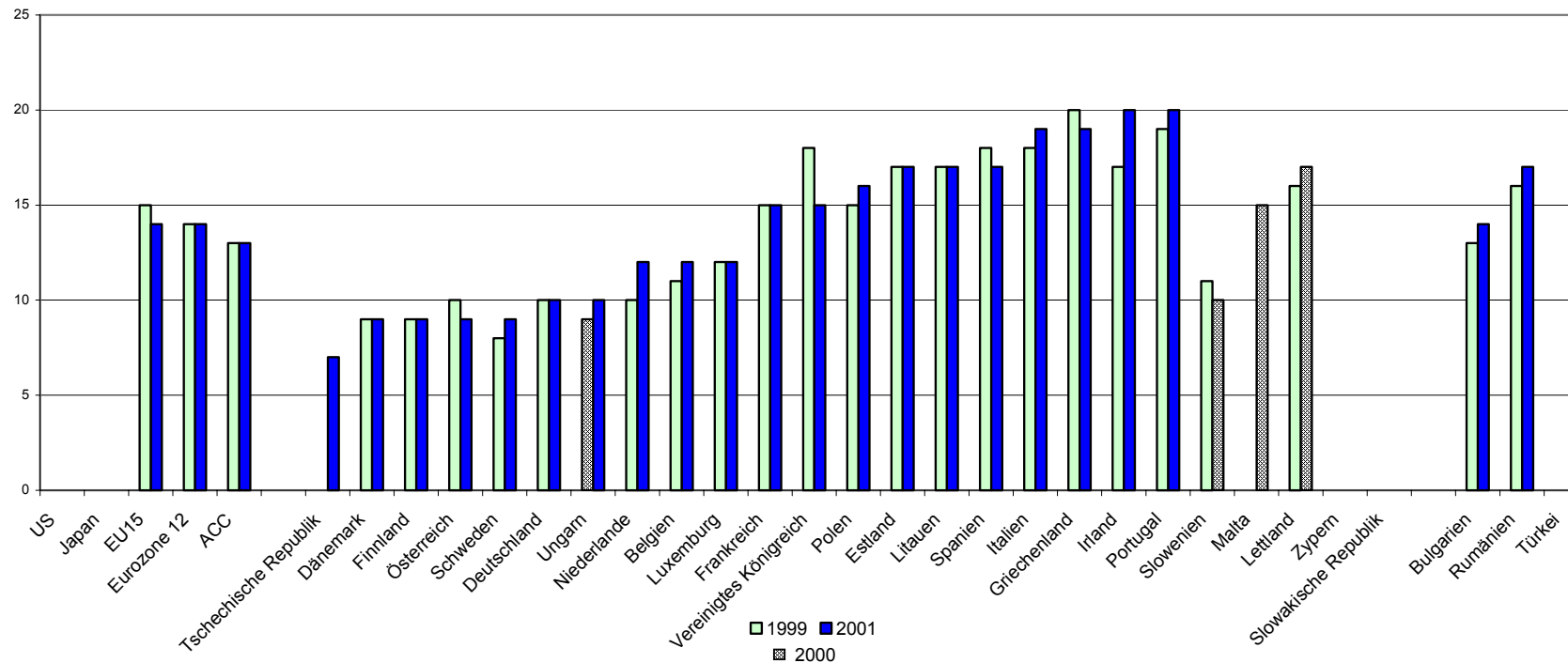
Slowakische Republik 1996: 16; 2003: 12

Türkei 1994: 24; 2002: 26

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 9.3 Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – männliche Bevölkerung

Anteil der Männer mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

Der Indikator für Schweden ist möglicherweise nicht vollständig mit denen der anderen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar.

Der Indikator für die Kandidatenländer kann nicht als voll vergleichbar mit dem für die EU-Mitgliedstaaten oder zwischen den Kandidatenländern angesehen werden aufgrund der Unterschiede in den zugrundeliegenden Datenquellen.

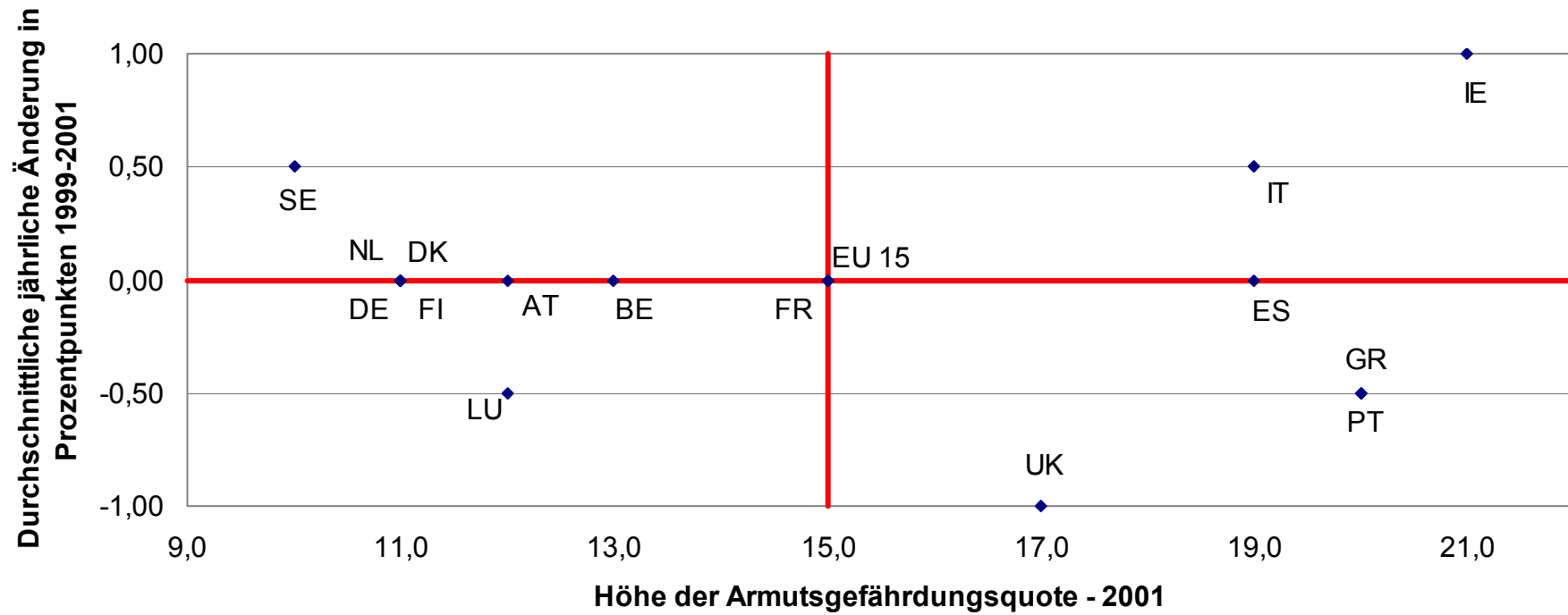
EU15, Eurozone 12, ACC: Eurostat Schätzung

Zypern 1997: 15

Slowakische Republik 1996: 10; 2003: 3

Türkei 1994: 23; 2002: 25

Entwicklung der Armutsgefährdungsquote 1999-2001

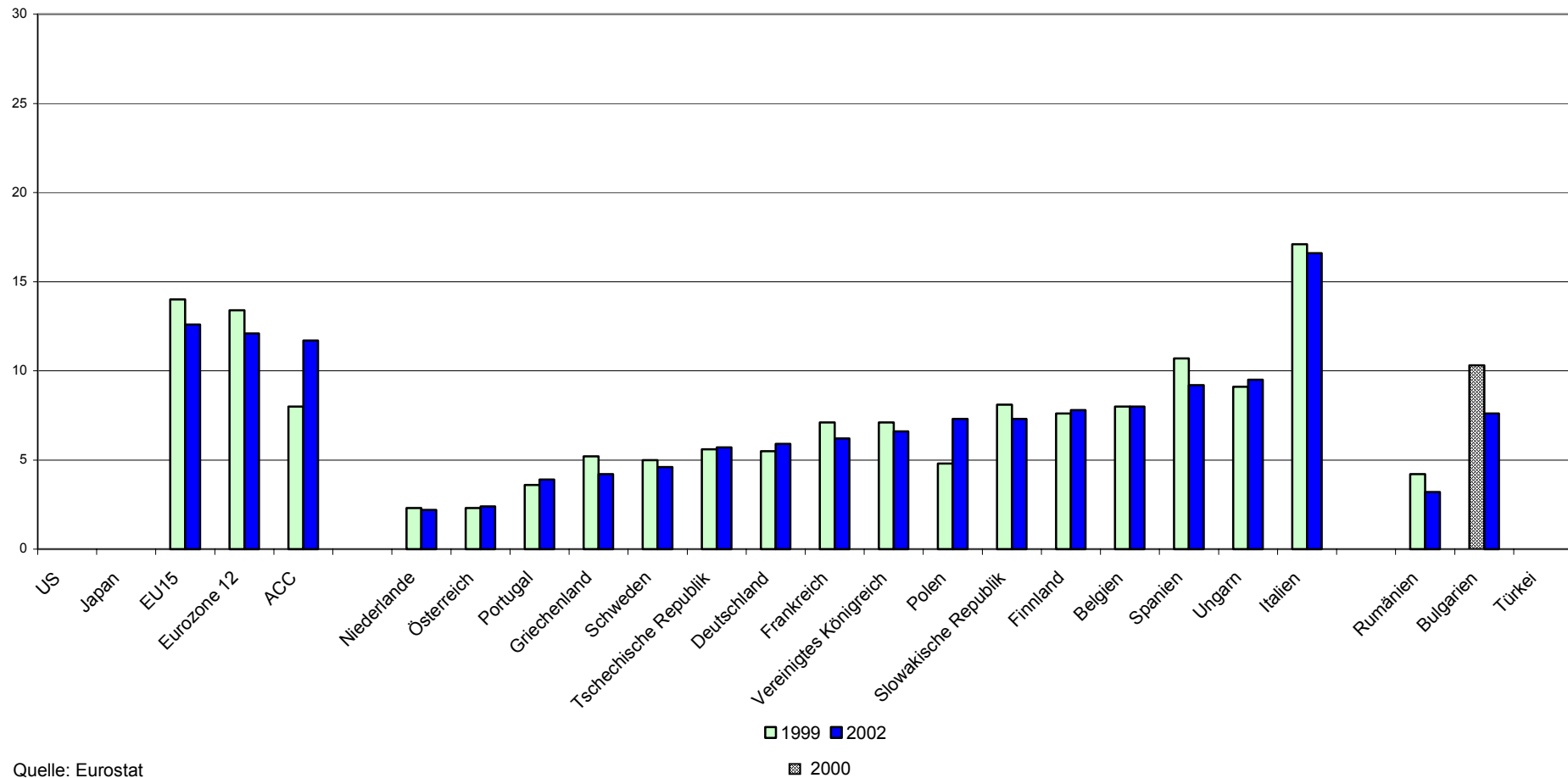


Quelle: Eurostat Strukturindikatoren

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 10.1 Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten - insgesamt

Variationskoeffizient regionaler Beschäftigungsquoten (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder



Quelle: Eurostat

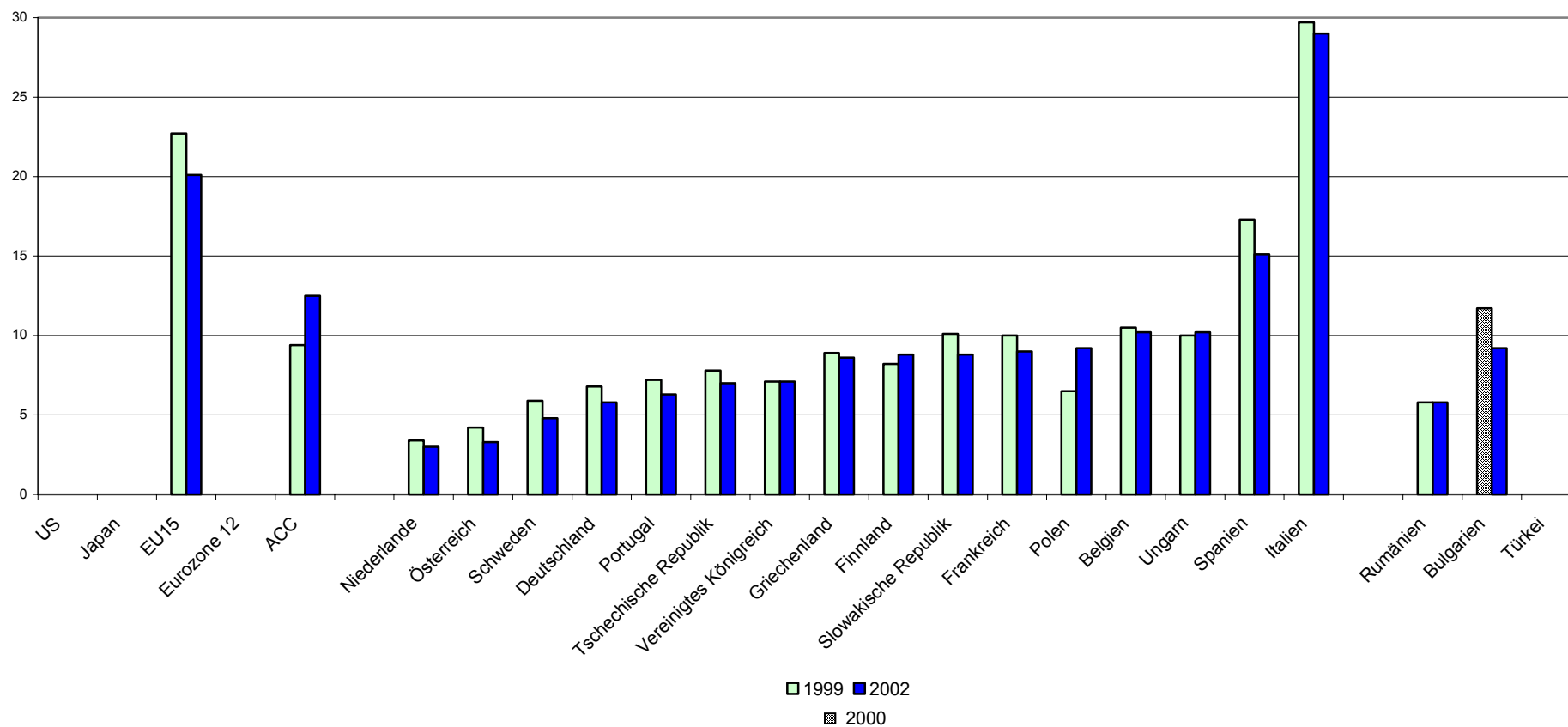
Anmerkungen:

Nicht relevant für Dänemark, Irland, Luxemburg, Zypern, Estland, Litauen, Lettland, Malta,

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 10.2 Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten – weibliche Bevölkerung

Variationskoeffizient regionaler Beschäftigungsquoten von Frauen (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder

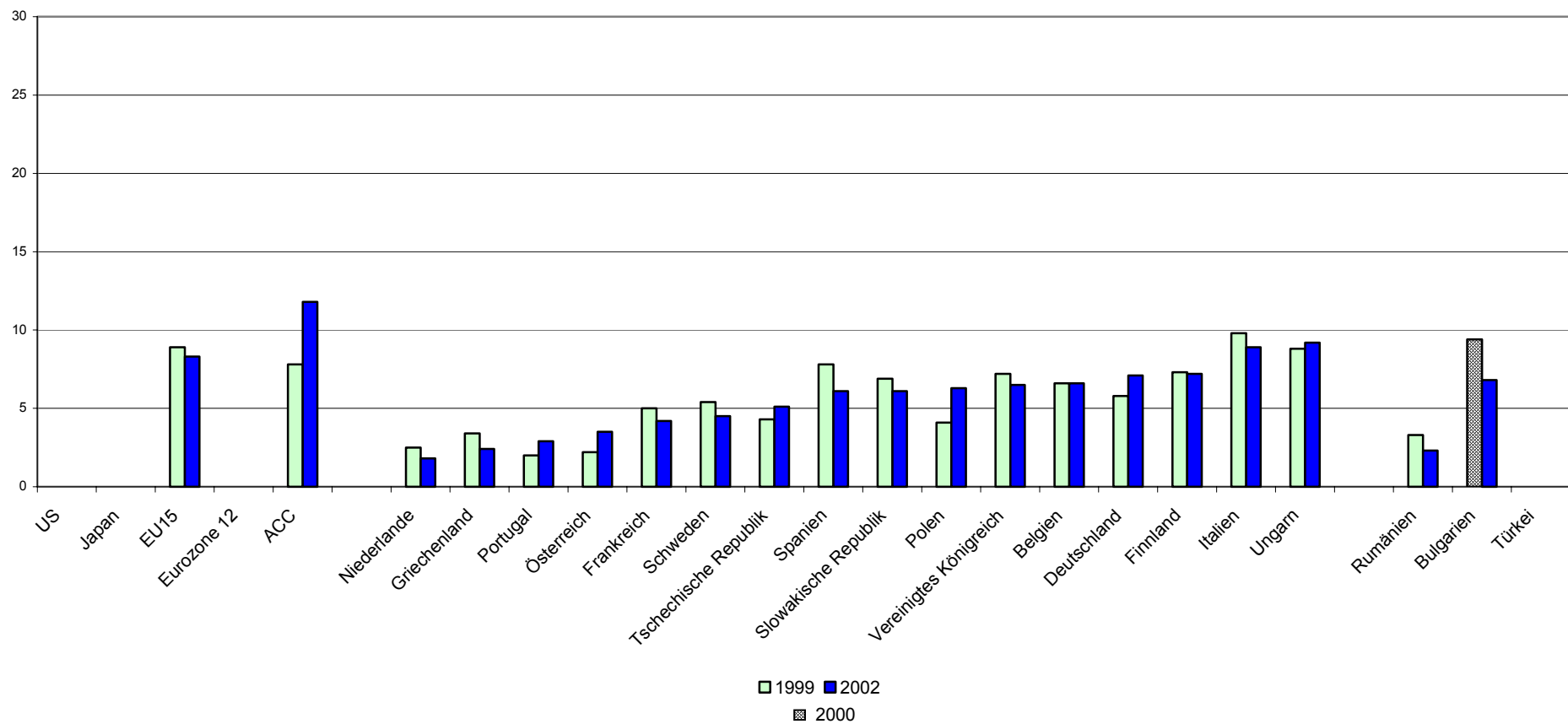


Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

Nicht relevant für Dänemark, Irland, Luxemburg, Zypern, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Slowenien

SOZIALER ZUSAMMENHALT
Indikator 10.3 Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten – männliche Bevölkerung
 Variationskoeffizient regionaler Beschäftigungsquoten von Männer (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder



Quelle: Eurostat

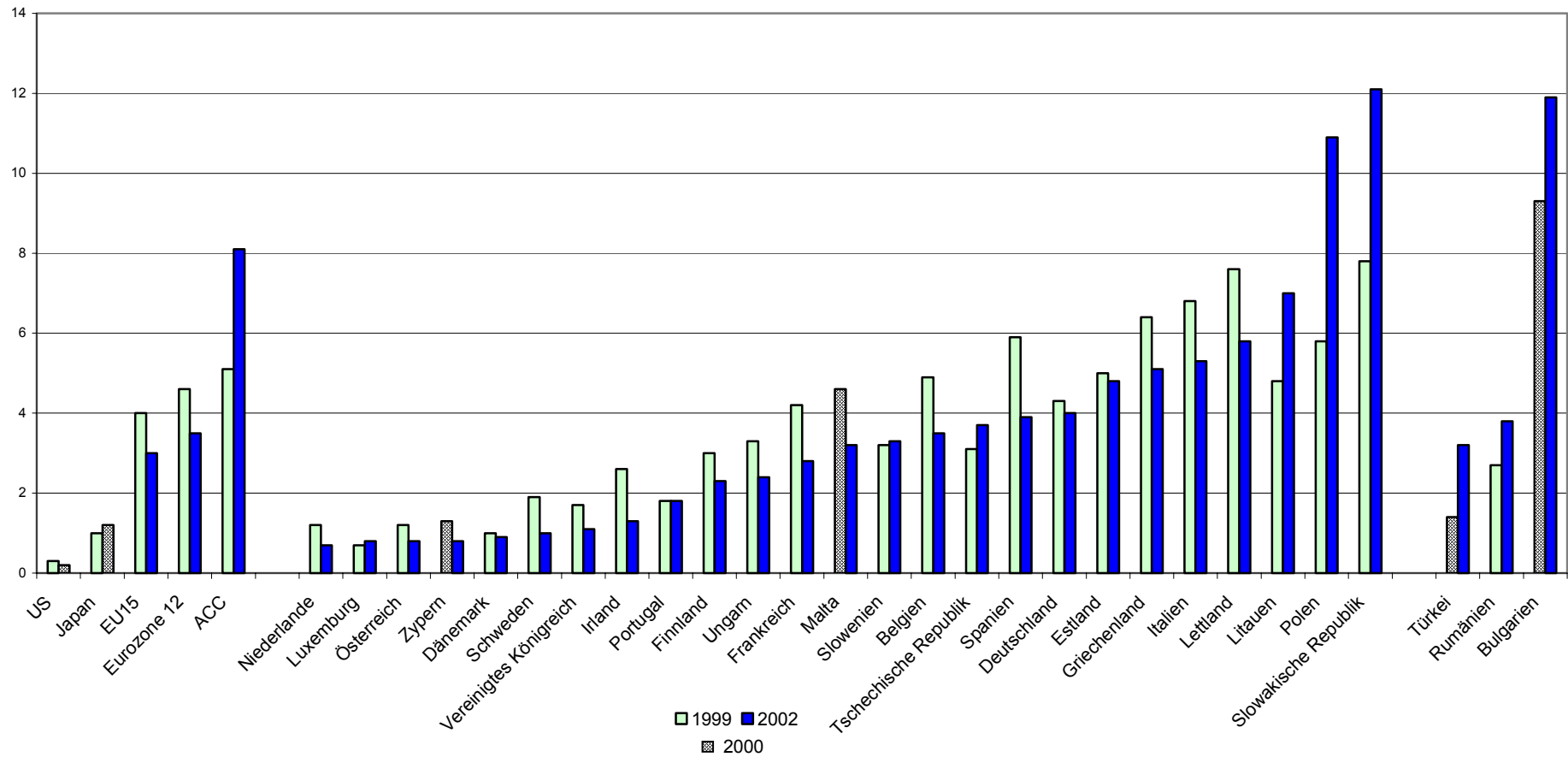
Anmerkungen:

Nicht relevant für Dänemark, Irland, Luxemburg, Zypern, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Slowenien

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Indikator 11.1 Langzeitarbeitslosenquote - insgesamt

Langzeitarbeitslose Bevölkerung (12 Monate und mehr) in Prozent der Erwerbsbevölkerung insgesamt

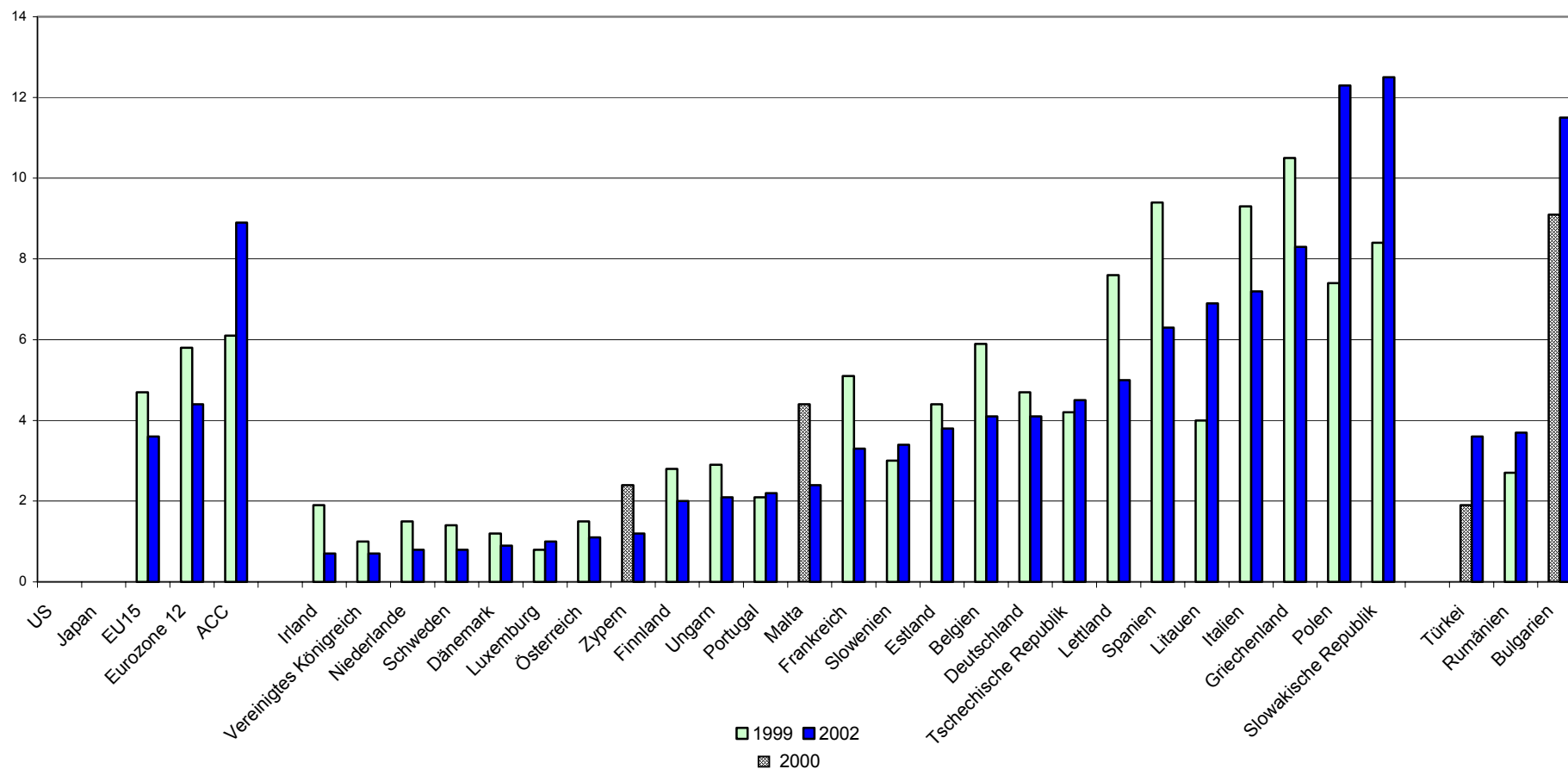


Quelle: Eurostat

SOZIALER ZUSAMMENHALT

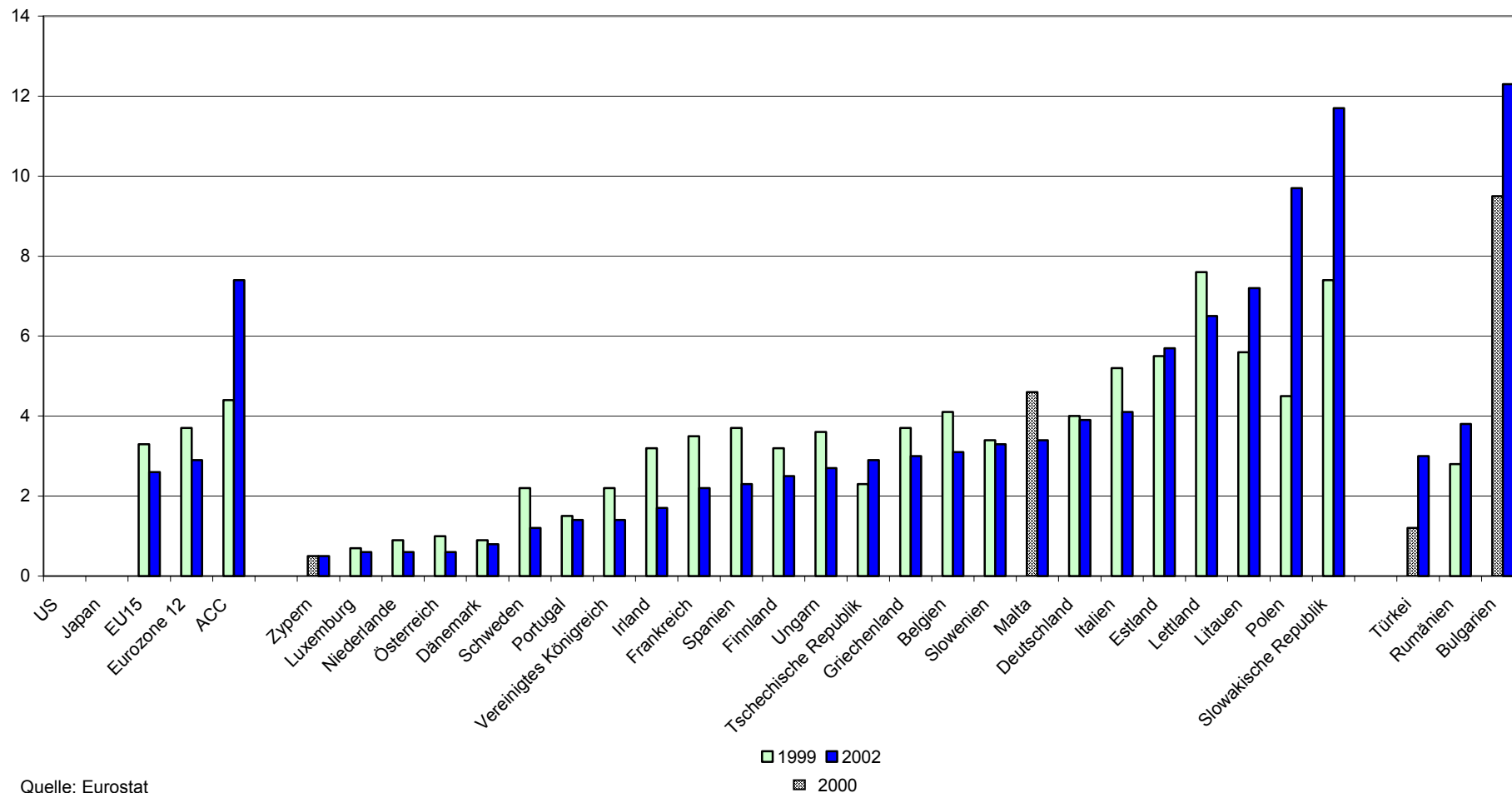
Indikator 11.2 Langzeitarbeitslosenquote – weibliche Bevölkerung

Langzeitarbeitslose Frauen (12 Monate und mehr) in Prozent der weiblichen Erwerbsbevölkerung



Quelle: Eurostat

SOZIALER ZUSAMMENHALT
Indikator 11.3 Langzeitarbeitslosenquote – männliche Bevölkerung
 Langzeitarbeitslose Männer (12 Monate und mehr) in Prozent der männlichen Erwerbsbevölkerung

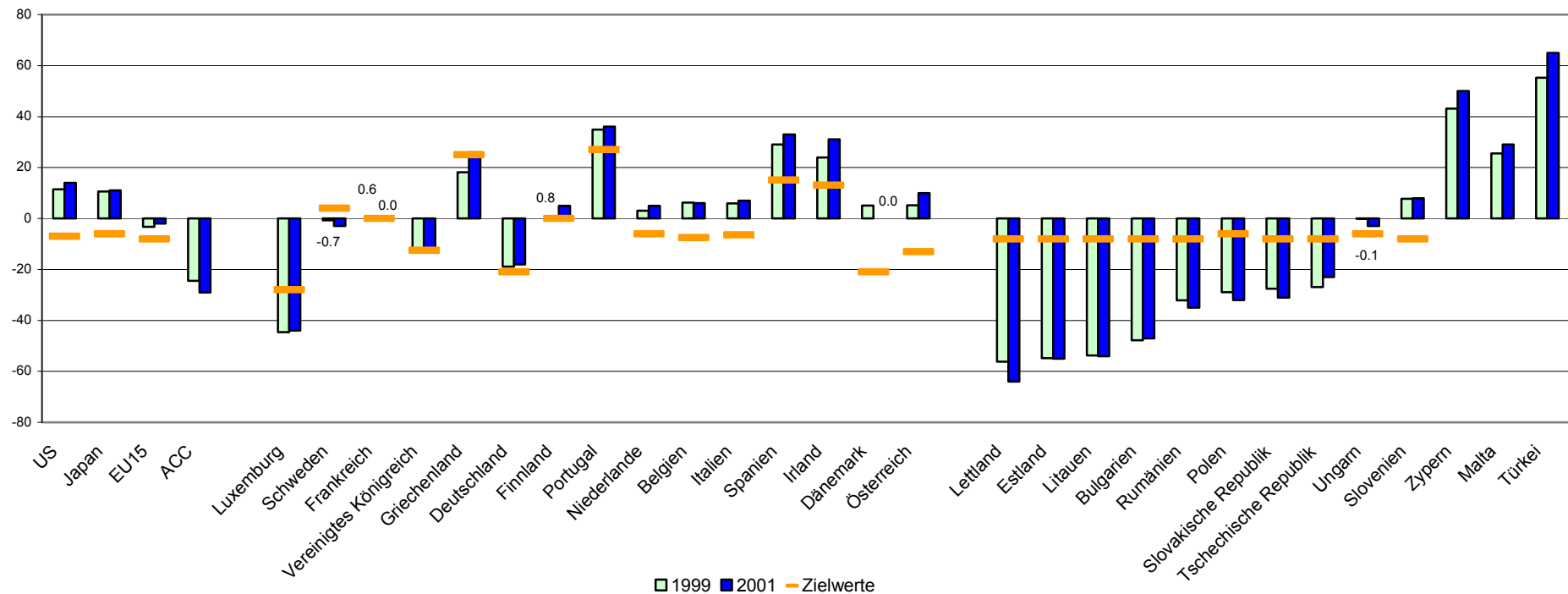


Quelle: Eurostat

UMWELT

Indikator 12 Gesamtemissionen von Treibhausgasen

Veränderungen in Prozent seit dem Basisjahr und Zielwerte entsprechend Kyoto Protokoll / EU Ratsentscheidung für 2008-2012 (in CO₂-Äquivalenten). Index Basisjahr=100



Quelle: Europäische Umweltagentur, Europäisches Themenzentrum für Luft- und Klimaänderung

Anmerkungen:

Die Länder sind in der Reihenfolge ihrer Entfernung vom Emissionsziel aufgeführt. Die Zielwerte für die Mitgliedstaaten werden in der EU-Lastenteilungsvereinbarung festgelegt (Ratsentscheidung 2002/358/EC).

Gesamtemissionen der 6 Treibhausgase entsprechend Kyoto Protokoll: CO₂, CH₄, N₂O, HFCs, PFCs und SF₆.

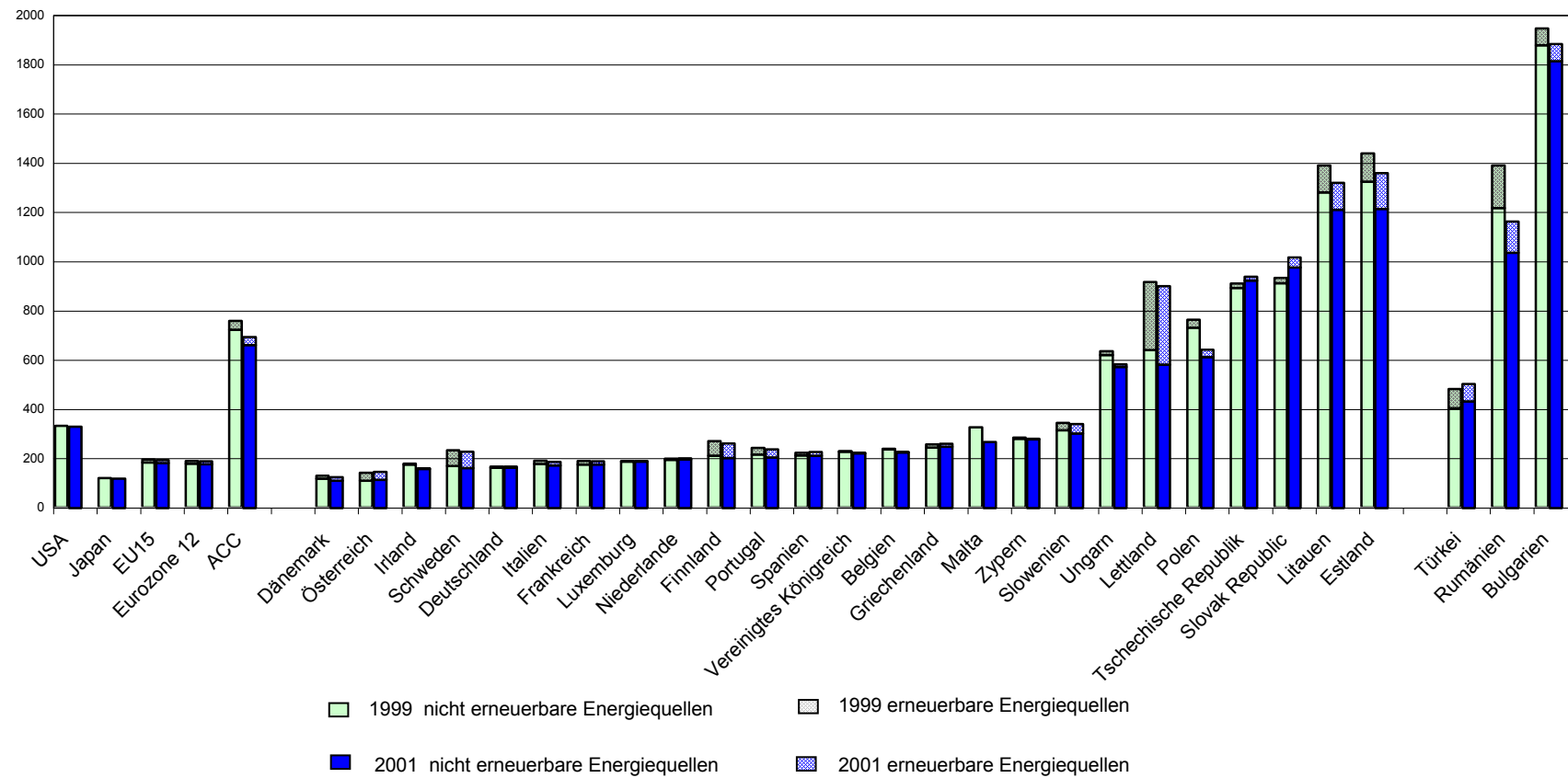
Daten ohne Emissionen und Senken aus Änderungen in der Landnutzung und Forstwirtschaft (LUCF).

UMWELT

Indikator 13 Energieintensität der Wirtschaft

Bruttoinlandsverbrauch an Energie geteilt durch BIP (zu konstanten Preisen, 1995=100)

– kgoe (kg Öläquivalent) pro 1000 Euro



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

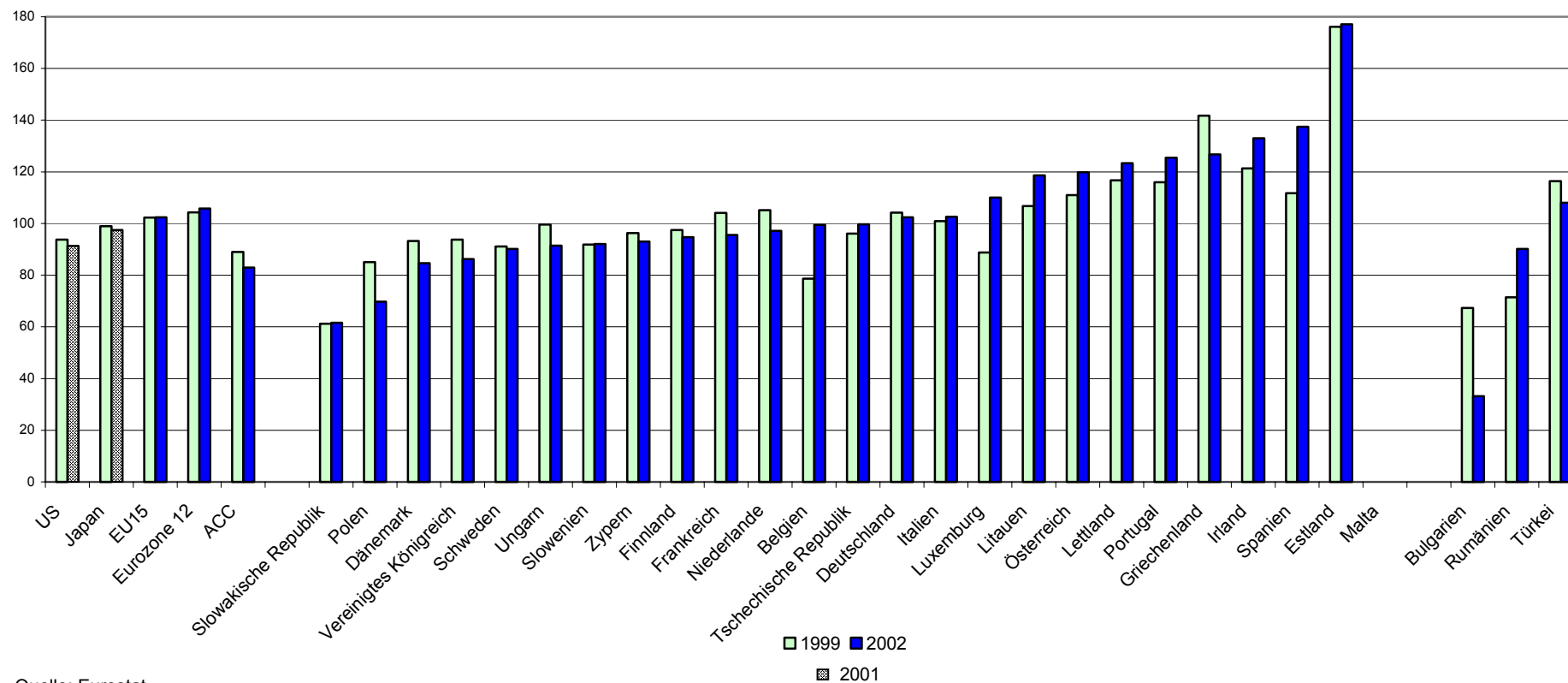
EU15, Eurozone 12, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien: vorläufig für 2001

ACC : vorläufig für 1999

UMWELT

Indikator 14 Verkehr - Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP

Index des inländischen Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP, das in Tonnen-km / BIP gemessen wird (in konstantem Euro von 1995), 1995=100



Quelle: Eurostat

Anmerkungen:

Bezieht Straße, Schiene und Binnenwasserstraßen ein.

Griechenland, Schweden, Zypern, Slowenien, Bulgarien: Schätzung für 1999

Belgien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Portugal, Vereinigtes Königreich, Polen: Schätzung für 2002

Tabelle 15: Relative Leistung der 15 Mitgliedstaaten gemäß den Strukturindikatoren auf der Auswahlliste

Höhe		at	be	de	dk	es	fi	fr	gr	ie	it	lu	nl	pt	se	uk	eu15	us
BIP pro Kopf in KKS (EU 15 = 100)	2003	110,9	106,5	99,3	112,6	87,3	101	103,5	73,5	121,9	98,4	186,5	109,4	69,2	104,4	108,7	100	138,5
Arbeitsproduktivität (EU 15 = 100)	2003	97,9	118,5	95,7	98,3	95,7	100,1	113,6	91,8	120,4	106	129,7	95,6	63,8	96,1	97	100	120
Beschäftigungsquote (%)	2002	69,3	59,9	65,3	75,9	58,4	68,1	63	56,7	65,3	55,5	63,7	74,4	68,2	73,6	71,7	64,3	71,9
Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen (%)	2002	30	26,6	38,6	57,9	39,7	47,8	34,8	39,7	48,1	28,9	28,3	42,3	50,9	68	53,5	40,1	59,5
Bildungsstand (20-24) (%)	2003	85	81,1	73,3	74,4	63,4	86,2	81,1	81,7	85,7	69,9	69,8	73,3	47,2	85,6	78,2	74	:
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP)	2002	1,9	2,2	2,5	2,4	1,0	3,5	2,2	0,6	1,2	1,1	1,7	1,9	0,8	4,3	1,8	2,0	2,7
Unternehmensinvestitionen (in % des BIP)	2002	20,9	18,3	16,9	17,8	21,8	16	16,4	20,1	17,7	17,8	17,9	17,4	21,6	13,5	15	17,2	:
Vergleichende Preisniveaus (EU 15 =100) ¹	2002	102	99	104	131	82	123	100	80	118	95	100	102	74	117	107	100	113
Armutsgefährdungsquote (%)	2001	12,0	13,0	11,0	11,0	19,0	11,0	15,0	20,0	21,0	19,0	12,0	11,0	20,0	10,0	17,0	15,0	:
Langzeitarbeitslosigkeit (%)	2002	0,8	3,5	4	0,9	3,9	2,3	2,8	5,1	1,3	5,3	0,8	0,7	1,8	1	1,1	3	0,3
Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten	2002	2,4	8	5,9	n.r	9,2	7,8	6,2	4,2	n.r	16,6	n.r	2,2	3,9	4,6	6,6	12,6	:
Treibhausgasemissionen (Index-Basisjahr=100) ²	2001	110	106	82	100	133	105	100	126	131	107	56	105	136	97	88	98	114
Energieintensität der Wirtschaft	2001	146	228	168	125	227	263	189	261	161	188	191	201	238	229	225	194,2	330,1
Güterverkehrsvolumen	2002	120	100	102	85	137	95	96	127	133	103	110	97	126	90	86	102,4	91,3

1. Die Analyse berücksichtigt die Relation zwischen BIP pro Kopf und den vergleichenden Preisniveaus. 2. Die Analyse basiert auf dem Abstand zu den Zielindikatoren für das Kyoto-Protokoll und die Lastenteilungsziele der EU-Mitgliedstaaten. N.r.: nicht relevant.

Tabelle 16: Relative Leistungsverbesserungen der 15 Mitgliedstaaten gemäß den Strukturindikatoren auf der Auswahlliste

Entwicklung		at	be	de	dk	es	fi	fr	gr	ie	it	lu	nl	pt	se	uk	eu15	us
BIP pro Kopf	durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate 1999-2003 (%)	1,4	1,1	0,8	1,2	2,1	2,3	1,3	3,9	4,8	1,2	2,1	0,3	0,6	1,8	2,5	1,4	1,2
Arbeitsproduktivität	durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate 1999-2003 (%)	1,2	0,6	0,8	1,6	0,6	1,4	0,4	3,9	3,5	-0,1	-0,7	-0,1	0,0	1,0	1,7	0,7	1,8
Beschäftigungsquote	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	0,2	0,2	0,0	0,0	1,6	0,6	0,7	0,5	0,7	0,9	0,7	0,9	0,2	0,6	0,2	0,6	-0,7
Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	0,1	0,7	0,3	1,1	1,6	2,9	2,0	0,2	1,5	0,4	0,6	2,0	0,2	1,4	1,3	1,0	0,6
Bildungsstand (20-24)	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2003	0,1	1,2	-0,3	0,3	-0,4	-0,1	0,3	0,6	0,9	0,9	-0,4	0,3	1,8	-0,2	0,7	0,4	:
Ausgaben für Forschung und Entwicklung	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	0,03	0,11	0,02	0,15	0,04	0,09	0,01	-0,02	-0,02	0,03	0,00	-0,07	0,05	0,31	0,00	0,02	0,01
Unternehmensinvestitionen	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	-0,30	-0,27	-0,90	-0,10	0,33	-0,27	0,07	0,30	-1,00	0,40	-0,50	-0,70	-0,50	-0,20	-0,33	-0,23	:
Vergleichende Preisniveaus ¹	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	0,4	-1,8	0,0	2,5	0,4	1,2	-1,7	-1,2	4,9	1,3	0,5	0,4	0,8	-0,9	0,0	0,0	4,4
Armutsgefährdungsquote	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2001	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	1,0	0,5	-0,5	0,0	-0,5	0,5	-1,0	0,0	:
Langzeitarbeitslosigkeit	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	-0,1	-0,5	-0,1	0,0	-0,7	-0,2	-0,5	-0,4	-0,4	-0,5	0,0	-0,2	0,0	-0,3	-0,2	-0,3	0,0
Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	0,0	0,0	0,1	n.r.	-0,5	0,1	-0,3	-0,3	n.r.	-0,2	n.r.	0,0	0,1	-0,1	-0,2	-0,5	:
Treibhausgasemissionen ²	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2001	2,4	-0,1	0,5	-2,6	2,0	2,1	-0,3	4,0	3,5	0,5	0,3	1,0	0,5	-1,2	0,5	0,6	1,3
Energieintensität der Wirtschaft	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2001	1,4	-7,8	-0,6	-3,6	0,2	-6,5	-1,3	-0,6	-10,2	-2,9	-0,9	-0,5	-4,7	-4,5	-4,8	-2,0	-4,1
Güterverkehrsvolumen	durchschnittliche jährliche Änderung in Prozentpunkten 1999-2002	3,0	7,0	-0,6	-2,8	8,6	-0,9	-2,8	-5,0	3,9	0,6	7,1	-2,6	3,2	-0,3	-2,5	0,0	-0,8

1. Die Analyse berücksichtigt die Relation zwischen BIP pro Kopf und dem vergleichenden Preisniveau. 2. Die Analyse basiert auf dem Abstand zu den Zielindikatoren für das Kyoto-Protokoll und die Lastenteilungsziele der EU-Mitgliedstaaten. N.r.: nicht relevant.

ANHANG 2

INDIVIDUELLE LEISTUNGEN UND SCHWÄCHEN DER MITGLIEDSTAATEN BEI DER ERREICHUNG DER LISSABONNER ZIELE

* Die folgenden Tabellen liefern einen kurzen Überblick über die Arbeit der Mitgliedstaaten – sowohl Leistungen als auch Schwächen – im Hinblick auf die Ziele der Lissabonner Strategie. Ein Mitgliedstaat erhält einen Eintrag, wenn er gemäß der Auswahlliste der 14 Strukturindikatoren (siehe Anhang 1) zu den drei Besten in der EU oder zu den Dreien mit weniger guten Ergebnissen zählt. Weitere Einträge beruhen auf den länderspezifischen Beurteilungen, die aus folgenden Berichten stammen: *Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005* (KOM(2004)20) und die *Länderberichte* (SEK(2004)44), der *Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie (2003-2006)* und insbesondere die *Umsetzungsbilanz* (KOM(2004)22), der *Bericht zur Allgemeinen und beruflichen Bildung 2010* (KOM(2003)685) und die *Überprüfung der Umweltpolitik* (KOM(2003)745).

	BELGIEN	DÄNEMARK
Leistungen	❖ kontinuierlich sinkende BIP-Schuldenquote und hohe (jedoch sinkende) Überschüsse; ❖ stärkster Anstieg beim Bildungsniveau Jugendlicher (1999-2003); ❖ deutlich gestiegene FuE-Ausgaben (1999-2001) und Anstrengungen das 3%-Ziel zu erreichen; ❖ Maßnahmen zur Reduktion der administrativen Belastung und zur Förderung des Unternehmergeistes;	❖ Reformmaßnahmen, einschließlich niedrigerer Besteuerung von Arbeit, um das Angebot an Arbeitskräften zu erhöhen; ❖ EU-weit höchste Beschäftigungsquote insgesamt (76%), höchste Frauenbeschäftigungsquote (über 71%) und zweithöchste Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen (58%) (Zahlen für 2002); ❖ niedrigster Umsetzungsrückstand insgesamt, höchste Umsetzungsquote bei „Lissabon“-Richtlinien (85%) und keine Richtlinie, deren Umsetzung mehr als zwei Jahre überfällig ist; ❖ zweitgrößter Anstieg der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE im Jahr 2001;
Schwächen	➤ EU-weit niedrigste Beschäftigungsquote bei der Altersgruppe 55-64 (25%); ➤ seit Mai 2003 stärkste Steigerung beim Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien ergab den größten Umsetzungsrückstand (54 Richtlinien); ➤ geringer effektiver Wettbewerb am Energiemarkt; ➤ geringe Teilnahmequoten im Bereich Aus- und Weiterbildung;	➤ höchstes Preisniveau in der EU mit signifikanter Teuerung zwischen 2000 und 2002; ➤ mittelfristige Strategie für öffentliche Finanzen ist aufgrund des Umfangs des öffentlichen Verbrauchs gefährdet; ➤ schlechte Resultate bei der Erreichung der Kyoto-Ziele; ➤ enttäuschende Zahlen beim Bildungsniveau Jugendlicher;

	DEUTSCHLAND	GRIECHENLAND
Leistungen	❖ Agenda 2010 – umfangreiche Umstrukturierung des Sozialsystems mit tief greifenden Auswirkungen auf den Arbeits- und Produktmarkt; ❖ spürbare Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen für 2003 für den Arbeitsmarkt und die Modernisierung des Berufsbildungssystems; ❖ Reformen zur Verbesserung des Unternehmergeistes; ❖ EU-weit dritthöchste Bruttoinlandsaufwendungen für FuE im Jahr 2001; ❖ eine der besten Leistungen bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und bei den Lastenteilungsindikatoren;	❖ EU-weit höchste Wachstumsrate bei der Arbeitsproduktivität (1999-2003); ❖ Maßnahmen, um verstärkt Arbeitsanreize zu schaffen und die Fähigkeiten und Fertigkeiten Arbeitsloser zu entwickeln; signifikanter Anstieg des Bildungsniveaus Jugendlicher (1999-2003); ❖ zweithöchster Wert bei Unternehmensinvestitionen (1999-2002); Initiativen zur Förderung des Einsatzes von IKT sowie FuE-Ausgaben und Innovation; Anstrengungen, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu vereinfachen;
Schwächen	➤ über mehrere Jahre hinweg übermäßiges Defizit bei mehrfachem deutlichem Überschreiten der Ausgaben gegenüber den Vorgaben des Stabilitätspaktes; ➤ Mangel an weitreichenden Reformen des Pensionssystems; ➤ sehr unflexibler Arbeitsmarkt und hohe Langzeitarbeitslosigkeit; ➤ enttäuschende Leistungen beim Bildungsniveau Jugendlicher; ➤ zweithöchster Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien (mehr als das Doppelte des 1,5%-Zieles);	➤ hohe Schulden, die trotz hohem nominalem BIP-Wachstum in den letzten Jahren, nur langsam sinken; ➤ zweitniedrigste Frauenbeschäftigungsquote in der EU; zweihöchste Langzeitarbeitslosigkeit; ➤ verspätetes Follow-up zu den Reformen der Sozialversicherungs- und Pensionssysteme; ➤ wirksamer Wettbewerb im Energiesektor noch nicht gewährleistet; ➤ hoher Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien;

	SPANIEN	FRANKREICH
Leistungen	❖ höchste Zuwachsrate bei Beschäftigung seit 1999 und stärkste Abnahme bei der Langzeitarbeitslosenquote (1999-2002) bei gleichzeitigen Maßnahmen zur Steigerung der Frauenbeschäftigungsquote; ❖ zweitniedrigster Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien (deutlich unter dem 1,5%-Ziel); ❖ Verabschiedung von „España.es 2004-2005“ – Maßnahmenpaket zur Förderung und zum Ausbau der Informationsgesellschaft bei gleichzeitiger Förderung des Internetzugangs für Bürger/innen und KMU; ❖ Verabschiedung des Aktiengesetzes, Schaffung eines vereinfachten gesetzlichen Rahmens für die Gründung von kleinen Unternehmen/KMU;	❖ Umsetzung einer weitreichenden Pensionsreform; ❖ signifikanter Anstieg der Beschäftigungsquote älterer Personen (1999-2002), obwohl die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen weiterhin eine der niedrigsten in der EU ist; ❖ deutliche Senkung des relativen Preisniveaus zwischen 1999 und 2002; ❖ Bildungsniveau Jugendlicher deutlich über dem EU-Durchschnitt; ❖ gute Leistung bei Erreichung der Kyoto-Ziele;
Schwächen	➤ EU-weit höchste Arbeitslosenrate (11,3% im Jahr 2002); Frauenbeschäftigungsquote im Jahr 2002 mehr als 10 Prozentpunkte unter EU-Durchschnitt; unverhältnismäßig große Zahl befristeter Verträge beeinträchtigt Mobilität; ➤ in naher Zukunft keine weiteren Reformen des Pensionssystems geplant; ➤ Absinken des Bildungsniveaus Jugendlicher (1999-2003); ➤ wirksamer Wettbewerb in der Weiterverteilung nach wie vor unzureichend; ➤ eine der schwächsten Leistungen bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und den Lastenteilungsindikatoren;	➤ über mehrere Jahre hinweg übermäßiges Defizit bei mehrfachem deutlichem Überschreiten der Ausgaben gegenüber den Plänen des Stabilitätspaktes; langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Finanzen nicht gesichert; ➤ Arbeitsmarktreformen reichen in dieser Phase wahrscheinlich nicht aus; ➤ immer noch geringe Öffnung des Gas- und Strommarktes; ➤ höchster Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien in Kombination mit einer hohen Zahl von Vertragsverletzungsverfahren;

IRLAND		ITALIEN	
Leistungen	❖ mittelfristiges Wachstum bei 5%; ❖ hohe und weiter steigende Arbeitsproduktivität – deutlich über dem EU-Durchschnitt; ❖ signifikante Abnahme der Langzeitarbeitslosenquote (1999-2002); ❖ deutlicher Anstieg beim Bildungsniveau Jugendlicher (1999-2003); ❖ Einführung von mehr Wettbewerb im Telekommunikationsbereich und im öffentlichen Verkehr; neue Wettbewerbsregeln für den Strom- und Gasmarkt; ❖ stärkste Reduzierung bei den noch nicht umgesetzten Richtlinien für den Binnenmarkt seit Mai 2003 (32 Richtlinien);	❖ höchste Zuwachsrate bei Unternehmensinvestitionen (1999-2002); ❖ im August 2003 Ankündigung mittelfristiger Pensionsreformen; ❖ Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarktes; ❖ Umsetzung der Reform der Primar- und Sekundarstufe des Bildungswesens und Anstieg des Bildungsniveaus Jugendlicher (1999-2003); ❖ Abbau des Umsetzungsrückstandes bei Binnenmarktrichtlinien; unter den besten Drei bei Umsetzung der „Lissabon“-Richtlinien;	
Schwächen	➤ eines der schlechtesten Ergebnisse bei den Kyoto-Zielen und den Lastenteilungsindikatoren; ➤ stärkster Preisanstieg zwischen 1999 und 2002; ➤ Bruttoinlandsaufwendungen für FuE unter dem EU-Durchschnitt; ➤ stärkster Rückgang bei den Unternehmensinvestitionen (1999-2002);	➤ EU-weit niedrigste Beschäftigungsquote insgesamt (55,5%) und bei den Frauen (42%); mit 5,3% die höchste Langzeitarbeitslosenrate; ➤ signifikanter Rückgang der Arbeitsproduktivität zwischen 1999 und 2003; ➤ dauerhafte Budgetkonsolidierung steht noch aus; langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Finanzen nicht gesichert; ➤ langsame Liberalisierung des Dienstleistungssektors und der Energiemärkte; ➤ hohe Zahl von Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Anwendung der Binnenmarktvorschriften und hoher Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien;	

LUXEMBURG		NIEDERLANDE	
Leistungen	❖ höchste – jedoch sinkende – relative Arbeitsproduktivität in der EU; ❖ sehr geringe Langzeitarbeitslosigkeit; ❖ EU-weit beste Leistung bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und den Lastenteilungsindikatoren; ❖ größter Zuwachs bei Unternehmen mit Internetzugang im Jahr 2002; ❖ Initiativen zur Förderung des Unternehmergeistes;		❖ substanzielle Bemühungen zur Konsolidierung und Finanzierbarkeit der öffentlichen Finanzen in der jüngsten Phase akuter Konjunkturverlangsamung; ❖ sehr geringe Langzeitarbeitslosigkeit; ❖ Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarktes, einschließlich der Schaffung eines Innovationsrates; ❖ zusätzliche Befugnisse für die niederländische Wettbewerbsbehörde, um die Wirksamkeit des Wettbewerbs zu erhöhen; ❖ auf dem richtigen Weg zur Erreichung der Kyoto-Ziele;
Schwächen	➤ EU-weit drittschlechteste Leistung beim Bildungsniveau Jugendlicher, bei weiter sinkenden Leistungen (1999-2003) ➤ sehr niedrige Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 55-64 ohne konkrete politische Gegenmaßnahmen; ➤ Verzögerung bei der Reform des Wettbewerbsrechts; ➤ hoher Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien und höchste Anzahl von Umsetzungen, die zwei Jahre überfällig sind;		➤ in den letzten Jahren niedrige Arbeitsproduktivität, teilweise aufgrund gesunkener Wettbewerbsfähigkeit, aber auch aufgrund mangelnden Wettbewerbs in einigen Sektoren und abnehmender Spezialisierung im Bereich der Hochtechnologieproduktion; ➤ Einkommensschere zwischen den Geschlechtern im privaten und öffentlichen Sektor über dem EU-Durchschnitt; ➤ sinkende Bruttoinlandsaufwendungen für FuE im Jahr 2001; ➤ zweitgrößte Zunahme des Rückstandes bei der Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien seit Mai 2003;

ÖSTERREICH		PORTUGAL	
Leistungen	❖ Verabschiedung einer umfassenden Reform des öffentlichen Pensionssystems; ❖ sehr niedrige Langzeitarbeitslosigkeit; ❖ Bildungsniveau Jugendlicher (85%) klar über dem EU-Durchschnitt (1999-2003); ❖ Vereinfachung rechtlicher Rahmenbedingungen für KMU und Existenzgründer/innen; ❖ signifikante Verringerung des Umsetzungsrückstandes bei Binnenmarktrichtlinien;	❖ Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der IKT-Nutzung sowie der FuE-Ausgaben und der Innovation; ❖ Signifikanter Anstieg des Bildungsniveaus Jugendlicher (1999-2003); ❖ signifikanter Abbau des Umsetzungsrückstandes bei den Binnenmarktrichtlinien; keine länger als zwei Jahre überfälligen Richtlinien; ❖ Programm „Quadros“ bietet Klein- und Kleinstunternehmen finanziellen Ausgleich;	
Schwächen	➤ Bruttoinlandsaufwendungen für FuE-Ausgaben unter dem EU-Durchschnitt; ➤ Beschäftigungsquote älterer Menschen deutlich unter dem EU-Durchschnitt; ➤ weiterhin großer Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien; ➤ schwache Leistung bei Erreichung der Kyoto-Ziele und der Lastenteilungsindikatoren; ➤ signifikanter Rückgang der Unternehmensinvestitionen (1999-2002);	➤ übermäßiges Defizit bei fraglicher Finanzierbarkeit der öffentlichen Finanzen aufgrund zukünftiger Ausgaben für Pensionen; ➤ schlechte Leistungen im Bildungsbereich (obwohl vor kurzem Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität ergriffen wurden); höchster Prozentsatz von Personen mit geringem Bildungsstand in der EU (zwei Mal so hoch wie im EU-Durchschnitt); ➤ wirksamer Wettbewerb am Strommarkt noch nicht gewährleistet; EU-weit einer der höchsten Preise für Gas und Strom; ➤ schwache Leistung bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und den Lastenteilungsindikatoren;	

FINNLAND		SCHWEDEN	
Leistungen	❖ hält weiterhin eine führende Position beim Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft; ❖ Reformmaßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigung und Verhinderung sozialer Ausgrenzung; für die Beschäftigungsquote 55-64-Jähriger gestecktes Ziel ist erreichbar; ❖ EU-weit höchstes Bildungsniveau Jugendlicher (1999-2003) ❖ unter dem 1,5%-Ziel beim Umsetzungsrückstand für Binnenmarkt-richtlinien; keine Richtlinie seit mehr als zwei Jahren überfällig; ❖ relativ gute Leistung bei der Erreichung der Kyoto-Ziele;	❖ höchster Wert und größte Zunahme bei den Bruttoinlandsausgaben für FuE im Jahr 2001; ❖ Maßnahmen, um ältere Arbeitnehmer/innen zu behalten und die Teilhabe Jugendlicher an der Erwerbsbevölkerung zu fördern; ❖ EU-weit höchste Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen; zweithöchste Beschäftigungsquote der Frauen (1999-2002); ❖ hält weiterhin eine führende Position beim Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft; ❖ gute Leistung bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und den Lastenteilungsindikatoren;	
Schwächen	➤ EU-weit eines der höchsten Preisniveaus bei gleichzeitigem Anstieg der Preise (1999-2002); ➤ eingeschränkter Wettbewerb bei nicht handelbaren Dienstleistungen; ➤ nach wie vor hohe strukturelle Arbeitslosigkeit; ➤ drittniedrigster und weiterhin sinkender Wert bei Unternehmensinvestitionen (1999-2002);	➤ EU-weit eines der höchsten Preisniveaus, obwohl die Preise gesunken sind (1999-2002); ➤ EU-weit niedrigster und sinkender Wert bei Unternehmensinvestitionen (1999-2002); ➤ in einigen Sektoren geringer Wettbewerb, vor allem bei Dienstleistungen im öffentlichen Sektor;	

	VEREINIGTES KÖNIGREICH
Leistungen	❖ niedrige Langzeitarbeitslosenquote bei gleichzeitigem Anstieg des Bildungsniveaus Jugendlicher (1999-2003); ❖ gestiegene Qualität bei öffentlichen Ausgaben (für Bildung und Verkehr) einschließlich einer Reforminitiative, um Aus- und Weiterbildung sowie Grundfertigkeiten zu fördern; ❖ gute Leistung bei der Erreichung der Kyoto-Ziele und den Lastenteilungsindikatoren; ❖ 1,5%-Ziel für den Umsetzungsrückstand bei Binnenmarktrichtlinien unterschritten; ❖ Ausweitung steuerlicher Vergünstigungen für FuE-Investitionen für große Unternehmen; Festlegung prioritärer Bereiche zur Steigerung der Produktivität;
Schwächen	➤ Enttäuschendes Arbeitsproduktivitätsniveau trotz eines rezenten Anstiegs (1999-2003); ➤ Ausweitung des Staatsdefizits; ➤ Verzögerung bei der Öffnung des Marktes der Postdienste für den Wettbewerb; ➤ enttäuschende Höhe der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE im Jahr 2001 bei zweiniedrigstem Wert für Unternehmensinvestitionen in der EU (1999-2002).

ANHANG 3

NOCH AUSSTEHENDE VORSCHLÄGE DER LISSABONNER AGENDA BIS MÄRZ 2005

DIE LISSABONNER STRATEGIE: LEGISLATIVER FAHRPLAN

Rat	vor dem Ende der gegenwärtigen Parlamentsperiode (im April 2004)	vor der Halbzeitbewertung (im März 2005)
Wettbewerbsfähigkeit	▪ Gemeinschaftspatent	▪ Anerkennung beruflicher Qualifikationen* ▪ Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum* ▪ Zusammenarbeit im Bereich der Durchsetzung des Verbraucherschutzes* ▪ unlautere Geschäftspraktiken* ▪ Gemeinschaftspatent (verwaltungsrechtlicher Vorschlag und Europäisches Patentrechtsübereinkommen) ▪ Patentierbarkeit von Software ▪ Rahmenrichtlinie für Dienstleistungen ▪ REACH
ECOFIN	▪ Richtlinie zur Transparenz ▪ Richtlinie zu Investitionsdienstleistungen;	
Verkehr, Telekommunikation, Energie	▪ zweites „Eisenbahnpaket“ ▪ Sicherheit des Seeverkehrs ▪ TEN – Verkehr	▪ Rahmenrichtlinie für die umweltgerechte Gestaltung Energie betriebener Produkte* ▪ Energieversorgung und -effizienz ▪ drittes „Eisenbahnpaket“ ▪ Straßenbenutzungsgebühren für Schwerfahrzeuge (Eurovignette) ▪ eContent ▪ Aktionsplan zur Förderung der sicheren Nutzung des Internets ▪ TEN – Energie
Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit, Verbraucherschutz	▪ Verordnung 1408/71 ▪ Europäische Krankenversicherungskarte ▪ Leiharbeit	▪ Richtlinie Artikel 13 (berufliche Kreise nicht eingeschlossen)
Bildung und Kultur		▪ Rahmenprogramm zum lebenslangen Lernen ▪ neue Programmgeneration für die Zeit nach 2006
Umwelt	▪ Umwelthaftung ▪ Flexibilitätsmechanismus von Kyoto	▪ Konvention von Aarhus

* **Gemeinsamer Standpunkt bis spätestens Juni 2004.**